

An aerial night view of Göttingen, Germany, featuring a prominent church with a dome and a large white building with a blue roof. A semi-transparent green overlay covers the upper portion of the image, containing the title text.

# Kommunales Integrationskonzept 2024–2028 Stadt Göttingen



**Herausgeberin:** Stadt Göttingen, Die Oberbürgermeisterin

**Redaktion:** Referat 05 - Büro für Integration

**Gestaltung:** Mediengestaltung Schedensack, Göttingen

**Druck:** Silber Druck, Kassel

Klimaneutral gedruckt mit CO<sub>2</sub>-Kompensation | Papier FSC-Mix

# Inhaltsverzeichnis

1. Grußwort der Oberbürgermeisterin der Stadt Göttingen . . . . .	4
2. Vorwort der Referatsleiterin des Büros für Integration . . . . .	6
3. Einleitung . . . . .	8
4. Leitziele des Integrationskonzeptes . . . . .	11
4.1 Strategische Ziele der Stadt Göttingen . . . . .	11
4.2 Prozess und Methode der Erarbeitung der Leitziele . . . . .	12
4.3 Übersicht der aktuellen Leitziele . . . . .	14
5. Statistische Informationen . . . . .	15
5.1 Bevölkerung mit Migrationshintergrund . . . . .	15
5.2 Einbürgerungen . . . . .	22
5.3 Geflüchtete . . . . .	23
6. Entstehungsprozess und Umsetzung . . . . .	24
6.1 Methodisches Vorgehen und Beteiligung . . . . .	24
6.1.1 Auftaktveranstaltung . . . . .	26
6.1.2 Folgeveranstaltungen . . . . .	28
6.2 Begleitstrukturen . . . . .	29
6.2.1 Begleitender Beirat . . . . .	29
6.2.2 Fachsprecher*innen . . . . .	30
6.2.3 Integrationskonferenzen . . . . .	31
6.2.4 Steuerung und Berichtswesen durch das Büro für Integration . . . . .	31
6.2.5 Netzwerkarbeit . . . . .	33
7. Ziele und Maßnahmen . . . . .	35
7.1 Querschnittsthemen . . . . .	36
7.1.1 Gender . . . . .	36
7.1.2 Nachhaltigkeit. . . . .	37
7.1.3 Sozialraumbezug. . . . .	37
7.2 Handlungsfelder . . . . .	39
7.2.1 Handlungsfeld 1: Bildung und Sprache . . . . .	39
7.2.2 Handlungsfeld 2: Politische Teilhabe . . . . .	55
7.2.3 Handlungsfeld 3: Gesellschaftlicher Zusammenhalt. . . . .	71
7.2.4 Handlungsfeld 4: Interkulturelle Öffnung. . . . .	91
7.2.5 Handlungsfeld 5: Qualifizierung für und Zugang zum Arbeitsmarkt . . . . .	109
7.2.6 Handlungsfeld 6: Gesundheit und Pflege . . . . .	125
8. Ausblick . . . . .	143
9. Begriffserklärungen . . . . .	145
10. Abbildungsverzeichnis . . . . .	149
11. Bildnachweise . . . . .	150

# 1. Grußwort der Oberbürgermeisterin der Stadt Göttingen



Liebe Bürger\*innen,

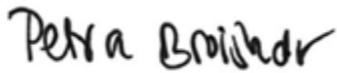
Göttingen ist eine weltoffene Universitätsstadt, die geprägt ist durch ein vielfältiges Zusammenleben verschiedenster Bevölkerungsgruppen im Alltag. Unsere Stadt zeichnet sich durch innovative, empathische und wissensdurstige Menschen aus, zum Beispiel in internationalen Unternehmen, im Universitätsklinikum oder an der Georg-August-Universität. Schon lange wissen wir: Vielfalt ist ein Gewinn.

Im Jahr 2022 hatten 32,0 % der in Göttingen lebenden Menschen einen Migrationshintergrund, das heißt sie selbst oder mindestens ein Elternteil sind nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren worden. Viele Migrant\*innen sind nicht nur aus Gründen des Studiums, der Ausbildung, der Arbeitsaufnahme oder der Familienzusammenführung zu uns gekommen, sondern auch, weil sie aus ihrer Heimat fliehen mussten. So haben mehr als 1.700 Ukrainer\*innen seit dem Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges allein in Göttingen eine neue Zuflucht gefunden. Ich bin stolz und dankbar dafür, dass die Hilfsbereitschaft in unserer Stadt nach wie vor ungebrochen groß ist.

Das Zusammenleben und Zusammenwachsen als Stadtgesellschaft über kulturelle Grenzen hinweg geschieht oft unbemerkt im Alltag, in unseren Quartieren und Nachbarschaften, in der Schule, beim Sport oder am Arbeitsplatz. Seit dem Jahr 2008 haben wir ein kommunales Integrationskonzept, das uns als Orientierungshilfe und Richtungsweiser bei der Integration dient. Ungeachtet dessen müssen wir flexibel auf kommunale Herausforderungen reagieren können. Zum Beispiel, als im Jahr 2015 unerwartet viele Geflüchtete zu uns gekommen sind und wir diese unterbringen mussten.

Im Jahr 2019 hat sich der Rat der Stadt mit großer Mehrheit dafür ausgesprochen, dass Göttingen Teil des Bündnisses „Städte Sicherer Häfen“ werden und damit zusätzlich Menschen aufnehmen soll, die aus Seenot gerettet wurden oder in überfüllten Aufnahmelagern gestrandet sind. Aktuell sind im Haushaltsplanentwurf 2023/2024 als strategische Ziele der Stadt unter anderem „Soziale Chancengleichheit gewährleisten“, „Bildungsgerechtigkeit steigern und stabilisieren“ sowie „Internationalität durch offene Willkommenskultur stärken“ auch mit Bezug zu Integration verankert.

Das hier nun vorliegende neue kommunale Integrationskonzept will die Bedarfe aller Bürger\*innen mit Migrationsbiographie in den Blick nehmen – dazu gehören neben Geflüchteten alle Zugewanderten, Ausländer\*innen, Eingebürgerten, (Spät-)Aussiedler\*innen und ihre in Deutschland geborenen Nachkommen. Ich danke allen Beteiligten, die in einem breiten Beteiligungsprozess die zukünftigen Ziele und Maßnahmen unter der Federführung des Büros für Integration mit entwickelt haben. Das neue Integrationskonzept weist uns die Richtung für die kommenden Jahre.

Handwritten signature of Petra Broistedt in black ink.

Ihre Petra Broistedt  
Oberbürgermeisterin der Stadt Göttingen

## 2. Vorwort der Referatsleiterin des Büros für Integration



Liebe Leser\*innen,  
liebe Kolleg\*innen,

seit 2008 werden die Integrationsarbeit und die Integrationspolitik in der Stadt Göttingen mit Integrationskonzepten gestaltet. Diese Konzepte bilden den Rahmen und bieten Ansätze für die lokale Integrationsarbeit, indem sie Handlungsfelder, Ziele und teilweise sehr konkrete Maßnahmen benennen. Das hier vorliegende Konzept formuliert 6 Handlungsfelder, 24 Kerntemen und insgesamt 124

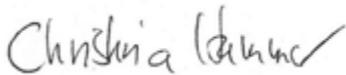
Maßnahmen, die es in den kommenden 5 Jahren zu bearbeiten gilt. Ein Konzept, das für alle Bürger\*innen – ob mit oder ohne Migrationsbiographie – geschrieben wurde und den Blick eher auf die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und am Gemeinwesen richtet als auf die kulturellen Unterschiede. Dieses Konzept wurde nicht vom Büro für Integration alleine erstellt. Mehr als 100 Personen haben sich beteiligt und in den Veranstaltungen und Workshops mitgearbeitet, haben ihre Ideen und Erfahrungen eingebracht, Bedarfe und Missstände benannt und sind für deren Behebung eingetreten. Mein Dank geht an erster Stelle an alle, die hier dabei waren, die mitgemacht und ihre wertvollen Erfahrungen eingebracht haben.

Teilhabe setzt gleiche Teilhabechancen voraus. Diese können erreicht werden, sie sind gestaltbar und ein erstrebenswertes Ziel, daran glaube ich fest. Aber am Ende entscheidet nicht ein Konzept darüber, ob wir uns auf Augenhöhe begegnen, Zugang zu guter Bildung, gesundheitlicher Versorgung und ertragreichen Jobs haben, sondern die alltägliche Praxis vor Ort. Wenn alle Bürger\*innen die Möglichkeit haben, politisch zu partizipieren und sich in unterschiedlichen Netzwerken, Arbeitsgruppen und Gremien zu engagieren.

Dieses Konzept setzt auf Partizipation und Beteiligung. Neben dem begleitenden Beirat wird das Integrationskonzept zukünftig von ehrenamtlichen, externen Fachsprecher\*innen unterstützt, die die Umsetzung der einzelnen Handlungsfelder begleiten. Auch werden wir zukünftig in Integrationskonferenzen die lokale Integrationsarbeit und den Umsetzungsstand von Teilhabechancen vertieft betrachten.

Ich freue mich auf das Kommende, die Zusammenarbeit mit allen Haupt- und Ehrenamtlichen der Integrationsarbeit, den zahlreichen Migrant\*innenselbstorganisationen, Religionsgemeinden und religiösen Gemeinschaften, den vielen Akteur\*innen der Gemeinwesenarbeit und Pionier\*innen des nachbarschaftlichen Zusammenlebens.

Denn Integrationsarbeit und Integrationspolitik kann nur zusammen erfolgreich sein, im Dreiklang von Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung.

A handwritten signature in black ink that reads "Christina Hammer". The signature is written in a cursive, slightly slanted style.

Ihre Christina Hammer  
Referatsleiterin Büro für Integration

### 3. Einleitung

Das Themenfeld Migration und Integration ist einer großen Dynamik und einem stetigen Wandel unterworfen, sodass Wissenschaft, Politik und Gesellschaft sich immer wieder auf Veränderungen einstellen müssen. Im Jahr 2020 stand Deutschland weltweit an zweiter Stelle der größten Einwanderungsländer, wenn man die Anzahl der Migrant\*innen betrachtet,<sup>1</sup> und im Jahr 2021 weltweit an fünfter Stelle der Länder mit den meisten aufgenommenen, anerkannten Geflüchteten.<sup>2</sup> Dabei ist Einwanderung in der Bundesrepublik kein neues Phänomen – Deutschland blickt auf eine lange Geschichte der Einwanderung zurück, die auch teilweise staatlich (z. B. durch Anwerbeabkommen ab dem Jahr 1955) gelenkt wurde. Gleichzeitig hat sich die Anerkennung als Einwanderungsland erst in den letzten 20 Jahren politisch etabliert.

In diesem Zuge hat sich unter anderem die kommunale Integrationspolitik systematisch weiterentwickelt, so auch in Göttingen. Hier wurde 2008 das erste Integrationskonzept<sup>3</sup> mit breiter Beteiligung von haupt- und ehrenamtlich in diesem Handlungsfeld Tätigen erarbeitet, das einstimmig vom Rat der Stadt verabschiedet wurde. Das Konzept umfasste dabei neben konkreten Maßnahmen auch Leitziele, die sowohl für die anschließenden Fortschreibungen wie auch als Diskussionsgrundlage für die aktualisierten Leitziele des neuen Konzepts (siehe Kapitel 4) richtungsweisend waren. Ein Beirat wurde eingesetzt, der die perspektivische Umsetzung über die Jahre begleitete. Bereits in diesem ersten Prozess und der daran anschließenden Umsetzungsphase wurde deutlich, welchen Einfluss Bundes- und Landespolitik auf Integrationsarbeit vor Ort nehmen und welche Grenzen dem Handeln auf kommunaler Ebene ggf. gesetzt sind (siehe auch „Exkurs: Rahmenbedingungen kommunaler Integrationsarbeit“ unten).

Zwei Anpassungen in Form von Fortschreibungen – teilweise auch mit Beteiligungsformaten – führten die Handlungsfelder des ersten Konzepts nachhaltig fort. Flankiert wurden diese Fortschreibungsformate durch entsprechende Zwischen- und Abschlussberichte des Büros für Integration zum jeweiligen Umsetzungsstand.<sup>4</sup>

---

1 Vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/185928/umfrage/groesste-einwanderungslaender/>.

2 Vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/12786/umfrage/aufnahmeländer-von-flüchtlingen/>.

3 Zu finden unter <https://www.goettingen.de> > Rathaus > Pläne & Konzepte > Lebenssituationen > Integration > Kommunales Integrationskonzept.

4 Zu finden unter <https://www.goettingen.de> > Rathaus > Pläne & Konzepte > Lebenssituationen > Integration > Kommunales Integrationskonzept.

Die Herausforderungen, die sich seit 2015 durch die Fluchtzuwanderung (sei es zunächst von Menschen aus der Arabischen Republik Syrien und benachbarten Ländern, dann ab 2022 auf Grund der Kriegssituation aus der Ukraine) ergeben haben, zeigten erneut die Relevanz, Integrationsarbeit langfristig vernetzt und strukturiert in unserer Kommune zu organisieren. Im Jahr 2018 wurde deswegen u. a. auch das bestehende „Konzept zur Integration von Geflüchteten in der Stadt Göttingen“ überarbeitet.<sup>5</sup>

Die Entwicklungen der letzten Jahre machten deutlich, dass ein neues, den aktuellen Gegebenheiten und komplexen Veränderungsprozessen entsprechendes Integrationskonzept erstellt werden musste, das über eine bloße Fortschreibung hinausgeht. 2022 wurde deswegen – wie bereits bei der Erstellung des ersten Konzepts – ein breiter Beteiligungsprozess durchgeführt, um einen aktuellen Abgleich von Bedarfen und notwendigen Maßnahmen unter Berücksichtigung vielfältiger Perspektiven zu ermöglichen.

Das hier nun vorliegende Integrationskonzept fasst die Ergebnisse des Beteiligungsprozesses (siehe Kapitel 6.1 zu Ablauf und Methodik des Prozesses) unter Berücksichtigung der Situationsanalyse der letzten Jahre zusammen.

Dabei werden ebenso die neu erarbeiteten Leitziele (siehe Kapitel 4) als Grundlage integrativen Handelns in Göttingen vorgestellt wie auch aktuelle statistische Informationen, die die aktuelle Situation von Zugewanderten und ihren Nachkommen sowie Schutzsuchenden in Göttingen beleuchten (siehe Kapitel 5). In Kapitel 6 werden der Prozess der Konzepterstellung dargestellt sowie auch die flankierenden Strukturen und Netzwerke, um die Umsetzung und Koordination im Anschluss zu begleiten. Der Kern des Prozesses (neben den neuen Leitzielen), die erarbeiteten Maßnahmenansätze, werden nach Handlungsfeldern gegliedert ab Kapitel 7 aufgeführt. Kapitel 8 gibt einen Ausblick auf die Schwerpunkte der Umsetzung in den kommenden Jahren. In Kapitel 9 werden einschlägige Begriffe erklärt.

---

5 Zu finden unter <https://www.goettingen.de> > Rathaus > Pläne & Konzepte > Lebenssituationen > Integration > Integration von Geflüchteten > Konzept zur Integration von Geflüchteten in der Stadt Göttingen.

## Exkurs: Rahmenbedingungen kommunaler Integrationsarbeit

Integrationsarbeit in der Kommune, auch in Göttingen, findet nicht im luftleeren Raum statt, sondern ist Teil eines landes- und bundesweiten Gesamtprozesses.

Zum einen muss der landes- und bundespolitische Einfluss angesprochen werden, der dem kommunalen Handeln einen Rahmen bietet, aber auch Grenzen setzt. Dies zeigt sich ebenso in Gesetzgebung wie auch in Fördermöglichkeiten und Finanzierung von Projekten und Angeboten. Eng damit verbunden sind (Ver-)Handlungsspielräume – zahlreiche Herausforderungen und Fragen, die in der strategischen und operativen Arbeit vor Ort auftreten und nicht kommunal, sondern auf Landes- oder Bundesebene verhandelt werden. Dem ist in der Entwicklung (und Umsetzung) eines kommunalen Integrationskonzepts Rechnung zu tragen.

Zum anderen ist Integration nicht in einem spezifischen Segment gesellschaftlichen Handelns anzusiedeln. Ganz im Gegenteil ist Integration eine Querschnittsaufgabe, die sich im Bildungsbereich ebenso niederschlägt wie im Wirtschafts- oder Freizeitbereich, die Regierungs- ebenso wie Nichtregierungsorganisationen betrifft und die innerhalb einer Institution nicht auf eine Fachstelle beschränkt bleiben kann. Dabei überschneidet sie sich zudem mit weiteren Querschnittsaufgaben (z. B. Diversität, Inklusion oder Nachhaltigkeit).

Diese Rahmenbedingungen tragen neben den inhaltlichen Dimensionen und der Vielfältigkeit der (potentiellen) Zielgruppen und Akteur\*innen wesentlich zur Komplexität kommunaler Integrationsarbeit bei und schlagen sich sowohl im vorliegenden Konzept, dessen Erstellung und der künftigen Umsetzung nieder.

## 4. Leitziele des Integrationskonzeptes

Bei der Erstellung des ersten Integrationskonzeptes im Jahr 2008 wurden von den Teilnehmenden in einem breiten Beteiligungsprozess übergeordnete Leitziele erstellt, die richtungsweisend die Visionen und Perspektiven des Zusammenlebens formulieren. Kernfrage war hierbei: Auf welchen gemeinsamen Werten wird das gesellschaftliche Miteinander aufgebaut? Die 7 damals verabschiedeten Leitziele „Toleranz und Weltoffenheit“, „Chancengleichheit“, „Gleichstellung“, „Partizipation“, „Identität“, „Zwischenmenschlicher Umgang“ und „Interkultureller Austausch“ waren auch für die Umsetzung der Fortschreibungen des Integrationskonzeptes richtungsweisend. Im Rahmen der Erarbeitung des neuen Integrationskonzeptes sollten auch die Leitziele überarbeitet und neu angepasst werden. Neben den Leitzielen des ersten Integrationskonzeptes waren dabei insbesondere die strategischen Ziele der Stadt Göttingen Grundlage für die Neuentwicklung.

### 4.1 Strategische Ziele der Stadt Göttingen

Die 7 strategischen Ziele der Stadt Göttingen (G7), die im Haushalt 2023/2024 verankert sind, sind Grundlage für das Handeln der Politik und Verwaltung in Göttingen und bilden einen übergeordneten Referenzrahmen bei der Entwicklung von Konzepten durch die Stadtverwaltung.

Dementsprechend fanden sie auch bei der Entwicklung und Anpassung der Leitziele des neuen Integrationskonzeptes besondere Berücksichtigung. Die strategischen Ziele umfassen:

- Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen unter besonderer Berücksichtigung von Klimaschutz, Klimaanpassung und Biodiversität (siehe Kapitel 4.3, Leitziele 1, 2, 3, 4)
- Göttingen – Stadt mit Lebensqualität (siehe Kapitel 4.3, Leitziele 1, 2, 3)
- Wirtschaftlichen Erfolg langfristig sicherstellen (siehe Kapitel 4.3, Leitziele 1, 2, 5)
- Soziale Chancengleichheit gewährleisten (siehe Kapitel 4.3, Leitziele 1, 2, 4, 5)
- Bildungsgerechtigkeit steigern und stabilisieren (siehe Kapitel 4.3, Leitziele 1, 2, 4)
- Internationalität durch offene Willkommenskultur stärken (siehe Kapitel 4.3, Leitziele 1, 3, 4, 5)
- Bezahlbaren Wohnraum schaffen und erhalten (siehe Kapitel 4.3, Leitziele 1, 2)<sup>6</sup>

---

6 Vgl. [https://www.alt.goettingen.de/haushalt/pdf/2023/Haushaltsplan\\_2023-2024.pdf](https://www.alt.goettingen.de/haushalt/pdf/2023/Haushaltsplan_2023-2024.pdf), S. 10.

## 4.2 Prozess und Methode der Erarbeitung der Leitziele

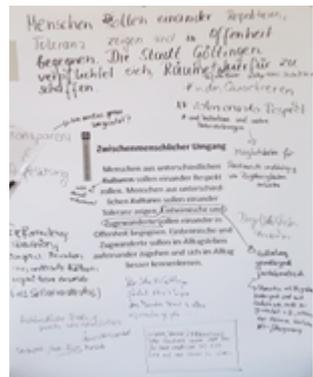
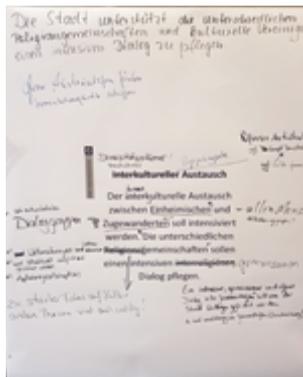
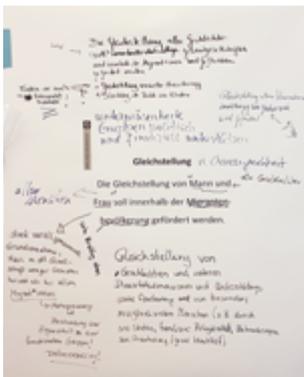
Für das neue Integrationskonzept wurden die vorhandenen Leitziele nach der Auftaktveranstaltung von „Vielfalt gemeinsam gestalten“ bei der ersten Folgeveranstaltung am 26. August 2022 mit rund 60 Personen bearbeitet.

Dazu wurde die Methode des sogenannten „Gruppen-Karussells“ angewendet. In nach dem Zufallsprinzip gebildeten Kleingruppen wurde an 7 Stationen jeweils ein Leitziel von den Teilnehmenden knapp 10 Minuten lang diskutiert und die Ergebnisse wurden auf großflächigen Plakaten handschriftlich eingefügt, bevor die nächste Gruppe daran weiterarbeiten konnte. Dabei präzisierten die Teilnehmenden zum Beispiel inhaltliche Aussagen und Begrifflichkeiten der Texte, um einer gendersensiblen und inklusiven Sprache Rechnung zu tragen, bei der sich alle angesprochen fühlen können. Ebenso wurde eine verständliche Sprache gefordert, z. B. wurden statt kultureller Zuschreibungen bei Zielgruppen verbindende und nicht ausgrenzende Formulierungen empfohlen.

**Abbildung 1: Foto Plenum bei Auftaktveranstaltung zum Integrationskonzept**



## Abbildung 2: Fotos Kleingruppen bei der Bearbeitung der Leitziele für das neue Integrationskonzept



Im Anschluss hat das Büro für Integration die Ergebnisse von den Plakaten verschriftlicht und auf dieser Grundlage neue Formulierungen für die Leitziele vorgeschlagen, die im Rahmen einer Sitzung des begleitenden Beirates diskutiert und erneut präzisiert wurden. Als Ergebnis des Abstimmungsprozesses aller Mitglieder des Beirates wurden die folgenden 6 Leitziele für das neue Integrationskonzept angenommen.

## 4.3 Übersicht der aktuellen Leitziele

Die Stadt Göttingen setzt sich auf Basis der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (fdGO) der Bundesrepublik Deutschland für folgende Leitziele ein:

### **1. Gleichstellung**

Die Gleichstellung aller Menschen wird gesamtgesellschaftlich gefördert. Dies betrifft alle Vielfaltsdimensionen wie das Alter, das Geschlecht, die geschlechtliche Identität, die sexuelle Orientierung, die soziale Herkunft, die ethnische Herkunft und Nationalität, die Religionszugehörigkeit und Weltanschauung sowie körperliche und geistige Fähigkeiten.

### **2. Chancengerechtigkeit**

In der Stadt Göttingen leben alle Menschen gleichberechtigt zusammen. Damit dies gelingt, werden Migrant\*innen bei der sozialen, beruflichen, kulturellen und politischen Integration unterstützt.

### **3. Toleranz und Weltoffenheit**

Die Stadt Göttingen setzt sich aktiv dafür ein, Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Feindlichkeit gegen religiöse Gemeinden und Religionsgemeinschaften, Ableismus, Antiziganismus, Homophobie, Klassismus, Sexismus und Diskriminierung auf Grund von Vorurteilen zu überwinden. Das Ziel ist eine weltoffene Stadtgesellschaft, die von gegenseitigem Respekt und Akzeptanz geprägt ist.

### **4. Partizipation und Teilhabe**

Alle hier Lebenden werden gleichberechtigt in Entscheidungsprozesse mit einbezogen, indem Hürden zur Partizipation abgebaut werden.

### **5. Vielfalt**

Auf der Basis von demokratischen Werten und des Grundgesetzes werden die persönliche Entfaltung und das friedliche Zusammenleben gefördert. Vielfalt wird als eine gesellschaftliche Stärke und Bereicherung gesehen.

### **6. Dialog und Begegnung**

Der interkulturelle Austausch wird gefördert. Die Stadt Göttingen unterstützt die unterschiedlichen Religionsgemeinschaften und kulturellen Vereinigungen mit dem Ziel eines respektvollen, intensiven und offenen Dialogs.

## 5. Statistische Informationen

Für die Gestaltung der kommunalen Integrationsarbeit sind Bevölkerungszahlen zur Entwicklung und Zusammensetzung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund sowie deren Verteilung im Stadtgebiet äußerst wertvoll, damit sich z. B. in Planungsprozessen Bedürfnisse der Bewohner\*innen berücksichtigen lassen. Im Folgenden sind statistische Kennzahlen für die Stadt Göttingen dargestellt, die einen Bezug zu den Themen Migration und Integration haben. Für weitere Informationen gibt es auf der kommunalen Ebene das Statistische Informationssystem der Stadt Göttingen (GÖSIS)<sup>7</sup>, auf der Landesebene das Integrationsmonitoring Niedersachsen<sup>8</sup> und auf der Bundesebene das Statistische Bundesamt.<sup>9</sup>

### 5.1 Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Im Jahr 2022 lag der Bevölkerungsanteil von Personen mit Migrationshintergrund<sup>10</sup> in der Stadt Göttingen bei 32,0 %, was einem Anstieg von fast 5 Prozentpunkten im Vergleich zum Jahr 2018 entspricht. Im Vergleich zur Bundes- und Landesebene liegt der Bevölkerungsanteil von Personen mit Migrationshintergrund in der Stadt Göttingen immer über dem Bundes-/Landesdurchschnitt, wobei sich der Abstand zwischen der Stadt Göttingen und der Bundes-/Landesebene zunehmend vergrößert. Im Jahr 2022 lag der kommunale Anteil zuletzt 3,3 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt und 6,9 Prozentpunkte über dem Landesdurchschnitt.

---

7 Vgl. <http://goesis.goettingen.de/>.

8 Vgl. <https://integrationsmonitoring.niedersachsen.de/>.

9 Vgl. <https://www.destatis.de/>.

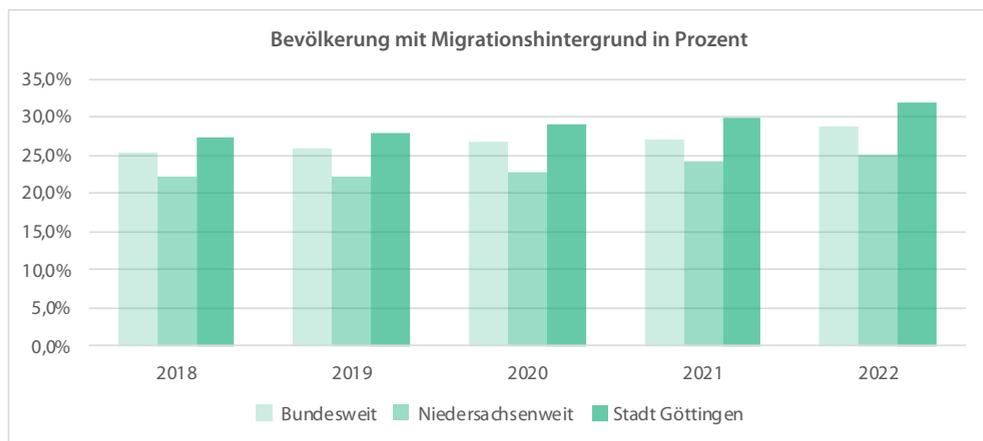
10 Nach der Definition des Statistischen Bundesamtes hat eine Person einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde. Dazu gehören (nicht) zugewanderte Ausländer\*innen, Eingebürgerte, (Spät-)Aussiedler\*innen sowie die als Deutsche geborenen Nachkommen dieser Gruppen. Die Vertriebenen des Zweiten Weltkrieges gehören nicht dazu.

**Abbildung 3: Tabelle Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene**

Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Prozent	2018	2019	2020	2021	2022
<b>Bundesweit<sup>11</sup></b>	25,5 %	26,0 %	26,7 %	27,2 %	28,7 %
<b>Niedersachsenweit<sup>12</sup></b>	22,1 %	22,3 %	22,8 %	24,3 %	25,1 %
<b>Stadt Göttingen</b>	27,3 %	27,9 %	29,2 %	30,0 %	32,0 %

Quellen: Statistisches Bundesamt, Integrationsmonitoring Niedersachsen und Referat Statistik und Wahlen.

**Abbildung 4: Grafik Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene**



Quellen: Statistisches Bundesamt, Integrationsmonitoring Niedersachsen und Referat Statistik und Wahlen.

Im Jahr 2022 lebten 43.024 Personen mit Migrationshintergrund in der Stadt Göttingen. Das Geschlechterverhältnis ist mit 21.772 weiblichen und 21.252 männlichen Personen fast ausgeglichen. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Gesamtzahl an Personen mit Migrationshintergrund durch ein Plus von 3.604 Personen sprunghaft erhöht.

<sup>11</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt, Mikrozensus.

<sup>12</sup> Vgl. <https://integrationsmonitoring.niedersachsen.de/1-3-1/>, Niedersachsen, Personen mit Migrationshintergrund im weiteren Sinne.

Dieser starke Zuwachs ist insbesondere auf ein Plus von 2.900 Personen bei der Zahl der Ausländer\*innen zurückzuführen. Die restliche Bevölkerung mit Migrationshintergrund setzt sich zusammen aus Aussiedler\*innen und Eingebürgerten sowie der „verzeigerten“<sup>13</sup> Nachkommen dieser Gruppen und ist über die letzten Jahre stabil bei knapp 5 % (Aussiedler\*innen) bzw. ca. 10 % (Eingebürgerte).

**Abbildung 5: Tabelle Bevölkerung mit Migrationshintergrund Stadt Göttingen zum 31.12. eines Jahres**

Stadt Göttingen	2018	2019	2020	2021	2022
<b>Wohnberechtigte Bevölkerung</b>	135.299	134.632	131.436	131.440	134.512
<b>Ohne Zuwanderungshintergrund</b>	97.702	96.382	93.031	92.020	91.488
<b>Bevölkerung mit Migrationshintergrund in %</b>	27,30%	27,90%	29,20%	30,00%	32,00%
<b>Bevölkerung mit Migrationshintergrund in absoluten Zahlen</b>	36.997	37.619 (+ 622)	38.405 (+ 786)	39.420 (+ 1.015)	43.024 (+ 3.604)
<b>davon männlich</b>	18.605	19.160	19.213	19.671	21.252
<b>davon weiblich</b>	18.392	19.090	19.192	19.749	21.772
<b>Bevölkerung Ausländer*innen in %</b>	14,30%	14,50%	14,70%	15,50%	17,30%
<b>Bevölkerung Ausländer*innen in absoluten Zahlen</b>	19.373	19.573 (+ 200)	19.375 (- 198)	20.311 (+ 936)	23.211 (+ 2.900)
<b>Bevölkerung sonstiger Migrationshintergrund (Aussiedler*innen, Eingebürgerte sowie „verzeigerte“ Nachkommen dieser Gruppen)</b>	18.224	18.677 (+ 453)	19.030 (+ 353)	19.109 (+ 79)	19.813 (+ 704)

Quelle: Referat Statistik und Wahlen, Melderegister der Stadt Göttingen.

<sup>13</sup> Verzeigerungen im Melderegister sind Verweise, die auf Datensätze anderer Personen hinweisen, bspw. auf Ehepartner\*in oder Kinder.

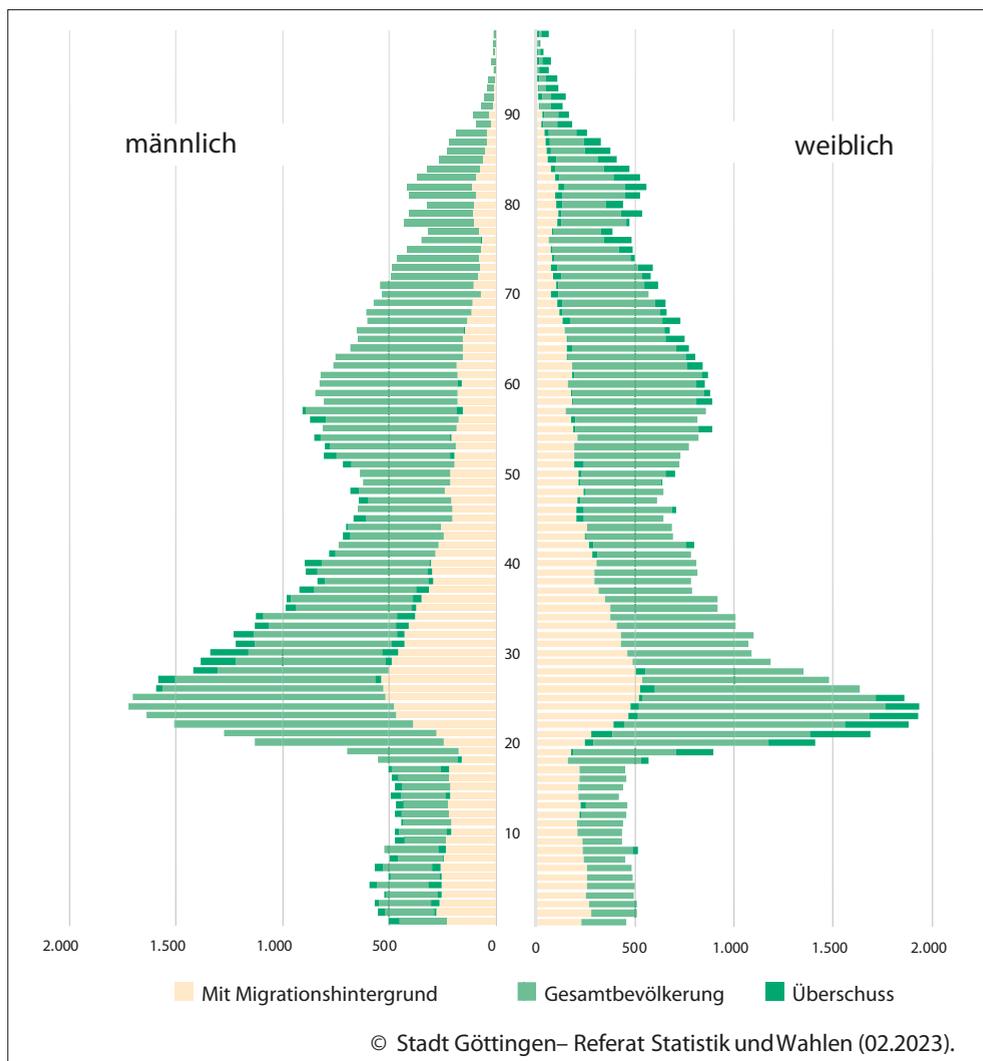
**Abbildung 6: Grafik Bevölkerung mit Migrationshintergrund Stadt Göttingen zum 31.12. eines Jahres**



Quelle: Referat Statistik und Wahlen, Melderegister der Stadt Göttingen.

Bei der Alterspyramide der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zeigt sich, dass die Altersgruppe der 25- bis 29-Jährigen mit insgesamt 12.726 Personen am stärksten vertreten ist.<sup>14</sup>

**Abbildung 7: Grafik Bevölkerung mit Migrationshintergrund Stadt Göttingen nach Alter (31.12.2022)**

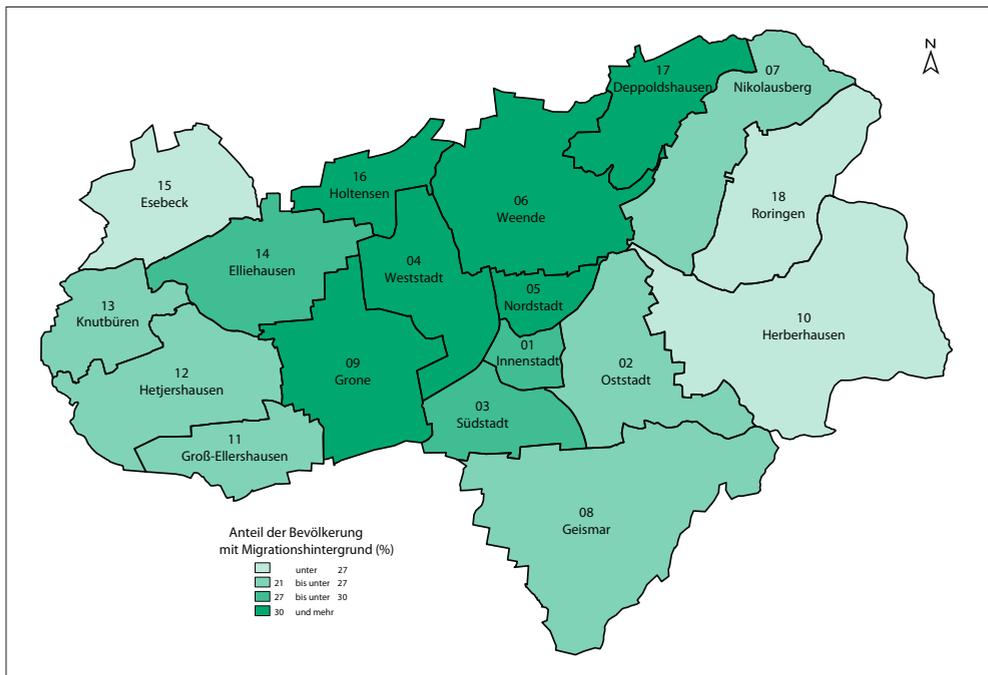


Quelle: Referat Statistik und Wahlen, Melderegister der Stadt Göttingen.

14 Vgl. GÖSIS 028.27 Stadt Göttingen: Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Geschlecht, Altersjahren und Altersgruppen.

Ein Blick auf die Bevölkerung mit Migrationshintergrund innerhalb der einzelnen Stadtbezirke im Jahr 2022 verdeutlicht, dass die höchsten Anteile in den Stadtbezirken Grone, Weststadt, Weende, Deppoldshausen, Nordstadt und Holtensen zu verzeichnen sind. In absoluten Zahlen gibt es die größten Anteile an Personen mit Migrationshintergrund in den Stadtbezirken Weststadt (5.676 Personen) und Grone (5.579 Personen).<sup>15</sup>

**Abbildung 8: Grafik Bevölkerung mit Migrationshintergrund Stadt Göttingen in den Stadtbezirken\* (31.12.2022)**



Quelle: Referat Statistik und Wahlen.

\*Die Stadtbezirke Weende & Deppoldshausen sowie Hetjershausen und Knutbüren werden aufgrund der geringen Bevölkerungszahl als gemeinsamer Wert ausgegeben.

<sup>15</sup> Vgl. GÖSIS 028.01 Stadt Göttingen: Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den Stadtbezirken und Statistischen Bezirken.

Die Stadt Göttingen zeichnet sich durch eine Bevölkerungsstruktur aus, die von einer hohen kulturellen Vielfalt geprägt ist. Mehr als 160 unterschiedliche Staatsangehörigkeiten sind vertreten. Unter allen Personen mit Migrationshintergrund haben 24.906 Personen (58 %) ihren Geburtsort in den nachfolgend aufgeführten Top 10-Staaten. Diese sind Deutschland (mit deutlichem Abstand), Polen, Türkei, die Russische Föderation, Kasachstan, Arabische Republik Syrien, China, die Ukraine und Rumänien.

**Abbildung 9: Tabelle Top 10-Geburtsländer von Menschen mit Migrationshintergrund Stadt Göttingen (31.12.2022)**

Geburtsländer	absolute Zahlen	in Prozent	Anteil an der wohnberechtigten Bevölkerung
<b>1. Deutschland</b>	10.652	24,8 %	7,9 %
<b>2. Polen</b>	3.457	8,0 %	2,6 %
<b>3. Türkei</b>	1.820	4,2 %	1,4 %
<b>4. Russische Föderation</b>	1.759	4,1 %	1,3 %
<b>5. Kasachstan</b>	1.354	3,1 %	1,0 %
<b>6. Arabische Republik Syrien</b>	1.224	2,8 %	0,9 %
<b>7. China</b>	1.223	2,8 %	0,9 %
<b>8. Ukraine</b>	1.203	2,8 %	0,9 %
<b>9. Rumänien</b>	1.119	2,6 %	0,8 %
<b>10. Islamische Republik Iran</b>	1.095	2,5 %	0,8 %
<b>andere</b>	18.118	42,1 %	13,5 %
<b>Personen mit Migrationshintergrund</b>	43.024	100,0 %	32,0 %

Quelle: Referat Statistik und Wahlen.

## 5.2 Einbürgerungen

Bei den erfolgten Einbürgerungen in der Stadt Göttingen ist im Zeitverlauf sichtbar, dass deren Zahl seit vielen Jahren ansteigt und lediglich im Jahr 2020, als aufgrund der Coronapandemie die Kontakte grundsätzlich eingeschränkt wurden, abfiel. Laut dem Fachdienst Ausländer- und Staatsangehörigkeitsangelegenheiten steigt seitdem die Zahl der Anträge auf eine Einbürgerung wieder stark an. Da die Anträge vom Personal der Ausländerbehörde nach Eingangsdatum bearbeitet werden, müssen Antragstellende zurzeit mit einer Wartezeit von bis zu anderthalb Jahren rechnen.<sup>16</sup> Um die Wartezeit weiter zu senken und den kommenden Rechtsänderungen frühzeitig Rechnung zu tragen, hat der Fachdienst Ausländer- und Staatsangehörigkeitsangelegenheiten bereits frühzeitig aus eigener Kraft umstrukturiert und das Team „Einbürgerungen“ gestärkt. Durch das Gesetz zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts (StARModG) wird Mehrstaatigkeit ermöglicht und die Voraufenthaltszeiten vor der Einbürgerung werden von bisher acht auf fünf Jahre beziehungsweise bei besonders guter Integration auf drei Jahre verkürzt,<sup>17</sup> sodass von weiterhin steigenden Antragszahlen auszugehen ist. Zu den häufigsten bisherigen Staatsangehörigkeiten im Jahr 2023 in der Stadt Göttingen zählen die Arabische Republik Syrien (181) und danach mit deutlichem Abstand die Islamische Republik Iran (41), die Türkei (21) sowie Afghanistan (18) und die Ukraine (14). Im Jahr 2023 wurden insgesamt 497 Einbürgerungen vorgenommen.

**Abbildung 10: Tabelle Anzahl Einbürgerungen Stadt Göttingen nach Geschlecht (31.12.2022)**

Stadt Göttingen	2018	2019	2020	2021	2022
<b>Anzahl Einbürgerungen</b>	219	229	192	232	269
<b>davon weiblich</b>	123	115	99	120	110
<b>davon männlich</b>	96	114	93	112	159

Quelle: Referat Statistik und Wahlen, Fachdienst Ausländer- und Staatsangehörigkeitsangelegenheiten.

<sup>16</sup> Vgl. Protokoll Netzwerk Migration Region Göttingen vom 19.06.2023.

<sup>17</sup> Vgl. Mitteilung der Bundesregierung vom 19.01.2024 unter <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/modernisierung-staatsangehoerigkeitsrecht-2215610>.

## 5.3 Geflüchtete

Von 2018 bis 2022 hat die Stadt Göttingen insgesamt 3.066 Asylbewerber\*innen aufgenommen, von denen 434 Personen eine Aufenthaltserlaubnis als Asylberechtigte haben. Zu den Hauptherkunftsländern der Asylantragsteller\*innen im Jahr 2022 zählen Kolumbien, Arabische Republik Syrien, Irak, Afghanistan, Türkei und Georgien. Geflüchtete aus der Ukraine sind in der Regel nicht mit einem Asylbewerber\*innenstatus eingereist, sondern besitzen aufgrund der Besonderheit des russischen Angriffskrieges eine Aufenthaltserlaubnis in Deutschland. In der Stadt Göttingen haben bisher mehr als 1.700 Ukrainer\*innen Zuflucht gefunden.

**Abbildung 11: Tabelle Geflüchtete Stadt Göttingen (31.12.2022)**

Stadt Göttingen	2018	2019	2020	2021	2022
Asylbewerber*innen	666	637	641	582	540
Asylberechtigte	77	79	88	95	95
Kontingentflüchtlinge	231	222	213	199	181
Bürgerkriegsflüchtlinge	56	54	54	46	33
Ausreisepflichtige	42	41	39	34	29

Quelle: Referat Statistik und Wahlen, Fachdienst Ausländer- und Staatsangehörigkeitsangelegenheiten.

## 6. Entstehungsprozess und Umsetzung

Zielsetzung eines kommunalen Integrationskonzepts ist, allen kommunalen Akteur\*innen einen strukturierten Rahmen und konkrete Zielvorgaben für die Integrationsarbeit und Prozesse vor Ort zu bieten und hierbei eine verbindliche Werteorientierung (siehe Kapitel 4) mit konkreten Zielen und Maßnahmen (siehe Kapitel 7) zu verbinden, bei denen bedarfsgerechte Anpassungen in der Umsetzung möglich sind. Zur Erreichung dieser Zielsetzung ist eine Einbindung möglichst vieler Akteur\*innen und unterschiedlicher Perspektiven im Erstellungsprozess zentral. Dem wurde im vorliegenden Konzept auf vielfältige Weise Rechnung getragen, wie im folgenden Teilabschnitt zum Beteiligungsprozess (siehe Kapitel 6.1) dargestellt wird.

Sowohl in der Erstellung als auch in der Umsetzung sind zusätzlich die steuernden und koordinierenden Begleitstrukturen ein weiteres wichtiges Element (siehe Kapitel 6.2).

### 6.1 Methodisches Vorgehen und Beteiligung

Zur konkreten Planung des neuen Integrationskonzeptes wurden vorab Ergebnisse aus Berichten, Netzwerktreffen und Fachveranstaltungen berücksichtigt und analysiert. Daraus ergaben sich bereits Fragen zur Weiterentwicklung des Konzeptes, die zunächst mit Fachleuten in Form von Expert\*inneninterviews erörtert wurden. Bei diesen Interviews Ende 2021/Anfang 2022 ging es u. a. um eine fachliche Einschätzung zum Stellenwert des Integrationskonzeptes und um eine Einschätzung zu den Änderungs- und Anpassungsbedarfen bezüglich der Aufteilung der Handlungsfelder und den Zielausrichtungen.

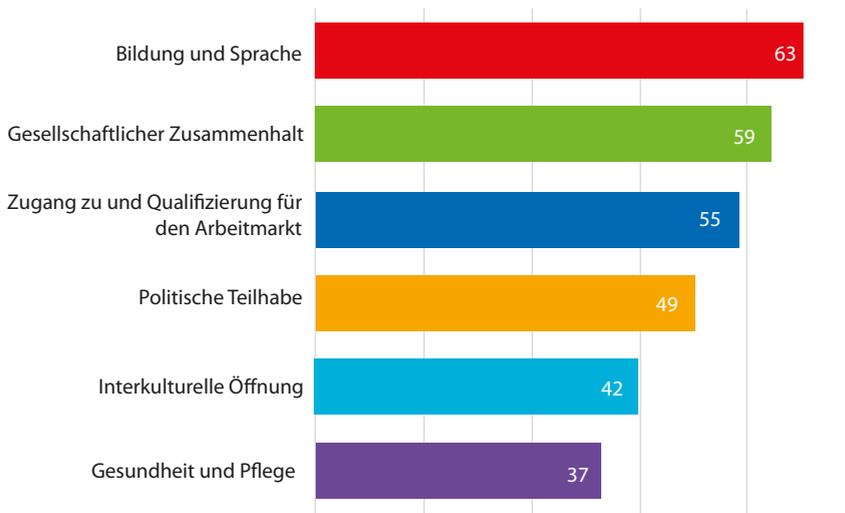
Gleichzeitig wurde die Begleitung des gesamten Prozesses öffentlich ausgeschrieben, und in diesem Zuge wurden bereits Eckdaten zur Durchführung der unterschiedlichen Beteiligungsformate entworfen. Diese wurden dann in dem anschließenden Beratungs- und Begleitungsprozess gemeinsam mit dem Ibis-Institut, das die Ausschreibung gewonnen hatte, konkretisiert und terminiert.

Aus diesen Vorarbeiten heraus wurde eine erste umfängliche Einbindung externer Perspektiven durch eine Online-Befragung initiiert, die im Mai 2022 per E-Mail an Migrant\*innenselbstorganisationen (MSO), Migrationsberatungsstellen, Träger\*innen von Bildungs- und Begegnungs-, Freizeitprojekten, Kindertageseinrichtungen, Schulen, religiöse Einrichtungen sowie Stadtteileinrichtungen versendet wurde. Insgesamt wurden ca. 400 Institutionen angeschrieben. Rückmeldungen gab es von 67, was einer Rücklaufquote von ca. 17 % entspricht. Es wurden Fragen zum Angebotsspektrum

der Befragten, zu deren Zielgruppenerreichung, Vernetzung sowie zu Bedarfen und Erwartungen beantwortet. Eine Zusammenfassung der Ergebnisse befindet sich im Anhang.

Bei der Frage, welches Handlungsfeld für die Befragten zukünftig in das kommunale Integrationskonzept gehören soll, ergaben sich die folgenden Nennungen (Mehrfachnennungen waren möglich).

**Abbildung 12: Grafik Handlungsfelder eines künftigen Integrationskonzeptes**



Quelle: Ibis-Institut.

## 6.1.1 Auftaktveranstaltung

Als nächster wichtiger Meilenstein wurde eine Auftaktveranstaltung mit dem Titel Vielfalt gemeinsam gestalten am 10. Juni 2022 durchgeführt, um die Konzeptentwicklung mithilfe eines Beteiligungsprozesses einzuleiten. An dieser beteiligten sich ca. 100 Personen, darunter interessierte ehrenamtliche und hauptamtliche Akteur\*innen der Integrations- sowie Kultur- und Bildungsarbeit, Mitarbeiter\*innen verschiedener Verwaltungsbereiche, politische Vertreter\*innen sowie auch interessierte Vertreter\*innen der Zivilgesellschaft.

Während der ganztägigen Veranstaltung wurden zunächst die bisherigen Aktivitäten und Vorhaben und danach die vorliegenden Ergebnisse aus der Online-Befragung vom Ibis-Institut vorgestellt.

**Abbildung 13: Fotos Präsentationen bei Auftaktveranstaltung**



Im Anschluss wurde in verschiedenen Phasen und in unterschiedlicher Teilnehmer\*innenbesetzung in thematischen Workshops gearbeitet. In den Workshops wurden jeweils zu einem bestimmten Handlungsfeld Fragestellungen bearbeitet, die sich auf wichtige Kernthemen, Herausforderungen, Handlungsempfehlungen und mögliche Stakeholder bezogen. Im Plenum wurden am Ende die Ergebnisse der Workshops zusammengetragen und vorgestellt.

Als Ergebnis der Auftaktveranstaltung wurden die weiteren Schritte zur Bearbeitung des neuen Integrationskonzeptes wie folgt festgehalten:

- Beim Handlungsfeld 1 Bildung und Sprache und Handlungsfeld 5 Qualifizierung für und Zugang zum Arbeitsmarkt wurde festgestellt, dass große Schnittstellen bestehen und zusammen bearbeitet werden können, weshalb in einer ersten Folgeveranstaltung ein gemeinsamer Workshop dazu stattfinden sollte.
- Des Weiteren lag der Fokus im 1. Workshop zum Handlungsfeld 1 Bildung und Sprache vorrangig auf der sprachlichen Förderung in der Erwachsenenbildung, so dass zwei weitere Online-Umfragen für Schulen und Kitas initiiert wurden. Neben Kerndaten wurden u. a. Fragen zu vorhandenen Ansätzen der Sprachförderung sowie Maßnahmen und Bedarfen zur ergänzenden Sprachförderung und zu interkulturellen Themen abgefragt.
- Auch Handlungsfeld 2 Politische Teilhabe und Handlungsfeld 3 Gesellschaftlicher Zusammenhalt sollten ebenfalls in einem weiteren Workshop gemeinsam bearbeitet werden.
- Handlungsfeld 4 Interkulturelle Öffnung konnte bereits bei der Auftaktveranstaltung umfänglich bearbeitet werden, da es hier große Kontinuität in den Bedarfen und Maßnahmen gab, sodass keine Folgeveranstaltung als notwendig erachtet wurde.
- Zum Handlungsfeld 6 Gesundheit und Pflege wurde eine zweite Folgeveranstaltung eingeplant, da das Handlungsfeld ein gänzlich neues Bearbeitungsfeld im Integrationskonzept ist und sich hier die Kontakte und Netzwerke noch im Aufbau befinden.

Weiterhin wurde für das neue Konzept festgehalten, dass die Themen Gender, Nachhaltigkeit und Sozialraumbezug bei allen Maßnahmen querschnittsmäßig mitbedacht und dokumentiert werden sollten.

## 6.1.2 Folgeveranstaltungen

Zur weiteren Bearbeitung und Auswertung der Ergebnisse der Auftaktveranstaltung sowie zur Planung weiterer Schritte wurde am 22. Juni 2022 vom Büro für Integration ein verwaltungsinterner Workshop mit dem Netzwerk gleichberechtigte Teilhabe<sup>18</sup> und dem Ibis-Institut durchgeführt, in dem eine Bewertung der Ergebnisse vorgenommen und die Schnittstellen sowie die zuständigen Akteur\*innen identifiziert wurden.

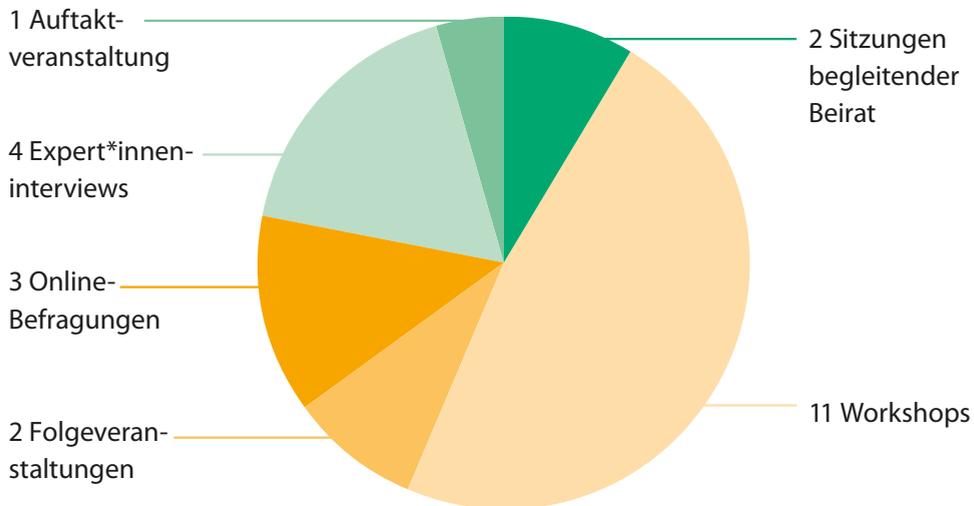
Am 26. August 2022 fand unter Beteiligung von rund 60 Personen eine weitere Veranstaltung im Ratssaal der Stadt Göttingen statt. Dabei wurden in der ersten Arbeitsphase im Plenum die erstmalig im Jahr 2008 formulierten Leitziele überarbeitet (siehe Kapitel 4.2) und im Anschluss in zwei weiteren Workshops die Handlungsfelder 1 Bildung und Sprache und 5 Qualifizierung für und Zugang zum Arbeitsmarkt sowie 2 Politische Teilhabe und 3 Gesellschaftlicher Zusammenhalt vertieft bearbeitet.

Das Handlungsfeld 6 Gesundheit und Pflege wurde am 27. September 2022 in zwei getrennten Workshops jeweils zum Thema „Gesundheit“ und „Pflege“ unter Beteiligung von ca. 30 Personen fachlich betrachtet. Die Teilnehmer\*innen kamen u. a. von dem Gesundheitsamt für die Stadt und dem Landkreis Göttingen, der Universitätsmedizin Göttingen, der Gesundheitsregion Göttingen, dem Gesundheitscampus Göttingen und den Psychosozialen Zentren in der Stadt.

---

18 Das Netzwerk gleichberechtigte Teilhabe ist ein ressortübergreifendes, verwaltungsinternes Netzwerk unter Beteiligung des Referat 02 - Gleichstellungsbüro, Referat 05 - Büro für Integration, Referat 07 - Nachhaltige Stadtentwicklung und den Fachbereichen Personal und Organisation (Koordination Diversität) und Soziale Sicherung (Stabstelle Inklusion) sowie dem Dezernat B (Jugendhilfeplanung).

**Abbildung 14: Grafik Übersicht Beteiligungsformate**



## 6.2 Begleitstrukturen

Die Umsetzung des neuen Integrationskonzeptes in den nächsten 5 Jahren soll kontinuierlich reflektiert und gesteuert werden. Zu den Umsetzungswerkzeugen zählen der begleitende Beirat zum kommunalen Integrationskonzept (der bereits in der Erstellungsphase aktiv war), die Einrichtung von Fachsprecher\*innen, die Durchführung von Integrationskonferenzen sowie die Steuerung und das Berichtswesen durch das Büro für Integration.

### 6.2.1 Begleitender Beirat

Wie schon bei den vorherigen Konzepten bildet der begleitende Beirat zum kommunalen Integrationskonzept der Stadt Göttingen weiterhin ein wichtiges Gremium zur Erstellung und Fortführung des Konzeptes. Nach der Verfahrensordnung vom 3. November 2022 setzt sich der Beirat zusammen aus

- einem\*einer Vertreter\*in der einzelnen Fraktionen und Gruppen im Rat,
- Vertreter\*innen der Verwaltung (Dezernat B - Personal, Schule und Jugend, Dezernat C - Kultur, Soziales und Gesundheitsamt, Referat 02 - Gleichstellungsbüro, Referat 05 - Büro für Integration),
- sowie Akteur\*innen der Integrationsarbeit aus der Zivilgesellschaft (Integrationsrat, Netzwerk Migration, Beirat für Menschen mit Behinderungen).

Unter Federführung des Büros für Integration kommen Mitglieder in der Regel einmal pro Jahr im Rahmen der Beiratssitzung zusammen, treten als „Fürsprecher\*innen“ und „Multiplikator\*innen“ für Veranstaltungen und Projekte der Integrationsarbeit auf, nehmen an zentralen Integrationsveranstaltungen teil und begleiten integrationspolitische Themen. Der Beirat ist zudem an der Auswahl der externen Fachsprecher\*innen beteiligt.

Im Zuge des Beteiligungsverfahrens wurden die Vorhaben und bisherigen Ergebnisse, die geplanten Begleitstrukturen, die Verfahrensordnung sowie die aktualisierten Leitziele im Beirat vorgestellt und diskutiert.

**Abbildung 15: Grafik Übersicht begleitender Beirat**



## 6.2.2 Fachsprecher\*innen

Im Rahmen des neuen Integrationskonzeptes für die Stadt Göttingen soll erstmalig für jedes der 6 Handlungsfelder ein\*e Fachsprecher\*in benannt werden. Das übergeordnete Ziel besteht darin, damit eine verwaltungsexterne Fachexpertise zu jedem Handlungsfeld zu gewährleisten. Die Funktionen, fachlichen Voraussetzungen und Aufgaben der externen Fachsprecher\*innen wurden mit dem begleitenden Beirat diskutiert, der auch an deren Auswahl beteiligt ist. Bestehende Netzwerke und Arbeitsgruppen können geeignete Personen für diese Funktion vorschlagen.

Ziel ist, dass die Fachsprecher\*innen einen Überblick darüber geben, was zur Umsetzung des neuen Integrationskonzeptes in dem jeweiligen Handlungsfeld geschieht, und zugleich auf mögliche Bedarfe hinweisen. Zeitgleich sollen durch den Austausch der Fachsprecher\*innen die Handlungsfelder untereinander enger verzahnt werden, um den Informationsaustausch zu fördern, Schnittstellen zu benennen und Synergien herzustellen.

Voraussetzung ist, dass der\*die Fachsprecher\*in in bereits bestehende Netzwerke und Arbeitsgruppen vor Ort im jeweiligen Handlungsfeld aktiv eingebunden ist, um Zugang zu einschlägigen Informationen zu haben, über fachliche Expertise verfügt, die Angebote und Strukturen vor Ort kennt und mögliche Bedarfe in die Verwaltung spiegeln kann.

Zu den Aufgaben gehört, dass der\*die Fachsprecher\*in aus jedem Handlungsfeld an fachlichen Austauschtreffen mit dem Büro für Integration, an einem Austauschtreffen mit dem begleitenden Beirat sowie an den öffentlichen Integrationskonferenzen teilnimmt, um dort Zwischenergebnisse der Umsetzung des Integrationskonzeptes im jeweiligen Handlungsfeld vorzustellen.

### 6.2.3 Integrationskonferenzen

Die Ergebnisse der Umsetzungsberichte werden, wie in der Vergangenheit auch, in Arbeitsgruppen und bei Netzwerktreffen vom Büro für Integration vorgestellt und besprochen. Neu ist die Planung von zweijährig stattfindenden Integrationskonferenzen. Diese Integrationskonferenzen sollen in Zukunft ähnlich wie die Auftaktveranstaltung ein breites Publikum ansprechen, damit möglichst unterschiedliche Perspektiven eingebunden werden können. Ob dabei jeweils alle Handlungsfelder bearbeitet werden oder eine thematische Schwerpunktsetzung stattfindet, richtet sich nach dem Bedarf.

### 6.2.4 Steuerung und Berichtswesen durch das Büro für Integration

In besonderem Maße ist das Büro für Integration federführend verantwortlich für die Steuerung der Fortschreibung und Anpassung des Konzeptes, ebenso für die Berichterstattung und die Organisation zukünftiger Beteiligungsformate.

Das Konzept bietet die Grundlage für ein strategisches und langfristig angelegtes Integrationsmanagement; es bildet sozusagen den Rahmen und die Richtschnur für

einzelne Maßnahmen. Für die Umsetzung der aufgeführten Maßnahmen sind die bei der Zuständigkeit genannten Institutionen und Akteur\*innen verantwortlich.

In dem vom Büro für Integration anzufertigenden Berichtswesen findet u. a. die Überprüfung der Zielerreichung statt. Das Berichtswesen gibt zudem Aufschlüsse über Lücken, neue Herausforderungen und notwendige Umsteuerungsmaßnahmen. Neue Maßnahmen können entsprechend initiiert oder unterstützt werden. Die Ergebnisse der jeweiligen Berichte werden in den entsprechenden Fachgremien der Politik sowie in Netzwerken vorgestellt und veröffentlicht.

Durch die Vernetzung und Teilnahme an Fachgesprächen und -veranstaltungen auf Landesebene erhält das Büro für Integration zudem Einblicke in übergreifende Entwicklungen und Perspektiven, so dass diese in der Anpassung des Konzeptes berücksichtigt werden können.

Das vorliegende Konzept ist zunächst für 5 Jahre geplant. Als notwendig erachtete Anpassungen können auch schon innerhalb dieses Zeitraums erfolgen. Eine Fortschreibung nach Ablauf des geplanten Umsetzungszeitraums ist ebenso möglich wie eine Neufassung des Integrationskonzeptes.

**Abbildung 16: Grafik Übersicht fortlaufende Begleitstrukturen zum kommunalen Integrationskonzept**



## 6.2.5 Netzwerkarbeit

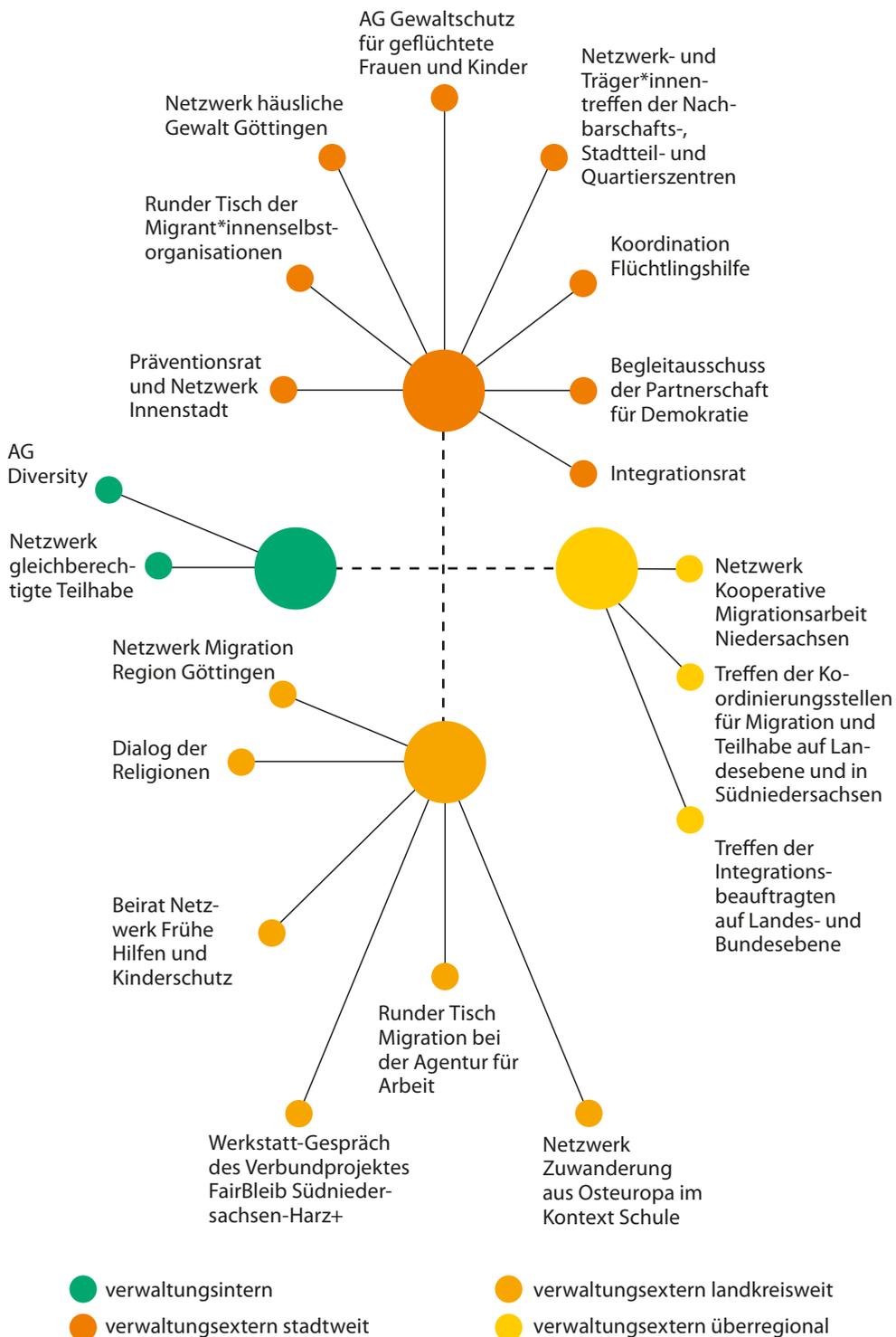
Neben den eingerichteten Begleitstrukturen werden die Ergebnisse der Umsetzung und Themen des Integrationskonzeptes stetig in verwaltungsinterne und -externe Netzwerke, Arbeitsgruppen und Gremien eingebracht.

Zu den verwaltungsinternen Netzwerken zählen z. B. die AG Diversity und das Netzwerk gleichberechtigte Teilhabe.

Zu den verwaltungsexternen Netzwerken, bei denen sich in der Regel ehren- und hauptamtliche Akteur\*innen der Integrationsarbeit oder sozialen Arbeit gemeinsam austauschen, zählen u. a.:

- Stadtweit: der Runde Tisch der Migrant\*innenselbstorganisationen, die AG Gewaltschutz für geflüchtete Frauen und Kinder, die Koordination Flüchtlingshilfe, die öffentlichen Integrationsratssitzungen, der Begleitausschuss der Partnerschaft für Demokratie, der Präventionsrat und Netzwerk Innenstadt, das Netzwerk häusliche Gewalt Göttingen und das Netzwerk- und Träger\*innentreffen der Nachbarschafts-, Stadtteil- und Quartierszentren
- Landkreisweit: das Netzwerk Migration Region Göttingen, der Dialog der Religionen, der Beirat Netzwerk Frühe Hilfen und Kinderschutz, der Runde Tisch Migration bei der Agentur für Arbeit, das Werkstatt-Gespräch des Verbundprojektes FairBleib Südniedersachsen-Harz+ und das Netzwerk Zuwanderung aus Osteuropa im Kontext Schule
- Überregional: das Netzwerk Kooperative Migrationsarbeit Niedersachsen, das Treffen der Koordinierungsstellen für Migration und Teilhabe auf Landesebene und in Südniedersachsen sowie das Treffen der Integrationsbeauftragten auf Landes- und Bundesebene

Abbildung 17: Grafik Übersicht Netzwerkarbeit (31.12.2023)



## 7. Ziele und Maßnahmen

### Zur Verbindlichkeit der Umsetzung

Die im folgenden Kapitel vorgestellten Maßnahmen sind als reine Handlungsempfehlungen zu verstehen. Sie können und sollen keinerlei verpflichtenden Charakter gegenüber Dritten innerhalb wie außerhalb der Stadtverwaltung Göttingen haben. Stattdessen zielen sie darauf, aufbauend auf den Rückmeldungen der Fachleute im Erstellungsprozess, Impulse zu geben. Damit dienen sie als Anregung zur Gestaltung der künftigen Integrationsarbeit, um den benannten Herausforderungen zu begegnen. Sie basieren dabei selbstverständlich auch auf den bereits vorhandenen, zahlreichen positiven Ansätzen, Maßnahmen und Projekten in Göttingen. Abschließend soll darauf verwiesen werden, dass diese Maßnahmenempfehlungen in der potentiellen Umsetzung zudem um- bzw. weiter ausgestaltet werden können, um an die sich stetig ändernden Bedarfe im Integrationsbereich angepasst werden zu können. Auch hier ist das vorliegende Konzept als ein lebendiges Konzept zu verstehen.



Im Folgenden soll das Kernstück des neuen Integrationskonzeptes vorgestellt werden: in 6 übergeordneten Handlungsfeldern wurden die Ergebnisse des Beteiligungsprozesses zusammengeführt. Dabei wurden die Handlungsfelder aus den Fortschreibungen des ersten Integrationskonzeptes zu Grunde gelegt und weiterentwickelt. Das Handlungsfeld Gesundheit und Pflege wurde gänzlich neu aufgenommen.

Abbildung 18: Grafik Handlungsfelder neues Integrationskonzept



Bei jedem Handlungsfeld gibt eine Einleitung einen Überblick über die Inhalte, die in dem Handlungsfeld zu erwarten sind, und benennt das übergeordnete Hauptziel.

Jedes Handlungsfeld ist der Übersichtlichkeit halber in mehrere Kernthemen aufgeteilt. Bei jedem Kernthema wird zu Beginn anhand ausgewählter Beispiele kurz dargestellt, auf welche bisherigen Ergebnisse das neue Integrationskonzept aufbauen kann. Im Anschluss folgen verschiedene operative Ziele, denen konkrete Maßnahmen zugeordnet sind, mit deren Umsetzung diese Ziele erreicht werden sollen. Auch die Gruppe, an die sich die Maßnahme jeweils richtet, wird genannt. Unter Zuständigkeiten wurden Institutionen, Bildungseinrichtungen, Fachstellen, Verwaltungsstellen etc. benannt, die bei der Umsetzung der entsprechenden Maßnahme zuständig sein können. Das bedeutet weder, dass die Aufzählung abschließend ist, noch, dass sich daraus für die genannten Institutionen eine Verpflichtung zur Umsetzung ergibt.

Auch wurde der Umsetzungszeitraum eingegrenzt: „Kurzfristig“ meint, dass davon auszugehen ist, dass die Umsetzung der Maßnahme innerhalb eines Jahres stattfinden kann, „Mittelfristig“ bedeutet im Zeitraum von 1 bis 3 Jahren, „Langfristig“ beschreibt einen Zeitraum von 5 Jahren.

## 7.1 Querschnittsthemen

Durch sämtliche Handlungsfelder ziehen sich mehrere Querschnittsthemen, die bereits im Rahmen der Auftaktveranstaltung benannt wurden. Konsens war, dass die Themen Gender, Nachhaltigkeit und Sozialraumbezug bei allen Maßnahmen des Integrationskonzeptes berücksichtigt und dokumentiert werden sollen. Auf Grund ihrer Relevanz spielen sie bei der Konzeption und Umsetzung von Maßnahmen durch sämtliche beteiligten/künftig zu beteiligenden Akteur\*innen eine zentrale Rolle.

### 7.1.1 Gender

Gender (Geschlecht und geschlechtliche Identität) ist eine von mehreren Vielfaltsdimensionen, die nach der „Charta der Vielfalt“ zu den Kern-Dimensionen einer Person zählen. Die Stadt Göttingen hat die „Charta der Vielfalt“ im Jahr 2016 unterzeichnet und bearbeitet deren Vielfaltsdimensionen verwaltungsintern, z. B. in der AG Diversity und im Netzwerk gleichberechtigte Teilhabe. Im Sinne einer Intersektionalität wirken die Vielfaltsdimensionen nicht nur einzeln für sich, sondern können sich gegenseitig beeinflussen, was zu Mehrfachdiskriminierungen führen kann. Zudem gibt es hier weitere Überschneidungen mit dem Thema Nachhaltigkeit (siehe Kapitel 7.1.2).

## 7.1.2 Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit bedeutet, dass bei der Umsetzung der Maßnahmen auch die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung mitgedacht werden, die im Jahr 2015 von allen UN-Mitgliedstaaten verabschiedet wurden und bis 2030 erreicht werden sollen, die sogenannten Sustainable Development Goals (SDG)<sup>19</sup>. Diese finden, wie unter 4.1 dargestellt, eine besondere Berücksichtigung in den strategischen Zielen der Stadt Göttingen und bieten Überschneidungen mit der Charta der Vielfalt (siehe Kapitel 7.1.1).

## 7.1.3 Sozialraumbezug

Der Sozialraumbezug spielt insbesondere im Handlungsfeld 3 Gesellschaftlicher Zusammenhalt eine hervorgehobene Rolle. Bei jeder Maßnahme wird grundsätzlich berücksichtigt, ob sie in der Durchführung einen sozialräumlichen Bezug hat. Somit kann verdeutlicht werden, bei welchen operativen Zielsetzungen eine sozialräumliche Orientierung notwendig oder hilfreich sein kann, um eine gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen. Durch das zunehmende Mainstreaming der einzelnen Themen wie Gender, Sozialraum, Migration etc. soll auf eine gleichwertige Einbeziehung und Berücksichtigung aller Menschen hingewirkt werden. Dazu müssen die diversen Lebensumstände und Lebenswelten bei Konzeptionierung, Planung und Durchführung angemessen berücksichtigt werden. Mögliche Hürden wie z. B. mangelnde Mobilität, fehlende Unterstützungsnetzwerke, Verständigungsprobleme müssen bereits im Vorfeld systematisch mitbedacht werden und entsprechend ausgeglichen oder abgeschafft werden.

Das direkte Lebensumfeld möglichst miteinzubeziehen bietet daher i. d. R. eine niederschwellige Möglichkeit, Partizipation und Informationsweitergabe zu ermöglichen, gerade auch, wenn es um die Ansprache neuer Zielgruppen geht. Vorhandene Stadtteileinrichtungen und Anlaufstellen bieten dabei eine wertvolle Ressource, die es zu nutzen gilt.

---

<sup>19</sup> Vgl. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/nachhaltigkeitspolitik/nachhaltigkeitsziele-erklart-232174>.



Bildung und Sprache

## 7.2.1 Handlungsfeld 1: Bildung und Sprache

Bildung und Sprache sind elementare Bausteine für eine gelingende Integration. Der Erwerb und sichere Gebrauch der deutschen Sprache bilden dabei eine der wichtigsten **Voraussetzungen für eine aktive Teilhabe** in der Gesellschaft und gelten als Schlüssel für eine erfolgreiche Bildungs- und Berufslaufbahn. Dabei gilt es auch, Mehrsprachigkeit als Ressource anzuerkennen und neben Deutsch die muttersprachlichen Kompetenzen von Menschen mit Migrationshintergrund zu stärken. Ohne ausreichende Sprachkenntnisse unterliegt gesellschaftliche Teilhabe oft unüberwindbaren Hürden, sei es bei der Wohnungs- oder Arbeitsplatzsuche, beim Einkauf im Supermarkt oder dem Kennenlernen der neuen Nachbar\*innen.

Die **zielgruppengerechte Information** und Aufklärung zu frühkindlichen Betreuungssystemen und Bildungsinstanzen ist ein wichtiger Schritt, um frühzeitige und erfolgreiche Eingliederung in das Bildungssystem zu ermöglichen. Wenn Kinder gleich zu Beginn von einer **alltagsintegrierten Sprachbildung** in Kitas profitieren, werden damit auch die Voraussetzungen für frühkindliches Lernen und die Chance auf eine erfolgreiche Bildungslaufbahn geschaffen. Kinder und Jugendliche benötigen, wenn sie im schulfähigen Alter nach Deutschland einreisen, eine schnelle Hinführung und Aufnahme in schulische Regelangebote. Dafür werden grundlegende und **ergänzende Fördermaßnahmen** auf Landesebene angeboten.<sup>20</sup> Daneben gibt es einen kommunalen Handlungsspielraum, der durch ehrenamtliche schulische und außerschulische Aktivitäten ergänzt wird. Ebenso gilt es, Kinder wie Eltern gendersensibel einzubeziehen und ggfs. Rollenzuschreibungen zu hinterfragen oder aktiv einzubeziehen wie z. B. durch Bereitstellung von Kinderbetreuung.

Um einen nahtlosen Übergang zu weiterführenden Schulen und Ausbildungssystemen zu ermöglichen, ist es unerlässlich, gute Informationsarbeit und gute Abstimmung der Bildungssysteme untereinander zu gewährleisten. Bei allen Bildungsinstanzen ist es ein wesentlicher Erfolgsfaktor, die zielgruppengerechte Ansprache, Aufbereitung von Informationen und die frühzeitige **Einbindung der Eltern** zu berücksichtigen, da sie einen wesentlichen Beitrag zum Bildungserfolg ihrer Kinder leisten.

---

20 Vgl. <https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/Bildung/AllgBildung/2023-09-23-Umsetzung-IntegrationalChance.pdf>

Ein weiterer Aspekt ist die Unterstützung der **Herkunftssprache** in den unterschiedlichen Lebensphasen; hier gilt es ressourcenorientiert die Sprachkompetenzen der eingewanderten Menschen zu würdigen und zu fördern.

Für Erwachsene ist es im Sinne einer funktionierenden **Förderkette** wichtig, dass sie einen zeitnahen Zugang zu passenden Sprachkursangeboten erhalten. Da das Fördersystem und die jeweiligen Zugangsvoraussetzungen zu einzelnen Maßnahmen überaus komplex und dynamisch sind, ist es notwendig, hierzu **professionelle Beratung** und **Koordinierung** anzubieten. Die Sprachkursangebote für Erwachsene werden insbesondere über Bundes-, Landes- und kommunale Mittel gefördert, sie werden aber auch nicht selten von Ehrenamtlichen für spezifische Zielgruppen und sogenannte „Förderlücken“ angeboten. Durch die unterschiedlichen Fördersysteme und Zuständigkeiten ist es unbedingt notwendig, dass zuständige Stellen einen guten Überblick zu den Angeboten haben, um bei Bedarf in den Beratungsgesprächen in weiterführende Maßnahmen vermitteln zu können.

Im Anschluss an die Sprachfördermaßnahmen oder auch schon parallel dazu findet berufliche Orientierung bzw. Qualifizierung statt; dazu bietet das Handlungsfeld 5 weiterführende Informationen.

## Hauptziel des Handlungsfeldes

Alle Menschen mit Migrationshintergrund in der Stadt Göttingen mit Spracherwerbs- und Sprachförderbedarf in der deutschen Sprache erhalten Zugang zu den für sie geeigneten Bildungs- und Sprachförderangeboten.<sup>21</sup>



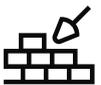
Die Kernthemen, die in diesem Handlungsfeld 1 bearbeitet werden, sind:

- 1.1 Spracherwerb und -förderung in der frühkindlichen Bildung
- 1.2 Spracherwerb und -förderung im schulischen Bereich
- 1.3 Spracherwerb und -förderung im Erwachsenenbildungsbereich
- 1.4 Förderung in der Herkunftssprache
- 1.5 Abstimmung und Vernetzung

### 1.1 Kernthema Spracherwerb und -förderung in der frühkindlichen Bildung

#### Worauf bauen wir auf?<sup>22</sup>

Alle städtischen Kitas wurden nach dem Sprachbildungsverfahren des Deutschen Jugendinstituts geschult. Für neuangestellte pädagogische Fachkräfte werden regelmäßig Nachschulungen angeboten, dadurch wird ein sensibles und professionelles Begleiten der Sprachbildung und -förderung ermöglicht. Das niederschwellige Angebot „Café Kinderwagen“ wird an 4 vier Standorten angeboten und auch die Projekte „Griffbereit“ und „Rucksack“ werden weiterhin erfolgreich durch eine freie Trägerin der Bildungsarbeit umgesetzt. Das Projekt „Check In2“ unterstützt Eltern und Kinder wegweisend in die Regelangebote der frühkindlichen Bildung wie Kindertagesstätten, Ganztagschulen und Familienbildungsstätten. Das Programm „KiTa-Einstieg: Brücken bauen in frühe Bildung“ wird an 2 Standorten aus kommunalen Mitteln befristet finanziert und weitergeführt.



<sup>21</sup> In diesem Handlungsfeld wird das Zusammenspiel von Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik besonders deutlich. Da im Rahmen des Integrationskonzeptes wenig bis kein Spielraum in der Gestaltung der Bundes- und Landesvorgaben besteht, fokussieren sich die Maßnahmen in diesem Handlungsfeld auf die Bearbeitung der kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten. Vereinzelt werden jedoch auch Forderungen zu den beiden anderen Ebenen formuliert, um zu verdeutlichen, welche Bedarfe vorhanden sind.

<sup>22</sup> Vgl. Abschlussbericht zur zweiten Fortschreibung des Integrationskonzeptes unter <https://www.goettingen.de/portal/seiten/integration-900000264-25480.html?rubrik=900000002>.

## 1.1.1 Operatives Ziel



Kinder in der Stadt Göttingen erhalten bei Bedarf ein alltagsintegriertes Sprachbildungsangebot und zusätzliche Förderangebote in der Kindertagesstätte.

<b>Maßnahme 1</b>	Alle Kindertagesstätten (sowohl städtische als auch Tagesstätten in freier Träger*innenschaft) in der Stadt Göttingen arbeiten nach dem Rahmenkonzept für integrierte Sprachbildung und Sprachförderung in Kindertagesstätten in Göttingen.
<b>Zielgruppe</b>	Kinder mit Sprachförderbedarf im Alter von 3–6 Jahren
<b>Sozialraumbezug</b>	Ja
<b>Zuständigkeit</b>	FD 51.4 - Kindertagesstätten
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Langfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der Kindertagesstätten, die besondere Finanzhilfen nach § 31 Kindertagesstätten-Gesetz (NKiTaG) beantragt haben Anzahl der Kinder mit besonderem Sprachförderbedarf
<b>Maßnahme 2</b>	Das Angebot „Café Kinderwagen“ wird an weiteren Standorten ausgebaut.
<b>Zielgruppe</b>	Eltern, Mütter/Väter, Säuglinge und Kleinkinder von 0–3 Jahren
<b>Sozialraumbezug</b>	Ja
<b>Zuständigkeit</b>	FD 51.1 - Besondere Soziale Dienste
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der Standorte

<b>Maßnahme 3</b>	Die Projekte „Griffbereit“ und „Rucksack“ werden fortgeführt.
<b>Zielgruppe</b>	Kinder mit Sprachförderbedarf im Alter von 1–6 Jahren Eltern mit Migrationshintergrund
<b>Sozialraumbezug</b>	Ja
<b>Zuständigkeit</b>	Ev. Familien-Bildungsstätte Göttingen
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der „Griffbereit“-Gruppen und Teilnehmenden Anzahl der „Rucksack“-Gruppen und Teilnehmenden

<b>Maßnahme 4</b>	Das Angebot KiTa-Einstieg wird fortgeführt und erweitert.
<b>Zielgruppe</b>	Familien mit Migrationshintergrund, deren Kinder noch keine Kita besuchen
<b>Sozialraumbezug</b>	Ja
<b>Zuständigkeit</b>	FD 51.1 - Besondere Soziale Dienste
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl an Angeboten

## 1.1.2 Operatives Ziel



Eltern mit Migrationshintergrund sind befähigt, die Sprachentwicklung und Förderung ihrer Kinder zu unterstützen.

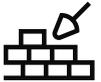
<b>Maßnahme 1</b>	Dolmetschende werden in der Elternarbeit eingesetzt, bspw. in den jährlichen Entwicklungsgesprächen § 3 Absatz 2 KiTaG.
<b>Zielgruppe</b>	Eltern und Erzieher*innen
<b>Sozialraumbezug</b>	Ja
<b>Zuständigkeit</b>	FD 51.4 - Kindertagesstätten
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der Einsätze von Dolmetscher*innen

<b>Maßnahme 2</b>	Fortbildungen und Informationsveranstaltungen zur interkulturellen Elternarbeit werden gendersensibel durchgeführt, ggf. auch in geschlechtshomogenen Gruppen.
<b>Zielgruppe</b>	Erzieher*innen, Personal in den Kitas
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	FD 51.4 - Kindertagesstätten
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der Fortbildungen, Anzahl der Teilnehmenden

## 1.2 Kernthema Spracherwerb und -förderung im schulischen Bereich

### Worauf bauen wir auf?

Die Schulen werden über die Sprachbildungskoordinator\*innen des Regionalen Landesamtes für Schule und Bildung beraten und unterstützt. Die Sprachförderung an den allgemeinbildenden Schulen wird unterrichtsintegriert umgesetzt. Am Max-Planck-Gymnasium (MPG) wurden Sprachlernklassen eingerichtet. Seit August 2020 gibt es Sprach- und Integrationsklassen in der Berufseinstiegsschule (BES), und der begleitende Besuch einer BES Klasse 2 „Sprache/Integration Teilzeit“ im Rahmen einer Einstiegsqualifizierung nach § 54 a SGB III ist möglich.



### 1.2.1 Operatives Ziel

Schüler\*innen in der Stadt Göttingen erhalten ein unterrichtsintegriertes Sprachbildungsangebot und bei Bedarf zusätzliche Förderangebote, z. B. Lernhilfe über das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT).



<b>Maßnahme 1</b>	Alle allgemeinbildenden Schulen arbeiten nach dem Konzept der individuellen Sprachförderung, zusätzliche begleitende und unterstützende Förderangebote sind eingerichtet.
<b>Zielgruppe</b>	Schüler*innen mit Sprachförderbedarf
<b>Sozialraumbezug</b>	Ja
<b>Zuständigkeit</b>	Grund- und weiterführende Schulen, Sprachbildungskoordinator*innen des Regionalen Landesamtes für Schule und Bildung, FB 40 - Schule, FB 50 - Soziale Sicherung
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Langfristig
<b>Kennzahl/Indikator</b>	Anzahl der Schüler*innen mit Sprachförderbedarf Anzahl der beantragten Förderstunden Liste zu ergänzenden Förderangeboten ist erstellt.

## 1.2.2 Operatives Ziel



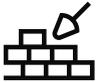
Eltern, Mütter/Väter mit Migrationshintergrund erhalten mehrsprachige Unterstützung zur Begleitung der schulischen Laufbahn und Sprachförderung ihrer Kinder.

<b>Maßnahme 1</b>	In der interkulturellen Elternarbeit werden bei Bedarf verstärkt Dolmetscher*innen bspw. bei der Durchführung von Elternabenden eingesetzt und mehrsprachige Elternbriefe verschickt.
<b>Zielgruppe</b>	Eltern, Lehrkräfte, Schulsozialarbeit
<b>Sozialraumbezug</b>	Ja
<b>Zuständigkeit</b>	Schulen mit Unterstützung vom Regionalen Landesamt für Schule und Bildung
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Kennzahl</b>	Einsatz von Dolmetscher*innen

## 1.3 Kernthema Spracherwerb und -förderung im Erwachsenenbereich

### Worauf bauen wir auf?

Es gibt in der Stadt Göttingen zentrale Erstanlauf- und Koordinierungsstellen für die Zusteuerung von Teilnehmenden in die unterschiedlichen Sprachkursangebote: Wichtige Beratungsstellen bilden hierbei die Agentur für Arbeit und das Jobcenter. Die Bildungsgenossenschaft Südniedersachsen (BIGS) ist die zentrale Anlaufstelle für die Vermittlung von Teilnehmenden in Integrationskurse. Die Beschäftigungsförderung Göttingen kAÖR (BFGoe) vermittelt überwiegend geflüchtete Teilnehmende entsprechend ihres Sprachstandes in die passenden Sprachkurse, überwiegend landesgeförderte Deutschkurse (MWK-Kurse<sup>23</sup>). Aufbauend auf den Integrationskursen besuchen Teilnehmende Berufssprachkurse nach DeuFöV, die vom Bundesamt für Migration und Geflüchtete koordiniert werden. Ergänzend dazu werden bei Bedarf zusätzliche Sprachförderangebote über den kommunalen Flüchtlings sammeltopf gefördert. Darüber hinaus werden niederschwellige ehrenamtliche Sprachförderangebote wohnortnah umgesetzt.



### 1.3.1 Operatives Ziel

Erwachsene mit Sprachförderbedarf erhalten unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus und anderen Zugangshürden (z. B. mangelnde Mobilität, Kinderbetreuung) zeitnah einen für sie geeigneten Deutschsprachkurs, ggf. auch in geschlechtshomogenen Gruppen.



23 MWK = Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur.

<b>Maßnahme 1</b>	Regelsprachkurse werden mit begleitender Kinderbetreuung (unter Berücksichtigung der Gruppe der unter 3-Jährigen und Ferienzeiten) organisiert.
<b>Zielgruppe</b>	Sprachkursteilnehmende mit Betreuungsverantwortung
<b>Sozialraumbezug</b>	Ja
<b>Zuständigkeit</b>	(Erwachsenen-) Bildungsträger*innen
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der Sprachkursangebote mit integrierter Kinderbetreuung

<b>Maßnahme 2</b>	Wohnortnahe, niederschwellige Sprachförderangebote (mit Kinderbetreuung) werden ausgebaut.
<b>Zielgruppe</b>	Menschen mit eingeschränkter Mobilität
<b>Sozialraumbezug</b>	Ja
<b>Zuständigkeit</b>	Sprachkursträger*innen, Kirchengemeinden, Einrichtungen in den Stadtteilen (Nachbarschafts- und Familienzentren)
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der wohnortnahen Sprachförderangebote

<b>Maßnahme 3</b>	Zur Sicherstellung der Bildungskette werden ergänzende, kommunal geförderte Sprachkurse angeboten.
<b>Zielgruppe</b>	Menschen, die keine Teilnahmeberechtigung oder zeitnahe Anschlusskurse zu den Integrations- bzw. MWK-Kursen haben
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Beschäftigungsförderung Göttingen kAÖR (BFGoe)
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl kommunaler Sprachkurse

<b>Maßnahme 4</b>	Ehrenamtliche Kursleiter*innen werden durch Fortbildungen und Sachkostenübernahme für Lehr- und Lernmittel unterstützt.
<b>Zielgruppe</b>	Ehrenamtliche Kursleiter*innen
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Freiwilligenprojekte, Referat 05 - Büro für Integration, FB 50 - Soziale Sicherung
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl Fortbildungen

## 1.4 Kernthema Förderung in der Herkunftssprache

### Worauf bauen wir auf?



Zu einzelnen Sprachen (z. B. Arabisch, Griechisch, Polnisch, Russisch, Spanisch, Türkisch) wird herkunftssprachlicher Unterricht an 7 Göttinger Grundschulen schulübergreifend angeboten.

Die Stadtbibliothek bietet Literatur für Kinder, Jugendliche und Erwachsene in zehn Fremdsprachen an.

### 1.4.1 Operatives Ziel



Kinder und Erwachsene haben die Möglichkeit, ihre Herkunftssprache zu erlernen und zu pflegen.

<b>Maßnahme 1</b>	Herkunftssprachlicher Unterricht an Grundschulen und allgemeinbildenden Schulen wird ausgebaut und ausreichend qualifizierte Lehrkräfte werden zur Verfügung gestellt.
<b>Zielgruppe</b>	Schüler*innen
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Regionales Landesamt für Schule und Bildung (RLSB)
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Langfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der herkunftssprachlichen Unterrichtsklassen

<b>Maßnahme 2</b>	Mehrsprachige Informationsmaterialien zu Angeboten herkunftssprachlichen Unterrichts werden bereitgestellt.
<b>Zielgruppe</b>	Erziehungsberechtigte nicht-deutscher Herkunftssprache, Schulsozialarbeiter*innen, Fachdienst Schulangelegenheiten
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Referat 05 - Büro für Integration
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Langfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl mehrsprachige Informationsmaterialien

<b>Maßnahme 3</b>	Mehrsprachige Literatur wird nach Nachfrage bereitgestellt.
<b>Zielgruppe</b>	Menschen nicht-deutscher Herkunftssprache, an Fremdsprachen interessierte Leser*innen, Familienmitglieder binationaler Ehen/Partnerschaften
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	FD 41.4 - Stadtbibliothek
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Langfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der fremdsprachigen Literatur in der Stadtbibliothek, Anzahl der Fremdsprachen

## 1.4.2 Operatives Ziel



Mehrsprachigkeit wird als Ressource (an-)erkannt und geschätzt.

<b>Maßnahme 1</b>	Es werden Veranstaltungen zur Imageverbesserung von Mehrsprachigkeit durchgeführt. Dabei können mehrsprachige Familien als Vorbilder gezeigt und bestehende Materialien, z. B. der Kultusministerkonferenz, genutzt werden.
<b>Zielgruppe</b>	Öffentlichkeit, pädagogisches Personal
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	AMFN, Integrationsrat, Referat 05 - Büro für Integration, MSO
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Langfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl Kampagnen und Veranstaltungen zur Imageverbesserung

## 1.5 Kernthema Abstimmung und Vernetzung

### Worauf bauen wir auf?



Die Willkommensbroschüre des Büros für Integration gibt einen Überblick sowohl über Sprachkursträger\*innen mit ihren Angeboten als auch über ehrenamtliche Sprachförderangebote in den Quartieren. Das Jugend- und Familienportal Südniedersachsen informiert online zu unterschiedlichen Angeboten für Kinder, Jugendliche und Familien. Zur Abstimmung finden Sprachkursträger\*innentreffen der Bildungsgenossenschaft Südniedersachsen eG und der Beschäftigungsförderung Göttingen kAÖR regelmäßig statt. Die BAMF-Regionalkoordinator\*innen und die Agentur für Arbeit stimmen sich mit den Träger\*innen der bundesfinanzierten Sprachkurse ab.

## 1.5.1 Operatives Ziel

Beratungs- und Sprachkursangebote sowie die zeitnahen Übergänge (Schnittstellen) in angebotene (Sprach-)Kurse sind unter den Träger\*innen abgestimmt und es werden Kurse zu allen benötigten Niveaustufen sowie besondere Lebensumstände (Kinderbetreuung, Behinderung, Arbeitszeiten etc.) berücksichtigt.



<b>Maßnahme 1</b>	Die bedarfsorientierte Vernetzung und Abstimmung der Sprachkursträger*innen wird fortgesetzt.
<b>Zielgruppe</b>	Anbieter*innen von Sprachkursen für Erwachsene
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Bildungsgenossenschaft Südniedersachsen eG, Beschäftigungsförderung Göttingen, Regionalkoordinator*innen des BAMF, Agentur für Arbeit, FB 52 - Jobcenter, FB 50 - Soziale Sicherung
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Langfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl Vernetzungstreffen

<b>Maßnahme 2</b>	Eine Plattform informiert trägerübergreifend und regional über Sprachkursangebote.
<b>Zielgruppe</b>	Sprachkursträger*innen und Teilnehmende
<b>Sozialraumbezug</b>	Ja
<b>Zuständigkeit</b>	Jugend- und Familienportal Südniedersachsen <a href="https://suedniedersachsenportal.de/ueber_uns">https://suedniedersachsenportal.de/ueber_uns</a>
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Langfristig
<b>Indikator</b>	Die Online-Plattform wird sowohl von Träger*innenseite als auch von Teilnehmer*innenseite genutzt.



Politische Teilhabe

## 7.2.2 Handlungsfeld 2: Politische Teilhabe

Politische Teilhabe und Mitbestimmung sind Grundelemente eines demokratischen Gesellschaftssystems. Es geht dabei um die Chancen, sich aktiv an politischen Prozessen zu beteiligen sowie die Möglichkeiten zu erkennen, sich selbst politisch beteiligen zu können. Für das Ankommen bzw. die Integration in der Gesellschaft ist die eigene Beteiligung wesentlich. Neben dem **aktiven und passiven Wahlrecht**, das bei der Bundestags- und Landtagswahl an die deutsche Staatsangehörigkeit und bei der Europa- und Kommunalwahl an die Unionsbürgerschaft gekoppelt ist, gibt es auch zahlreiche Formen von Partizipation und Mitbestimmung jenseits von Wahlen. Diese Formen ermöglichen insbesondere die politische Partizipation von Drittstaatsangehörigen mit einem Pass aus Nicht-EU-Ländern, die in Deutschland über kein Wahlrecht verfügen.

Diese neben dem Wahlrecht existierenden **Formen der Partizipation** sind vielfältig und können auch ohne einen formalen oder institutionalisierten Rahmen stattfinden, wobei zunehmend eine Verlagerung in den digitalen Raum zu beobachten ist. Eine politische Teilhabe jenseits von Wahlen ist z. B. möglich durch:

- die Teilnahme an Befragungen, Versammlungen und Unterschriftenaktionen bzw. Petitionen
- das Mitwirken an Diskussionsrunden und politischen Gesprächen, Schreiben von Leser\*innenbriefen oder Briefen an politisch Verantwortliche
- die Mitarbeit in Bürger\*innenbeteiligungsformaten, wie z. B. Bürger\*inneninitiativen, Runden Tischen, zivilgesellschaftlichen Netzwerken, aber auch die Mitgestaltung von wohnortnahen Festen und Begegnungsprojekten
- Teilnahme an Protestformen wie Kundgebungen oder Demonstrationen
- Unterstützung von Wahlkämpfen und Gespräche mit Politiker\*innen

Durch diese vielfältigen Beteiligungsformen, die sich sowohl am politischen Meinungsbildungsprozess als auch an Veränderungsprozessen ausrichten, besteht die Möglichkeit, Position zu beziehen, sich zu informieren, auszutauschen und sich für die eigenen Belange und die der Gemeinschaft aktiv einzusetzen. Ergänzend hierzu bilden ein **Engagement** oder eine Mitgliedschaft in (politischen) Vereinen, Verbänden, Gewerkschaften oder Parteien institutionalisierte Formen der Mitbestimmung.

Eine besondere Rolle spielen hierbei die sogenannten **Integrationsräte**, die sich an kommunalen Entscheidungsprozessen beteiligen, indem sie bspw. beratendes Mitglied in Ausschüssen sind. Sie bilden eine wichtige **Interessenvertretung** von zugewanderten Menschen und ihren Familien. In Göttingen trifft sich der Integrationsrat in der Regel einmal im Monat bei einer öffentlichen Sitzung, bei der Anregungen und Austausch willkommen sind. An der Wahl zum kommunalen Integrationsrat können auch Menschen teilnehmen und sich selbst wählen lassen, die kein weiteres politisches Wahlrecht in Deutschland besitzen. Hierzu leistet auch eine kommunale **Anti-diskriminierungsstelle** einen wertvollen Beitrag, indem sie als Interessensvertretung Formen von Diskriminierung aufzeigen und politische Diskurse anstoßen kann.

Für den Integrationsprozess und die Gesellschaft als Ganzes ist es wichtig, dass möglichst viele Menschen die unterschiedlichen demokratischen Prozesse und Beteiligungsformen kennen. Wenn sie diese aktiv wahrnehmen, können sie darüber ihre eigene Wirksamkeit erfahren.

## Hauptziel des Handlungsfeldes

Zugewanderte Menschen beteiligen sich aktiv an politischen Prozessen und Entscheidungen, sie haben die Kenntnis sowie die Möglichkeiten, ihre Anliegen vorzubringen. Sie sind in den entsprechenden Gremien gemäß ihrem Anteil an der Bevölkerung vertreten.



Die Kernthemen, die in diesem Handlungsfeld 2 bearbeitet werden, sind:

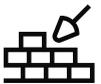
- 2.1 Aufklärung und Informationsarbeit / Demokratieförderung
- 2.2 Mitbestimmung in Politik und Gremien
- 2.3 Antirassismus und Antidiskriminierung
- 2.4 Integrationsrat

### 2.1 Kernthema Aufklärung und Informationsarbeit / Demokratieförderung

#### Worauf bauen wir auf?

Die Stadt Göttingen hat seit fast 40 Jahren einen aktiven Integrationsrat; hier besteht die Möglichkeit, in einem gewählten Gremium auf kommunaler Ebene politisch aktiv zu werden, auch wenn kein aktives oder passives Wahlrecht vorliegt. Mitglieder des Integrationsrates sind in fast allen Ausschüssen beratend vertreten. In Stadtteilzentren und zu vereinzelt kommunalen Vorhaben finden bereits Maßnahmen zur Bürgerbeteiligung statt.

Impulse zur Demokratie- und Vielfaltförderung können durch die Beratung und Förderung konkreter Einzelmaßnahmen und Projekte im Rahmen der „Partnerschaft für Demokratie (Pfd) der Stadt Göttingen“, die durch das „Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend“ im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben“ gefördert werden, erreicht werden. Koordiniert und umgesetzt wird die Pfd in der Stadt Göttingen durch die Kooperation zwischen dem federführenden Amt (angesiedelt beim Fachdienst Jugendarbeit/Jugendförderung im Fachbereich Jugend der Stadt Göttingen) und der Koordinierungs- und Fachstelle (KuF) in Trägerschaft des Vereins „Jugendhilfe Göttingen e.V.“. Über die KuF werden Projekte und Einzelmaßnahmen zur Demokratieförderung beraten und Anträge zur finanziellen Förderung für den Begleitausschuss vorbereitet. Die Pfd ist in Göttingen in migrationspezifische Netzwerke eingebunden. Das Büro für In-



tegration ist als kommunaler Akteur im Begleitausschuss der Pfd stimmberechtigt vertreten und weist auf die Bedarfe und Perspektiven von Zugewanderten hin. Im Begleitausschuss werden weiterhin die Förderanträge vorgestellt und von den Mitgliedern aus der kommunalen Politik und Verwaltung und Akteur\*innen aus der Zivilgesellschaft gemeinsam abgestimmt. Förderanträge können ggf. auch in das Jugendforum der Pfd eingebracht werden. Des Weiteren besteht für Jugendliche die Möglichkeit, über den Mikroprojektfonds des Stadtjugendring Göttingen e.V. niedrigschwellige Projekte bis 500,- € mit der Thematik gesellschaftliche Teilhabe, Empowerment oder Demokratie fördern zu lassen.

Das Jugendparlament der Stadt Göttingen wird alle 2 Jahre von Jugendlichen gewählt. Es initiiert zu jugendspezifischen Themen Veranstaltungen und ermöglicht auch nicht gewählten Jugendlichen über eine offene AG-Struktur zu partizipieren. Das Jugendparlament entsendet Vertreter\*innen in fast alle Ausschüsse. Themen von Jugendlichen haben dadurch ein Sprachrohr, finden den Weg in die Entscheidungsgremien der kommunalen Politik und werden in die Öffentlichkeit lanciert.

## 2.1.1 Operatives Ziel



Demokratieförderung findet in allen Altersstufen und zielgruppengerecht statt und trägt dazu bei, dass Menschen besser informiert sind und demokratische Prozesse gestärkt werden.

<b>Maßnahme 1</b>	Niederschwellige (Kunst-/Kultur-)Angebote zur Demokratieförderung für junge Menschen werden geschaffen.
<b>Zielgruppe</b>	Junge Menschen (bis 27 Jahre)
<b>Sozialraumbezug</b>	Ja
<b>Zuständigkeit</b>	FD 51.2 - Jugendarbeit/Jugendförderung, Jugendparlament, Jugendforum der Pfd, Stadtteilzentren, Referat 05 - Büro für Integration, Schulen, Träger*innen von Kunst- und Kulturangeboten
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der Angebote, Anzahl der Teilnehmenden

<b>Maßnahme 2</b>	Informationen und Angebote zur Demokratieförderung bei Erwachsenen werden in Sprach- und Integrationskursen gegeben.
<b>Zielgruppe</b>	Teilnehmende von Integrations- und Sprachkursen
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Träger*innen von Integrations- und Sprachkursen, Stadtteileinrichtungen
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der Angebote, Anzahl der Teilnehmenden

<b>Maßnahme 3</b>	Schlüsselpersonen werden zur Demokratievermittlung gewonnen.
<b>Zielgruppe</b>	Multiplikator*innen
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Träger*innen, MSO, Integrationsrat, Ratsmitglieder, Mitglieder des Begleitausschusses der Pfd
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittel- bis langfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der Schlüsselpersonen

<b>Maßnahme 4</b>	Mehrsprachiges Informationsmaterial zu Möglichkeiten der politischen Partizipation auf kommunaler Ebene wird eingesetzt.
<b>Zielgruppe</b>	Menschen unterschiedlicher Herkunftssprachen
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Jeweilige Fachstelle mit Unterstützung von Referat 05 - Büro für Integration
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der mehrsprachigen Materialien, Anzahl der Exemplare

<b>Maßnahme 5</b>	Soziale Medien werden zur Aufklärungsarbeit und zum Zeigen guter Praxis (Best Practice) eingesetzt.
<b>Zielgruppe</b>	Alle Interessierten
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Anbieter*innen von entsprechenden Angeboten, MSO, Integrationsrat
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der veröffentlichten Beispiele und Informationen

<b>Maßnahme 6</b>	Fortbildungsmaßnahmen, Infoveranstaltungen und Trainings zu Möglichkeiten der politischen Beteiligung werden durchgeführt (z. B. einen Markt der Möglichkeiten).
<b>Zielgruppe</b>	Multiplikator*innen
<b>Sozialraumbezug</b>	Ja
<b>Zuständigkeit</b>	Partnerschaft für Demokratie, Referat 05 - Büro für Integration, Stadtteilerichtungen, Integrationsrat, Referat 02 - Gleichstellungsbüro
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der Fortbildungen, Anzahl der Teilnehmenden

<b>Maßnahme 7</b>	Veranstaltungen und Begegnungsprojekte zur Rolle der Geschlechter in Politik und Gesellschaft werden durchgeführt (z. B. Peer-to-Peer, Role-Models).
<b>Zielgruppe</b>	An geschlechtsspezifischen Angeboten Interessierte
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Referat 02 - Gleichstellungsbüro
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der Veranstaltungen, Anzahl der Teilnehmenden

## 2.2 Kernthema Mitbestimmung in Politik und Gremien

### Worauf bauen wir auf?



Im Projekt CEDAW (Convention on the elimination of all forms of discrimination against women) des Gleichstellungsbüros wurden in Kooperation mit dem Büro für Integration mehrere Veranstaltungen zur Förderung der politischen Partizipation von Frauen mit Migrationshintergrund durchgeführt. Mitglieder des Integrationsrates sind in verschiedenen Ausschüssen als beratende Mitglieder aktiv.

### 2.2.1 Operatives Ziel



Der Anteil von Mitgliedern mit Migrationshintergrund hat sich in den kommunalen politischen Parteien und im Rat der Stadt Göttingen entsprechend dem Anteil in der Bevölkerung erhöht.

<b>Maßnahme 1</b>	Informationsveranstaltungen zu „Community Speakern“ werden durchgeführt.
<b>Zielgruppe</b>	Vorrangig Menschen ohne Wahlrecht
<b>Sozialraumbezug</b>	Ja
<b>Zuständigkeit</b>	Integrationsrat, Stadtteileinrichtungen, Partnerschaft für Demokratie
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Langfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der Veranstaltungen, Anzahl der Teilnehmenden

<b>Maßnahme 2</b>	Informationen zur Gremienarbeit (Ausschüsse, Beiräte) werden in Einfacher Sprache veröffentlicht (z. B. auf der Website der Stadt Göttingen).
<b>Zielgruppe</b>	An Gremienarbeit Interessierte
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Beiräte
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Indikator</b>	Informationen in Einfacher Sprache liegen vor.

<b>Maßnahme 3</b>	Zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Engagement wird geprüft, ob neben der Erstattung von Kinderbetreuungskosten bei Bedarf eine begleitende Kinderbetreuung für die Gremienarbeit (Ausschüsse und Beiräte) organisiert werden kann.
<b>Zielgruppe</b>	Familien mit Kinderbetreuungsbedarf
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Rat der Stadt Göttingen
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Indikator/Anzahl</b>	Kinderbetreuung wird angeboten. Gelder, die für Kinderbetreuung zur Verfügung gestellt werden

<b>Maßnahme 4</b>	Informationsveranstaltungen mit bereits in Gremien aktiven Vorbildern werden durchgeführt.
<b>Zielgruppe</b>	Interessierte
<b>Sozialraumbezug</b>	Ja
<b>Zuständigkeit</b>	Integrationsrat, Parteien, Beiräte
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der Maßnahmen

## 2.3 Kernthema Antirassismus und Antidiskriminierung

### Worauf bauen wir auf?

Durch einen Ratsbeschluss vom 17. Juni 2022 wurde die Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle (halbe Stelle) bei der Stadtverwaltung beschlossen. Das Büro für Integration beteiligt sich jährlich mit öffentlichen Veranstaltungen an den „Internationalen Wochen gegen Rassismus“ und bietet im Rahmen seiner Veranstaltungsreihe in der Integrationsarbeit auch Fortbildungen zu den Themen Antirassismus und Antidiskriminierung an.



### 2.3.1 Operatives Ziel

Menschen, die Diskriminierung erfahren, haben Zugang zu geeigneten Beratungsstellen, die entsprechende Maßnahmen einleiten.



<b>Maßnahme 1</b>	Maßnahmen zur öffentlichkeitswirksamen Positionierung zu den Themen Antirassismus und Antidiskriminierung der Stadt Göttingen werden fortgesetzt und weiterentwickelt. Die Stadt Göttingen strebt im Rahmen des Bundesprogramms respekt*land gemeinsam mit dem Landkreis an, eine zivilgesellschaftlich getragene Antidiskriminierungsberatungsstelle aufzubauen.
<b>Zielgruppe</b>	Alle
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Referat 05 - Büro für Integration, Referat 02 - Gleichstellungsbüro
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Kurzfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der Projekte und Aktionen, Anzahl der erreichten Personen

<b>Maßnahme 2</b>	Angebote zur kritischen Selbstreflexion sowie zur Auseinandersetzung mit Strukturen, Wirkungen, Mechanismen von Diskriminierung und Rassismus werden bereitgestellt.
<b>Zielgruppe</b>	Alle
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Referat 05 - Büro für Integration
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der Angebote, Anzahl der Teilnehmenden

<b>Maßnahme 3</b>	Ein verwaltungsinternes Netzwerk zwischen dem Büro für Integration, der Antidiskriminierungsstelle, dem Gleichstellungsbüro und weiteren relevanten Organisationseinheiten wird etabliert, um gemeinsam Diskriminierung bearbeiten zu können.
<b>Zielgruppe</b>	Verwaltungsmitarbeitende
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Referat 05 - Büro für Integration, Referat 02 - Gleichstellungsbüro unter Beteiligung von Personalrat der Stadt Göttingen
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Kurzfristig
<b>Indikator</b>	Vernetzungstreffen finden statt.

## 2.4 Kernthema Integrationsrat

### Worauf bauen wir auf?

Ein kommunal gewählter Integrationsrat trifft sich regelmäßig, führt Veranstaltungen durch und kann im Kulturbereich Projekte für eine Förderung vorschlagen. Das Büro für Integration nimmt regelmäßig an dessen öffentlichen Sitzungen teil. Neben einem beiderseitigen Austausch von Informationen gibt es auch Kooperationsprojekte zwischen dem Integrationsrat und dem Büro für Integration, wie z. B. den Runden Tisch der Migrant\*innenselbstorganisationen.



### 2.4.1 Operatives Ziel

Der Bekanntheitsgrad und die Beteiligung an der Wahl zum Integrationsrat haben sich erhöht.



<b>Maßnahme 1</b>	Informationen zur Funktion, Rolle und Arbeitsweise des Integrationsrates werden zielgruppengerecht veröffentlicht.
<b>Zielgruppe</b>	Menschen mit Migrationshintergrund
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Integrationsrat
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der aktiven und passiven Wähler*innen

<b>Maßnahme 2</b>	Vernetzungsmaßnahmen zwischen Migrant*innen-selbstorganisationen (MSO) und dem Integrationsrat (Runder Tisch der MSO, Besuche und Veranstaltungen) werden fortgeführt.
<b>Zielgruppe</b>	Mitglieder von MSO und Migrant*innengruppen
<b>Sozialraumbezug</b>	Ja
<b>Zuständigkeit</b>	Integrationsrat, Referat 05 - Büro für Integration, MSO, FB 50 - Soziale Sicherung
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Kurzfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der Veranstaltungen und Besuche

<b>Maßnahme 3</b>	Dezentrale Treffen des Integrationsrates finden außerhalb des Rathauses statt, um Menschen möglichst wohnortnah zu erreichen.
<b>Zielgruppe</b>	Migrant*innen, Interessierte
<b>Sozialraumbezug</b>	Ja
<b>Zuständigkeit</b>	Integrationsrat
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der dezentralen Veranstaltungen





Gesellschaftlicher Zusammenhalt

## 7.2.3 Handlungsfeld 3: Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Der gesellschaftliche Zusammenhalt stellt nicht nur in Krisenzeiten eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft dar. Er bildet die wichtige Basis für ein respektvolles und friedliches Miteinander. In diesem Handlungsfeld werden Maßnahmen aufgeführt, die den **Dialog** und das **Zusammengehörigkeitsgefühl** fördern und Zugänge für alle zu Kultur-, Freizeit-, Sport- und niedrigschwelligen Bildungsangeboten ermöglichen sollen. Dadurch wird eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben aktiv gefördert.

Als eine Möglichkeit, wie man das komplexe Phänomen des gesellschaftlichen Zusammenhalts erfassen kann, hat die Bertelsmann Stiftung den „Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt“ entwickelt. Demzufolge werden 3 verschiedene Aspekte des Zusammenhalts identifiziert: 1. soziale Beziehungen, 2. Verbundenheit mit dem Gemeinwesen und 3. eine Orientierung am Gemeinwohl.<sup>24</sup>

Ein Gefühl von Zusammenhalt kann nur durch ein zwischenmenschliches und institutionelles Vertrauen entstehen. Eine Vorstufe zum Aufbau dieses Vertrauens ist zunächst das gegenseitige Kennenlernen und der Aufbau von positiven **vertrauensvollen Beziehungen**. Gerade bei zugewanderten Menschen, die nicht auf ein bereits existierendes soziales Netzwerk und familiäre Strukturen zurückgreifen können, spielt dieser Aspekt eine wichtige Rolle. Weitere Schritte beinhalten den Austausch, das Aushandeln und die Diskussion darüber, welche sozialen Regeln das Leben in einer vielfältigen und heterogenen Einwanderungsgesellschaft bestimmen sollen. Ein solidarisches und weltoffenes Miteinander ist dabei gleichzeitig Weg und Ziel des erleb- baren Zusammenhalts.

Auf der zwischenmenschlichen Ebene spielen hier das Gemeinwesen, der Sozialraum und das **persönliche Umfeld**, wie z. B. die Nachbarschaft und Vereine, eine entscheidende Rolle zur positiven Identifikation mit der Lebenswelt. Die Vor-Ort-Arbeit in Form von **Anlaufstellen**, wie z. B. Stadtteil- und Quartierszentren, Begegnungs- und Familienstätten, aber auch religiöse Gemeinden, sind wichtige Bausteine des gelebten Zusammenhalts. Auf Basis von Respekt, Anerkennung und Wertschätzung von Vielfalt können Menschen sich auf Augenhöhe begegnen, austauschen, sich engagieren und ihr Lebensumfeld gestalten. Hierzu braucht es einen entsprechenden Rahmen,

---

24 Vgl. [https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/GP\\_Radar\\_Gesellschaftlicher\\_Zusammenhalt.pdf](https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/GP_Radar_Gesellschaftlicher_Zusammenhalt.pdf).

verlässliche Strukturen und zuverlässige Ansprechpersonen sowie geeignete Veranstaltungsformate, wie z. B. organisierte Begegnungsmöglichkeiten, mehrsprachige Informationsarbeit oder das Aufzeigen von Engagement- und Freizeitmöglichkeiten. Dies kann perspektivisch dazu führen, selbst aktiv und engagiert in Vereinen und Initiativen tätig zu werden oder auch in Krisensituationen Unterstützung zu leisten und zu erfahren.

Ergänzend dazu können eindeutige Zeichen zum friedlichen Miteinander gesetzt werden, indem eine **öffentlichkeitswirksame Teilnahme** an unterschiedlichen Aktionen und Kampagnen stattfindet, die den Zusammenhalt fördern. Hierzu bieten sich bspw. die „Internationalen Wochen gegen Rassismus“, „Der Tag des Nachbarn“ oder die „Interkulturelle Woche“ an.

## Hauptziel des Handlungsfeldes

Die in Göttingen lebenden Menschen begegnen sich mit gegenseitigem Respekt. Alle Bürger\*innen sind über Möglichkeiten der Teilhabe informiert und übernehmen Verantwortung für das gesellschaftliche Zusammenleben.



Die Kernthemen, die in diesem Handlungsfeld 3 bearbeitet werden, sind:

- 3.1 Sozialräumliche Angebote / Quartiersarbeit
- 3.2 Ehrenamtliches Engagement
- 3.3 Teilhabe an Freizeit-, Kultur- und Sportangeboten
- 3.4 Tolerantes und solidarisches und weltoffenes Miteinander
- 3.5 Abstimmung und Vernetzung
- 3.6 Öffentliche Positionierung zu Vielfalt

### 3.1 Kernthema Sozialräumliche Angebote / Quartiersarbeit

#### Worauf bauen wir auf?

In Göttingen bestehen bereits unterschiedliche Stadtteileinrichtungen, die mit ihren zahlreichen Angeboten den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern. Dazu zählen neben den Familienzentren Elisabeth-Heimpel-Haus, das Petri Haus und das Familienzentrum Pfalz-Grona-Breite auch das Weststadtzentrum, das Nachbarschaftszentrum Holtenser Berg, das Nachbarschaftszentrum-Mehrgenerationenhaus-Grone sowie das Nachbarschaftszentrum Ebertal, das Quartiersbüro Zietenterrassen und das Stadtteilbüro Leineberg. Im Leineviertel mündet das Quartiersbüro in das neu errichtete Familien- und Begegnungszentrum. Darüber hinaus integrieren diverse sozio-kulturelle Zentren zunehmend Methoden und Ansätze zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements und der Aktivierung in ihren Angeboten. Es bestehen bereits stadtteilorientierte Netzwerke und Kooperationen mit Anbieter\*innen von Bildungs-, Freizeit- und Kulturprojekten. In 7 Gebieten finden Stadtteilkonferenzen mit Bürger\*innenbeteiligung statt, die sozialraumbezogen als Vernetzungsgremien wirken. Daneben gibt es regelmäßige Netzwerktreffen der Leiter\*innen der Stadtteileinrichtungen und Träger\*innentreffen. Hier werden z. B. Angebote entwickelt, diskutiert, gegenseitig vorgestellt und abgestimmt.



### 3.1.1 Operatives Ziel



(Nichtkommerzielle) Sozialräumliche Angebote ermöglichen die Teilhabe und Begegnung aller interessierten Bewohner\*innen, bei denen vorhandene Bedarfe berücksichtigt werden.

<b>Maßnahme 1</b>	Passende Räumlichkeiten für niederschwellige Angebote und Begegnungsmöglichkeiten werden im Rahmen von Quartiersentwicklungen nach Möglichkeit eingerichtet und bereits in der Planungsphase von städtischen Sanierungs-, Modernisierungs- und Neubauprojekten berücksichtigt.
<b>Zielgruppe</b>	Alle
<b>Sozialraumbezug</b>	Ja
<b>Zuständigkeit</b>	Städtischer Wohnungsbau, Dezernat D, FD 61.1 - Stadt- und Verkehrsplanung, FB 65 - Gebäude, Dezernat C, Sozialplanung, Dezernat B Jugendhilfeplanung
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Langfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der (neu geschaffenen) Begegnungsräume

<b>Maßnahme 2</b>	Es werden Veranstaltungen mit niederschwelliger Teilhabemöglichkeit angeboten, um verschiedene Zielgruppen zu erreichen und zu aktivieren.
<b>Zielgruppe</b>	Alle Bewohner*innen des Sozialraumes
<b>Sozialraumbezug</b>	Ja
<b>Zuständigkeit</b>	Träger*innen der Quartiers- und Stadtteilzentren, Familienzentren, Sozialplanung, Dezernat B Jugendhilfeplanung, Referat 05 - Büro für Integration unterstützt durch Freiwilligenzentrum BONUS, Referat 02 in Kooperation mit der AG Gewaltschutz für geflüchtete Frauen und Kinder
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der Veranstaltungen, Anzahl der Teilnehmenden

<b>Maßnahme 3</b>	Teilhabe und Mitsprache der Bewohner*innen werden z. B. über die Stadtteilkonferenzen ermöglicht und gestärkt, bspw. bei der Wohnumfeldgestaltung durch Mitmachaktionen und Befragungen.
<b>Zielgruppe</b>	Alle Bewohner*innen des Sozialraumes
<b>Sozialraumbezug</b>	Ja
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Langfristig
<b>Zuständigkeit</b>	Dezernat D, Stadtteilkonferenzen
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der Angebote zur Mitbestimmung/-sprache, Anzahl der Teilnehmenden

<b>Maßnahme 4</b>	Es werden mehrsprachige Informationen über Tauschbörsen und Plattformen für Nachbarschaftshilfe entwickelt und veröffentlicht.
<b>Zielgruppe</b>	Alle Bewohner*innen des Sozialraumes
<b>Sozialraumbezug</b>	Ja
<b>Zuständigkeit</b>	Träger*innen der Quartiers- und Stadtteilzentren, Referat 05 - Büro für Integration, MSO, Träger*innen der Ehrenamtskoordination
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Indikator</b>	Mehrsprachige Informationen liegen vor.

## 3.2 Kernthema Ehrenamtliches Engagement

### Worauf bauen wir auf?



Für ehrenamtlich Tätige gibt es verschiedene Anlaufstellen bei freien Träger\*innen sowie Wohlfahrtsverbänden, die den Einsatz des freiwilligen Engagements in der Stadt koordinieren, Beratung und Unterstützung bieten sowie Interessierte z. B. in einem Newsletter über Angebote und Bedarfe informieren. Ehrenamtliches Engagement wird unterstützt über die Freiwilligenagentur, das Freiwilligenzentrum BONUS Göttingen, die Koordinierungsstellen beim Migrationszentrum und bei Bonveno sowie die Bürgerstiftung. Die Koordinierungsstelle „Integration im und durch Sport“ unterstützt und berät Sportvereine zu zahlreichen Themen.

Im Bereich der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe finden Koordinierungstreffen durch das Büro für Integration statt. Zusätzlich werden Kontaktdaten von Organisationen, die ehrenamtliche Unterstützung suchen, und Informationen für Ehrenamtliche auf der gemeinsamen Flüchtlingshilfewebsite von Stadt und Landkreis Göttingen veröffentlicht. Die kostenlosen Fortbildungen der Veranstaltungsreihe in der Integrationsarbeit des Büros für Integration richten sich explizit auch an ehrenamtlich Interessierte. Zum Dank für das freiwillige Engagement finden öffentliche Würdigungen und Veranstaltungen statt, wie z. B. die Ausstellung von Dankes-Postkarten, die von Geflüchteten gestaltet wurden.

### 3.2.1 Operatives Ziel

Ehrenamtliches Engagement ist nachhaltig durch hauptamtliche Institutionen koordiniert und langfristig unterstützt.



<b>Maßnahme 1</b>	Es werden ausreichende Ressourcen für die Koordination und Durchführung der Ehrenamtsarbeit zur Verfügung gestellt.
<b>Zielgruppe</b>	Träger*innen der Ehrenamtskoordination, Ehrenamtliche
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Ehrenamtskoordinator*innen, FB 50 - Soziale Sicherung, Referat 01.6 - Ratsangelegenheiten, Repräsentationen und Internationales
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Langfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der Koordinierungsstellen unter Berücksichtigung der Zeit- und Personalressourcen, Anzahl der Ehrenamtlichen (Budget der einzelnen Koordinierungsstellen)

<b>Maßnahme 2</b>	Es werden mehr Zugewanderte durch zielgruppenspezifische Informationsweitergabe, Aktivierungsmaßnahmen und Kampagnen für ehrenamtliches Engagement gewonnen.
<b>Zielgruppe</b>	Zugewanderte, die bislang noch nicht ehrenamtlich tätig waren
<b>Sozialraumbezug</b>	Ja
<b>Zuständigkeit</b>	Stadtteilzentren, Ehrenamtskoordinator*innen, FB 52 - Jobcenter, FD 32.3 - Ausländer- und Staatsangehörigkeitsangelegenheiten, Uni Göttingen - Abteilung Göttingen International
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der Aktivierungsmaßnahmen und Kampagnen, Anzahl der neu gewonnenen ehrenamtlichen Zugewanderten

<b>Maßnahme 3</b>	Qualifizierungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Ehrenamtliche werden fortgeführt.
<b>Zielgruppe</b>	An ehrenamtlicher Arbeit Interessierte oder bereits ehrenamtlich Tätige
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Ehrenamtskoordinator*innen, Referat 05 - Büro für Integration, Sportvereine, Stadtjugendring
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Kurz-/mittelfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen, Anzahl der Teilnehmenden

## 3.3 Kernthema Teilhabe an Freizeit-, Kultur- und Sportangeboten

### Worauf bauen wir auf?

Viele Anbieter\*innen von Freizeit-, Kultur- und Sportangeboten sind inzwischen mit Stadtteileinrichtungen vernetzt und engagieren sich im Sozialraum. Einige Angebote richten sich speziell an Migrant\*innen und Geflüchtete. In vielen Fällen kann die Teilnahme an Freizeit-, Kultur- und Sportangeboten kostenfrei oder bei Kindern und Jugendlichen mit Unterstützung des Bildungs- und Teilhabepakets (BuT) erfolgen. Beim Familiensportfest „Fit in Göttingen“ wurde z. B. das Angebot zahlreicher Göttinger Sportvereine vorgestellt.



### 3.3.1 Operatives Ziel

Die Vielfalt der Göttinger Bürger\*innenschaft bildet sich in den Angeboten der Freizeit-, Kultur- und Sporteinrichtungen sowie im Vereinswesen ab.



<b>Maßnahme 1</b>	Durch die Vorstellung von einzelnen Vereinen in Stadtteileinrichtungen und Sprachkursen soll der Bekanntheitsgrad der Angebote erhöht werden. Zusätzlich werden Exkursionen zu Freizeit-, Kultur- und Sporteinrichtungen angeboten, um Hemmschwellen abzubauen.
<b>Zielgruppe</b>	Migrant*innen
<b>Sozialraumbezug</b>	Ja
<b>Zuständigkeit</b>	Vereine, Stadtteileinrichtungen, Ehrenamtskoordinator*innen, Bildungsträger*innen
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Indikator</b>	Vorstellungen und Aktionen haben in den Stadtteilen stattgefunden.

<b>Maßnahme 2</b>	Freizeit-, Kultur- und Sportangebote werden wohnortnah und niederschwellig durchgeführt.
<b>Zielgruppe</b>	Migrant*innen, alle Interessierte
<b>Sozialraumbezug</b>	Ja
<b>Zuständigkeit</b>	Freizeit-, Kultur- und Sporteinrichtungen, Stadtteileinrichtungen
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der Vor-Ort-Angebote, Anzahl der Teilnehmenden

<b>Maßnahme 3</b>	Der „Fit in Göttingen“-Aktionstag wird wieder aufgenommen und durch die Einbindung von Freizeit- und Kultureinrichtungen erweitert.
<b>Zielgruppe</b>	Alle
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Stadtsportbund, Vereine, Freizeit- und Kultureinrichtungen, Stadtteileinrichtungen
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der Einrichtungen aus den Bereichen Freizeit und Kultur, die sich am Aktionstag beteiligen

<b>Maßnahme 4</b>	Durchführung von niedrighschwelligen Qualifizierungsmaßnahmen, um Angebote im Freizeit- und Sportbereich durchführen zu können (z. B. Jugendleiter*in-Card).
<b>Zielgruppe</b>	Zugewanderte
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Ehrenamtskoordinator*innen, Bildungsträger*innen, Vereine
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der Qualifizierungsmaßnahmen

<b>Maßnahme 5</b>	Es werden mehrsprachige Informationsmaterialien zum Themenkomplex „Freizeit, Kultur, Sport“ veröffentlicht.
<b>Zielgruppe</b>	Migrant*innen
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Vereine, Kultur- und Freizeiteinrichtungen, Ehrenamtskoordinator*innen, Landessportbund, Referat 05 - Büro für Integration, FB 41 - Kultur
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Indikator</b>	Mehrsprachige Informationsmaterialien sind vorhanden.

## 3.4 Kernthema Tolerantes und solidarisches und weltoffenes Miteinander

### Worauf bauen wir auf?



Insbesondere Stadtteileinrichtungen, kirchliche und religiöse Einrichtungen und Vereine agieren im Sozialraum als Anlaufstellen und Begegnungsorte, an denen ein tolerantes und solidarisches und weltoffenes Miteinander vorgelebt wird. Daneben gibt es viele Menschen und auch kleinere Ehrenamtsinitiativen, die ohne eine institutionelle Anbindung (nachbarschaftliche) Hilfe und Unterstützung leisten. Zur Sensibilisierung für die höchsten Feier- und Festtage der verschiedenen Religionen veröffentlicht das Büro für Integration jährlich einen interreligiösen Kalender. Jährlich lädt der „Runde Tisch der Abrahamsreligionen“ zu einem Abrahamsfest ein und nimmt Teil an dem von der Stadt initiierten „Dialog der Religionen“, in welchem ein interreligiöser Dialog zwischen allen in Göttingen vertretenen Religions- und Glaubensgemeinschaften gepflegt wird.

In Göttingen gibt es zahlreiche Migrant\*innenselbstorganisationen (MSO), diese dienen oft als Anlauf- und Kontaktstelle für Zugewanderte aus der eigenen Community. Das Büro für Integration organisiert gemeinsam mit dem Integrationsrat den Runden Tisch der Migrant\*innenselbstorganisationen, bei dem u. a. Austausch und gegenseitiges Kennenlernen stattfinden. Der Integrationsrat führt jährlich die Kulturenmesse unter Beteiligung der MSO durch.

### 3.4.1 Operatives Ziel

Ein solidarisches und weltoffenes Zusammenleben wird an vielen Orten sichtbar und erlebbar.



<b>Maßnahme 1</b>	Es werden innovative Ansätze für interkulturelle und internationale Begegnungen erprobt, z. B. mobile Treffpunkte oder Storytelling (Erzählcafé etc.).
<b>Zielgruppe</b>	Alle
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Zivilgesellschaftliche Träger*innen, Vereine, Kultur- und Freizeiteinrichtungen, Stadtteileinrichtungen, FD 41.4 - Stadtbibliothek
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Indikator</b>	Innovative Ansätze wurden erprobt.

<b>Maßnahme 2</b>	Träger*innen von Freizeit-, Kultur- und Sporteinrichtungen erhalten bei Bedarf Beratung und Unterstützung für die Entwicklung und Durchführung diversitätssensibler Angebote.
<b>Zielgruppe</b>	Träger*innen und Einrichtungen, die Angebote diverser ausrichten möchten
<b>Sozialraumbezug</b>	Ja
<b>Zuständigkeit</b>	Referat 05 - Büro für Integration, Referat 02 - Gleichstellungsbüro, Stabstelle Inklusion im FB 50
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der Beratungen

### 3.4.2 Operatives Ziel



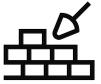
Der interreligiöse Austausch in der Stadt Göttingen ist gestärkt und sichert so die gegenseitige Wertschätzung und den Respekt füreinander, z. B. durch die Herausgabe des interreligiösen Kalenders.

<b>Maßnahme 1</b>	Der Dialog der Religionen wird fortgeführt und initiiert gemeinsame Veranstaltungen.
<b>Zielgruppe</b>	Religionsgemeinschaften, religiöse Gemeinden
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Dezernat C, Referat 05 - Büro für Integration, Dialog der Religionen
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Kurzfristig
<b>Indikator</b>	Gemeinsame Veranstaltungen des Dialogs der Religionen haben stattgefunden.

## 3.5 Kernthema Abstimmung und Vernetzung

### Worauf bauen wir auf?

Neben den stadtteilorientierten (siehe Kernthema 3.1) gibt es weitere Netzwerke, die sich dem Thema des gesellschaftlichen Zusammenhalts widmen in Form von Runden Tischen, Arbeitsgruppen oder Arbeitskreisen, wie beispielsweise das Netzwerk Migration Region Göttingen, die Arbeitsgruppe Gewaltschutz für geflüchtete Frauen und Kinder, das Frauen\*forum Göttingen. Daneben gibt es als politische Gremien die Ortsräte.



### 3.5.1 Operatives Ziel

Es gibt transparente und gut zugängliche Informationen sowie bedarfsgerechte Vernetzungsstrukturen, die dazu beitragen, dass mehr Menschen gesellschaftlich teilhaben.



<b>Maßnahme 1</b>	Angebote im Kultur-, Freizeit- und Sportbereich werden digital auf einer gemeinsamen Plattform eingestellt, dabei werden kostenfreie Angebote gekennzeichnet.
<b>Zielgruppe</b>	Alle
<b>Sozialraumbezug</b>	Ja
<b>Zuständigkeit</b>	Anbieter*innen in Abstimmung mit koordinierender Stelle des Jugend- und Familienportals <a href="https://suedniedersachsenportal.de/ueber_uns">https://suedniedersachsenportal.de/ueber_uns</a>
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der veröffentlichten Angebote, Anzahl der Anbieter*innen

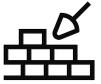
<b>Maßnahme 2</b>	Zur Förderung des Austauschs zwischen Freizeit-, Kultur- und Sporteinrichtungen und den Stadtteileinrichtungen werden Vernetzungsformate etabliert.
<b>Zielgruppe</b>	Stadtteileinrichtungen, Freizeit-, Kultur- und Sporteinrichtungen
<b>Sozialraumbezug</b>	Ja
<b>Zuständigkeit</b>	Stadtteileinrichtungen, Freizeit-, Kultur- und Sporteinrichtungen, Sozialplanung
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der Austauschtreffen

<b>Maßnahme 3</b>	Die Willkommensbroschüre als Übersicht zu Freizeit-, Kultur- und Sporteinrichtungen wird erweitert, indem Angebote neu aufgenommen werden.
<b>Zielgruppe</b>	Stadtteileinrichtungen, Freizeit-, Kultur- und Sporteinrichtungen
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Referat 05 - Büro für Integration
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der neu aufgenommenen Angebote

## 3.6 Kernthema Öffentliche Positionierung zu Vielfalt

### Worauf bauen wir auf?

Jährlich beteiligt sich die Stadt Göttingen mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen und Veranstaltungen an den bundesweiten „Internationalen Wochen gegen Rassismus“ und der „Interkulturellen Woche“ sowie an internationalen Thementagen wie dem IDAHOBIT\*. Viele Vereine, Organisationen und Einrichtungen sowie die Stadtverwaltung machen mit ihren Beiträgen dazu ihre Wertschätzung von Diversität in der Öffentlichkeit deutlich. Über 30 von ihnen haben zudem die „Charta der Vielfalt“ unterzeichnet, darunter die Stadtverwaltung und viele Akteur\*innen aus den Bereichen Kultur, Wirtschaft, Gesundheit und Bildung. Darüber hinaus positioniert sich die Stadt in ihren strategischen Zielen und auch in den Leitzielen zum Integrationskonzept öffentlich zur Bedeutung von Vielfalt.



### 3.6.1 Operatives Ziel

Die Vielfalt der Bewohner\*innen Göttingens und deren Wertschätzung ist durch Kampagnen, Aktionen und öffentliche Positionierung sichtbar.



<b>Maßnahme 1</b>	Die Stadtverwaltung organisiert eigene öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen (z. B. im Rahmen internationaler/nationaler Aktionstage) und nimmt an Kampagnen teil, um die Vielfalt in Göttingen darzustellen.
<b>Zielgruppe</b>	Alle
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Referat 05 - Büro für Integration, Referat 02 - Gleichstellungsbeauftragte, Referat 01.6 - Ratsangelegenheiten, Repräsentationen und Internationales
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Kurzfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der Kampagnen und Aktionstage, an denen sich die Stadt beteiligt

<b>Maßnahme 2</b>	Die Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen, Wohlfahrtsverbände und Vereine sowie die Stadtteileinrichtungen stellen in ihrer Öffentlichkeitsarbeit positive Beispiele zum Thema Vielfalt heraus.
<b>Zielgruppe</b>	Alle
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Kultur-, Sport und Freizeiteinrichtungen, Stadtteileinrichtungen, Ehrenamtskoordinator*innen, Vereine und Verbände
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der Beiträge

<b>Maßnahme 3</b>	Es werden Soziale Medien stärker genutzt für das Sichtbarmachen von Vielfalt, um Zielgruppen im digitalen Raum anzusprechen.
<b>Zielgruppe</b>	Alle
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Stadtverwaltung, Kultur-, Sport und Freizeiteinrichtungen, Stadtteileinrichtungen, Ehrenamtskoordinator*innen
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Kennzahl/Indikator</b>	Anzahl der Beiträge Soziale Medien wurden stärker genutzt.

<b>Maßnahme 4</b>	Die Stadt berücksichtigt Vielfalt in ihrem neu zu erstel- lenden Leitbild und positioniert sich öffentlich positiv dazu (siehe Maßnahme 3 in Handlungsfeld 4.1.1).
<b>Zielgruppe</b>	Alle
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	FD 11.3 - Personalentwicklung und -beratung
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Indikator</b>	Vielfalt ist im Leitbild aufgenommen.



Interkulturelle Öffnung

## 7.2.4 Handlungsfeld 4: Interkulturelle Öffnung

Interkulturelle Öffnung kann als Ergebnis einer interkulturellen Orientierung betrachtet werden, bei der es darum geht, bestehende **Barrieren abzubauen** und eine gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen. Bei diesem strategischen Entwicklungsprozess gibt es Auswirkungen sowohl nach innen als auch nach außen einer Organisation, Institution oder Einrichtung. Das kann sich z. B. darin zeigen, dass sich gesellschaftliche Diversität (ethnische Herkunft, Nationalität) auch in der Zusammensetzung der Mitarbeitenden widerspiegelt oder dass Angebote die sprachlichen Kompetenzen und kulturellen Orientierungen von Kund\*innen berücksichtigen.

Für die **Personalgewinnung** kann interkulturelle Öffnung z. B. bedeuten, dass in Stellenanzeigen Menschen mit Migrationshintergrund direkt angesprochen werden, Informationsveranstaltungen über (Ausbildungs-)Berufe für die Zielgruppe angeboten oder Bewerbungsverfahren überarbeitet werden, z. B. durch die Einführung einer anonymisierten Bewerbung. Ziel ist dabei, den Anteil der Mitarbeitenden mit Migrationshintergrund zu erhöhen. In der Personalentwicklung kann interkulturelle Kompetenz als Kriterium bei Führungskräften verankert werden und Aufstiegschancen für Migrant\*innen können z. B. durch ein Mentoring-Programm gefördert werden.

Für Kund\*innen kann sich interkulturelle Öffnung u. a. darin zeigen, dass Angebote ganz neu entwickelt werden oder dass **Migrant\*innen als Zielgruppe** bei Angeboten **berücksichtigt** und Hemmschwellen bei deren Nutzung abgebaut bzw. im Voraus vermieden werden. Dies kann etwa in Form von mehrsprachigen Beschilderungen und Informationsmaterialien geschehen, bis hin zur interkulturellen Sensibilisierung der Mitarbeitenden, die ggf. mit den Kund\*innen in einer anderen Sprache als Deutsch kommunizieren können. Dafür kann z. B. ein interner Dolmetscher\*innen- und Übersetzer\*innenpool eingerichtet werden. Auch die Bereitstellung von Materialien in einfacher Sprache ist dazu geeignet, Zugangshürden abzubauen. Nach außen kann die interkulturelle Öffnung einer Organisation, Institution oder Einrichtung durch die Unterzeichnung der „Charta der Vielfalt“ oder die Teilnahme an der „Interkulturellen Woche“ sichtbar gemacht werden.

Um die gleichberechtigte Teilhabe von Migrant\*innen zu ermöglichen, ist es wichtig, nach innen unterschiedliche Perspektiven und Kompetenzen einzubinden und **Diversität strukturell zu berücksichtigen** und zu würdigen. Dazu zählen z. B. die Wertschätzung von Fremdsprachenkenntnissen der Mitarbeitenden und ihrer interkulturellen Kenntnisse sowie das Angebot an die übrigen Mitarbeitenden, an einschlägigen Fortbildungen teilnehmen zu können, um ihre interkulturellen Kompetenzen zu stärken. Ein interreligiöser Kalender kann bei der Dienst- und Urlaubsplanung verwendet werden, um für unterschiedliche Feiertage zu sensibilisieren, und auch ein durchdachtes Speisenangebot in Kantine und Mensa ist eine Möglichkeit, der interkulturellen Öffnung Ausdruck zu verleihen.

## Hauptziel des Handlungsfeldes

Durch den Abbau von Barrieren und Ausgrenzungsmechanismen erhalten die Bewohner\*innen Göttingens unabhängig von Herkunft und Sprachkenntnissen Zugang zu Angeboten, Dienstleistungen und Arbeitsplätzen.



Die Kernthemen, die in diesem Handlungsfeld 4 bearbeitet werden, sind:

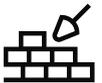
4.1 Stadtverwaltung

4.2 Vereine, Verbände, Organisationen und Unternehmen

### 4.1 Kernthema Stadtverwaltung

#### Worauf bauen wir auf?

Um die interkulturelle Öffnung nach außen hin sichtbar zu machen, hat die Stadtverwaltung bereits 2016 die „Charta der Vielfalt“ als Selbstverpflichtung unterzeichnet. Als interne Maßnahme erhalten jedes Jahr zu Beginn des neuen Ausbildungsjahrgangs die Auszubildenden und Anwärter\*innen eine interkulturelle Fortbildung. Ein interner Dolmetscher\*innen- und Übersetzer\*innenpool der Bediensteten wurde eingerichtet, um z. B. bei kurzfristig angesetzten Terminen aushelfen zu können. Von den Organisationseinheiten werden Informationsmaterialien nach Bedarf zusätzlich in Fremdsprachen übersetzt und veröffentlicht. Als externe Maßnahme werden Informationsveranstaltungen für Ausbildungsinteressierte mit Migrationshintergrund angeboten, um über die Ausbildungsmöglichkeiten bei der Stadt Göttingen zu informieren. Zudem werden alle Bediensteten in der Regel alle 2 Jahre bei einer freiwilligen Befragung nach einem Migrationshintergrund befragt, um abzubilden, wie sich die Diversität der Gesellschaft in diesem Aspekt in der Stadtverwaltung widerspiegelt.



## 4.1.1 Operatives Ziel



Die Mitarbeiter\*innen der Stadtverwaltung haben interkulturelle Kompetenzen erworben und können entsprechend auf die Belange der Kund\*innen eingehen.

<b>Maßnahme 1</b>	Es werden weiterhin Fortbildungen zur interkulturellen Kompetenz der Bediensteten angeboten, die als Anreiz auch im Rahmen der leistungsorientierten Bezahlung (LOB) belegt werden können.
<b>Zielgruppe</b>	Bedienstete
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Referat 05 - Büro für Integration
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der Fortbildungen, Anzahl der Teilnehmenden

<b>Maßnahme 2</b>	Es werden Fortbildungsangebote zum Thema Diversität durchgeführt, bei denen die Vielfaltsdimension „ethnische Herkunft und Nationalität“ in einem größeren Zusammenhang mit anderen Vielfaltsdimensionen thematisiert wird (Intersektionalität). Ergänzend wird die Möglichkeit zur Supervision angeboten.
<b>Zielgruppe</b>	Bedienstete
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	FD 11.3 - Personalentwicklung und -beratung/Aus- und Fortbildung, Referat 05 - Büro für Integration
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der Fortbildungen, Anzahl der Teilnehmenden

<b>Maßnahme 3</b>	Die Stadtverwaltung erstellt ein Leitbild als Selbstverpflichtung und macht die 2016 unterzeichnete „Charta der Vielfalt“ intern bekannter.
<b>Zielgruppe</b>	Bedienstete
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Referat 01 der Oberbürgermeisterin (vorbereitet durch Diversitätskoordinatorin und Arbeitsgruppe Diversity)
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Indikator</b>	Leitbild wurde erstellt und bekannt gemacht.

<b>Maßnahme 4</b>	Es findet ein Austauschtreffen „Interkulturelle Öffnung“ mit externen Institutionen (z. B. Polizei, Universität, Wirtschaftsunternehmen, Vertreter*innen des organisierten Sports, Bildungseinrichtungen) statt.
<b>Zielgruppe</b>	Gremien
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Referat 05 - Büro für Integration, FD 11.3 - Personalentwicklung und -beratung/Aus- und Fortbildung
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Indikator</b>	Austausch mit anderen Institutionen hat stattgefunden.

<b>Maßnahme 5</b>	Für die Bediensteten werden Fortbildungen zum Thema Einfache Sprache angeboten.
<b>Zielgruppe</b>	Bedienstete
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	FD 11.3 - Personalentwicklung und -beratung/Aus- und Fortbildung, VHS Akademie
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der Fortbildungen, Anzahl der Teilnehmenden

<b>Maßnahme 6</b>	Es wird geprüft, ob im Neuen Rathaus ein Hausleitsystem bzw. Wegweiser zur einfacheren Orientierung eingerichtet werden kann, z. B. mit Piktogrammen. Die öffentlichen Räume im Kundenbereich werden freundlicher gestaltet, um eine einladende Atmosphäre zu vermitteln.
<b>Zielgruppe</b>	Kund*innen
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	FD 11.4 - Zentrale Dienste, FD 11.3 - Personalentwicklung und -beratung/Aus- und Fortbildung, Referat 05 - Büro für Integration
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Langfristig
<b>Indikator</b>	Die Prüfung, ob ein Hausleitsystem bzw. Wegweiser eingerichtet werden kann, ist erfolgt.

<b>Maßnahme 7</b>	Hemmschwellen bzw. Zugangsbarrieren für Migrant*innen als Kund*innen werden z. B. dadurch abgebaut, dass (Informations-)Material in Übersetzungen oder in Einfacher Sprache bereitgestellt wird, die Erreichbarkeit u. a. mithilfe von Erstkontaktstellen verbessert oder Anschreiben, Bescheide und Formulare so abgefasst sind, dass sie für die Zielgruppe verständlich sind.
<b>Zielgruppe</b>	Kund*innen
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Alle Organisationseinheiten
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Indikator</b>	Informationsmaterialien in Übersetzungen und Einfacher Sprache liegen vor.

<b>Maßnahme 8</b>	Es werden weiterhin Bedienstete dazu eingeladen, für den internen Dolmetscher*innen- und Übersetzer*innenpool tätig zu sein. Ihnen werden Fortbildungen zu ihrer Rolle als Sprachmittler*innen angeboten.
<b>Zielgruppe</b>	Bedienstete
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	FD 11.3 - Personalentwicklung und -beratung/Aus- und Fortbildung, Referat 05 - Büro für Integration
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der neu angeworbenen Bediensteten im Pool, Anzahl der Fortbildungen für Bedienstete im Pool

<b>Maßnahme 9</b>	Durch Tischkarten und Türhänger wird für Kund*innen sichtbar gemacht, dass Bedienstete mit ihnen auch in einer Fremdsprache sprechen können. Bedienstete finden dazu Vorlagen im Intranet zum Ausdrucken.
<b>Zielgruppe</b>	Bedienstete
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Arbeitsgruppe Diversity (FD 11.3 - Personalentwicklung und -beratung/Aus- und Fortbildung, Referat 01.2 - Strategische Planungen, Referat 05 - Büro für Integration)
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Kurzfristig
<b>Indikator</b>	Vorlagen zum Ausdrucken von Sprachkenntnissen sind bereitgestellt.

<b>Maßnahme 10</b>	Es werden bei Bedarf externe Sprachmittler*innen eingesetzt, für die entsprechende Ressourcen bereitgestellt werden, um sie zu entlohnen und nicht auf Ehrenamtliche oder Familienmitglieder angewiesen zu sein.
<b>Zielgruppe</b>	Sprachmittler*innen, Bedienstete
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Alle Organisationseinheiten
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Indikator</b>	Finanzielle Ressourcen für den Einsatz externer Sprachmittler*innen sind eingestellt.

## 4.1.2 Operatives Ziel

Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in der Stadt Göttingen spiegelt sich in dem Anteil der Bediensteten bei der Stadtverwaltung wider, die einen Migrationshintergrund besitzen.



<b>Maßnahme 1</b>	In der Regel alle 2 Jahre werden die Bediensteten in einer freiwilligen Befragung (Vollerhebung) nach einem vorhandenen Migrationshintergrund befragt.
<b>Zielgruppe</b>	Bedienstete
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Referat 05 - Büro für Integration, Referat 06 - Statistik und Wahlen, FD 11.3 - Personalentwicklung und -beratung/Aus- und Fortbildung
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der Bediensteten mit Migrationshintergrund

<b>Maßnahme 2</b>	Soweit vertretbar sprechen Stellenausschreibungen auch Bewerber*innen mit vergleichbaren Qualifikationen an, um Quereinstiege von Interessierten zu erleichtern, die ihren Abschluss im Ausland erworben haben (Stichwort Fachkräftemangel). Die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen wird bei Auswahlverfahren stärker berücksichtigt.
<b>Zielgruppe</b>	Arbeitsuchende
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	FD 11.1 - Personalwirtschaft, FD 11.3 - Personalentwicklung und -beratung/Aus- und Fortbildung, Koordination Diversität
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Indikator</b>	Stellenausschreibungen sind inklusiv formuliert, im Ausland erworbene Qualifikationen werden stärker berücksichtigt.

<b>Maßnahme 3</b>	Berufsbilder und -ausbildungen bei der Stadtverwaltung werden bekannt gemacht, z. B. durch Infoveranstaltungen oder Informationsmaterialien für Interessierte mit Migrationshintergrund, die möglichst auch in Einfacher Sprache vorliegen.
<b>Zielgruppe</b>	Arbeitsuchende
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	FD 11.3 - Personalentwicklung und -beratung/Aus- und Fortbildung, FD 11.1 - Personalwirtschaft, Referat 05 - Büro für Integration
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Langfristig
<b>Indikator</b>	Flyer für Ausbildungsinteressierte liegt vor, Infoveranstaltungen für Arbeit- und Ausbildungssuchende mit Migrationshintergrund haben stattgefunden.

<b>Maßnahme 4</b>	Zum Abbau von Hemmschwellen wird geprüft, ob ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren eingeführt werden kann.
<b>Zielgruppe</b>	Arbeitsuchende
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	FD 11.1 - Personalwirtschaft
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Langfristig
<b>Indikator</b>	Die Prüfung, ob ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren eingerichtet werden kann, ist erfolgt.

<b>Maßnahme 5</b>	Innerhalb der Stadtverwaltung werden interne Ansprechpartner*innen für die Personalgewinnung bekannter gemacht, an die Bedienstete bei Bedarf Interessierte verweisen können.
<b>Zielgruppe</b>	Bedienstete
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	FD 11.1 - Personalwirtschaft
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Kurzfristig
<b>Indikator</b>	Interne Kontaktpersonen sind bekannt gemacht.

<b>Maßnahme 6</b>	Der Integrationsrat wird bei der Weiterentwicklung der interkulturellen Öffnung mit einbezogen.
<b>Zielgruppe</b>	Integrationsrat
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Referat 05 - Büro für Integration, FB 50 - Soziale Sicherung, FD 11.3 - Personalentwicklung und -beratung
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Indikator</b>	Austausch mit dem Integrationsrat hat stattgefunden.

### 4.1.3 Operatives Ziel



Der Anteil der Bediensteten mit Migrationshintergrund in Führungspositionen hat sich innerhalb von fünf Jahren erhöht.

<b>Maßnahme 1</b>	Bedienstete mit Migrationshintergrund sollen zu einer Teilnahme am Mentoring-Programm für Nachwuchsführungskräfte ermutigt werden.
<b>Zielgruppe</b>	Bedienstete
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	FD 11.3 - Personalentwicklung und -beratung/Aus- und Fortbildung, Referat 05 - Büro für Integration
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der Teilnehmenden mit Migrationshintergrund am Mentoring-Programm

## 4.1.4 Operatives Ziel

Unterstützende Maßnahmen für Bedienstete mit Migrationshintergrund sind eingerichtet.



<b>Maßnahme 1</b>	Ein internes Netzwerk für Mitarbeitende mit Migrationshintergrund wird zum Zwecke des Austausches eingerichtet.
<b>Zielgruppe</b>	Bedienstete
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	FD 11.3 - Personalentwicklung und -beratung/Aus- und Fortbildung
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Langfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der Treffen im internen Netzwerk
<b>Maßnahme 2</b>	Ein internes Mentoring-Programm mit Tandem-Partner*innen unterstützt auf Wunsch Migrant*innen in der Belegschaft.
<b>Zielgruppe</b>	Bedienstete
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	FD 11.3 - Personalentwicklung und -beratung/Aus- und Fortbildung, Ref. 05 - Büro für Integration
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Langfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl an Tandempartner*innen, die Migrant*innen unterstützen

<b>Maßnahme 3</b>	Für Bedienstete gibt es interne Angebote der deutschen Sprachförderung.
<b>Zielgruppe</b>	Bedienstete
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	FD 11.3 - Personalentwicklung und -beratung/Aus- und Fortbildung
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Kurzfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der Teilnehmenden an Sprachförderangeboten

#### 4.1.5 Operatives Ziel



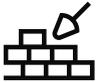
Einschlägige Gremien und Ausschüsse in der Verwaltung berücksichtigen bei der Auswahl ihrer Mitglieder unterschiedliche Vielfaltsdimensionen.

<b>Maßnahme 1</b>	Gremien und Ausschüsse werden für das Thema Diversität sensibilisiert, um bei der Aufstellung ihrer Mitglieder vielfältige Perspektiven abzubilden.
<b>Zielgruppe</b>	Gremien, Ausschüsse, Fraktionen und politische Gruppen
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Arbeitsgruppe Diversity
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Indikator</b>	Gremien und Ausschüsse wurden zum Thema Diversität sensibilisiert.

## 4.2 Kernthema Vereine, Verbände, Organisationen und Unternehmen

### Worauf bauen wir auf?

In Göttingen haben bereits mehr als 30 Arbeitgeber\*innen die „Charta der Vielfalt“ unterzeichnet und verpflichten sich damit selbst, die Anerkennung, Wertschätzung und Einbeziehung von Vielfalt in der Arbeitswelt in Deutschland voranzubringen. Alle Mitarbeitenden sollen nach der Charta Wertschätzung erfahren, unabhängig z. B. von ethnischer Herkunft oder Nationalität.



Bei den Vereinen haben sich insbesondere die Kultur- und Sportvereine die interkulturelle Öffnung auf ihre Fahne geschrieben. So gibt es z. B. beim Stadtsportbund Göttingen eine „Koordinierungsstelle Integration im und durch Sport“. Beim KAZ sind viele Dozent\*innen tätig, die einen Migrationshintergrund besitzen, und auch das boat people projekt strebt stets nach Multiperspektivität in der Zusammensetzung der künstlerischen Teams. Bei der Polizeidirektion Göttingen ist eine Migrationsbeauftragte Ansprechpartnerin für Migrant\*innen und den interkulturellen Dialog.

### 4.2.1 Operatives Ziel

Vereine, Verbände, Organisationen und Unternehmen haben vielfältige Maßnahmen zur interkulturellen Öffnung und Berücksichtigung unterschiedlicher Vielfaltsdimensionen ergriffen.



<b>Maßnahme 1</b>	Vereine und Organisationen gewinnen Personen mit Migrationshintergrund stärker als Mitglieder, z. B. durch zielgruppengerechte Ansprache.
<b>Zielgruppe</b>	Menschen mit Migrationshintergrund
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Sport-, Kultur-, Musikvereine
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Kennzahl</b>	Mitglieder mit Migrationshintergrund in Vereinen und Organisationen

<b>Maßnahme 2</b>	Organisationen lassen sich im Diversifizierungsprozess von Externen begleiten, z. B. Beratungsstellen.
<b>Zielgruppe</b>	Organisationen
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Sport-, Kultur-, Musikvereine, Migrant*innenselbstorganisationen, Partnerschaft für Demokratie
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Langfristig
<b>Indikator</b>	Externe Begleitung wurde in Anspruch genommen.

<b>Maßnahme 3</b>	Vorstände von Vereinen und Verbänden werden diverser aufgestellt.
<b>Zielgruppe</b>	Vereine und Verbände
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Sport-, Kultur-, Musikvereine, Migrant*innenselbstorganisationen
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Langfristig
<b>Indikator</b>	Vorstände wurden diverser besetzt.

<b>Maßnahme 4</b>	Für die Mitglieder von Vereinen, Verbänden und Organisationen werden Fortbildungen zum Thema Einfache Sprache angeboten.
<b>Zielgruppe</b>	Mitglieder
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Sport-, Kultur-, Musikvereine, Migrant*innenselbstorganisationen
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der Fortbildungen zu Einfacher Sprache, Anzahl der Teilnehmenden

<b>Maßnahme 5</b>	Für kleine und mittlere Unternehmen werden Fortbildungen zu interkultureller Kompetenz, Antidiskriminierung und Diversität angeboten.
<b>Zielgruppe</b>	kleine und mittlere Unternehmen
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Wirtschaftsförderung Region Göttingen (WRG), GWG Gesellschaft für Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung Göttingen mbH, Industrie- und Handelskammer, Landwirtschaftskammer, andere Kammern, Referat 02 - Koordinierungsstelle Frauen und Wirtschaft
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der Fortbildungen zu interkultureller Kompetenz, Anzahl der Teilnehmenden

<b>Maßnahme 6</b>	Für Migrant*innen werden interkulturelle Trainings angeboten, damit sie kennenlernen, wie sich die deutsche Mehrheitskultur im Arbeitskontext zeigt (Stichwort Kulturstandards).
<b>Zielgruppe</b>	Beschäftigte
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Arbeitgebende
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der Fortbildungen zu interkultureller Kompetenz, Anzahl der Teilnehmenden



Qualifizierung für und Zugang zum  
Arbeitsmarkt

## 7.2.5 Handlungsfeld 5: Qualifizierung für und Zugang zum Arbeitsmarkt

Die nachhaltige und rasche Einmündung in den Arbeitsmarkt bildet eine wichtige Säule der Integration. Neben der Möglichkeit, den Lebensunterhalt selbst zu bestreiten, bietet die Integration in Arbeit auch eine Einbindung in soziale Bezüge und Netzwerke und dient somit der gesellschaftlichen Integration. Die deutschen Arbeitsmarktstrukturen und die hohe Bedeutung formeller Qualifikationen sind für zugewanderte Menschen oft sehr unübersichtlich und unklar. Auch gelten bei der Einmündung in den Arbeitsmarkt unterschiedliche gesetzliche Zugangs- bzw. Fördervoraussetzungen und Rahmenbedingungen, abhängig von Zuwanderungsgrund und Aufenthaltsstatus. Da die beruflichen Vorerfahrungen und Qualifizierungen der zugewanderten Menschen sehr unterschiedlich sind, besteht zur Erfassung der Kompetenzen und Klärung der Förderoptionen oft ein individueller Beratungsbedarf. Nur so kann geklärt werden, welche weiteren Schritte zur Einmündung in den Arbeitsmarkt führen. Neben den bedarfsgerechten **Beratungsangeboten** zu den unterschiedlichen Themen wie Anerkennung von bereits erworbenen Qualifikationen, Fördermöglichkeiten, Wege in die Selbstständigkeit, Fort- und Weiterbildungen etc. sind auch vielfältige Methoden der **Informationsvermittlung** notwendig, damit die Ratsuchenden die erforderlichen Informationen bspw. zu diversen Angeboten sowie zu Regeln und Besonderheiten des deutschen Arbeitsmarktes kennen.

Vor dem Hintergrund des wachsenden **Fach- und Arbeitskräftemangels** bilden Maßnahmen zur Anwerbung und Integration internationaler Fachkräfte ein weiteres aktuelles Bearbeitungsfeld, dem immer mehr Gewicht zukommt. Dies betrifft auch die Betriebe, die sich auf die zunehmende Internationalisierung des Personals einstellen und den damit verbundenen Zuwachs an Potential erkennen. Neben der berufsbegleitenden oder -vorbereitenden Förderung sprachlicher Kompetenzen gilt es, den fachspezifischen Anforderungen der jeweiligen Berufe gerecht zu werden. Hier sind u. U. Anpassungsqualifizierungen notwendig. Bei Fragen rund um die Anerkennung von im Herkunftsland erworbener Qualifikationen liegen die Zuständigkeiten je nach Berufsfeld bei unterschiedlichen Instanzen (Berufsverbänden, Kammern, Kultusministerien der Länder etc.). Ebenso wird nicht selten auch Unterstützung bei Behördengängen, Wohnungssuche und Betreuungsmöglichkeiten benötigt. Um diese komplexen Aufgaben zu bearbeiten, sind verschiedene Beratungs- und Unterstützungsangebote für die Zugewanderten, aber auch für die Arbeitgeber\*innen und Betriebe notwendig, da nur so eine nachhaltige Eingliederung gelingen kann.

Es zeigt sich, dass auch in diesem Handlungsfeld die Zuständigkeiten bzw. die Verantwortung von Förderzugängen bei unterschiedlichen Instanzen und Einrichtungen liegen, die die Bundes-, Landes- sowie kommunale Ebene betreffen. Die Agentur für Arbeit und das Jobcenter bieten hierbei wichtige Ansprechpartner\*innen, wenn es um Qualifizierungsangebote und andere arbeitsmarktpolitische Instrumente (wie z. B. Eingliederungszuschüsse) geht, ebenso sind sie auch für die Klärung der entsprechenden individuellen Fördermöglichkeiten zuständig. Die kommunalen Ausländerbehörden sind wichtige Ansprechpartnerinnen bei der Erteilung und Ausstellung der Visa, Aufenthaltstitel und -dauer.

Damit eine qualifizierte Einmündung aller in den Arbeitsmarkt gelingen kann, bedarf es vor Ort einer gut **abgestimmten** und ressortübergreifenden **Vernetzungs- und Kommunikationsstruktur**, da unterschiedliche Rechtskreise, Fördermöglichkeiten und Gesetzgebungen zusammenwirken. Auf kommunaler Ebene ist es daher erforderlich, die notwendigen Netzwerke auf- und strukturelle Hindernisse abzubauen. Ergänzend gilt es, bedarfsabgestimmte **Qualifizierungsangebote** zu fördern, die eine gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsleben zum Ziel haben und sich an diejenigen Zielgruppen ausrichten, die von den vorhandenen Angeboten nicht erreicht werden. Prozessorientierte Zugänge zu geeigneten Weiterbildungsmaßnahmen, Anpassungs- und Nachqualifizierungen sowie verlässliche und kontinuierliche Beratungsstrukturen begleiten diese Maßnahmen.

## Hauptziel des Handlungsfeldes

Alle Bewohner\*innen Göttingens können gleichberechtigt am Arbeitsmarkt teilnehmen, sie erhalten ungeachtet von Herkunft und Aufenthaltsstatus Beratung, Qualifizierung und Unterstützung bei der Einmündung in den Arbeitsmarkt und beim erfolgreichen Verbleib in Arbeit. Die Arbeitsmarktchancen für zugewanderte Menschen richten sich nach Qualifikationen und Kompetenzen aus.



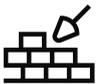
Die Kernthemen, die in diesem Handlungsfeld 5 bearbeitet werden, sind:

- 5.1 Beratungsangebote
- 5.2 Vernetzung und transparente Informationen
- 5.3 Förderung von vulnerablen Gruppen

### 5.1 Kernthema Beratungsangebote

#### Worauf bauen wir auf?

Der Fachbereich 52 (FD 52.5) bietet durch die Integrationsfachkräfte Migration Beratung, Qualifizierung und Vermittlung von Geflüchteten und Menschen mit deutschem Sprachlernbedarf. Schwerpunkte sind dabei die Vermittlung in Deutschkurse, die Initiierung von Anerkennungsverfahren und kultursensible Beratungstätigkeit bzgl. beruflicher Weiterbildung. Die Koordinierungsstelle Frauen und Wirtschaft der Stadt Göttingen bietet Beratung, Qualifizierung und Vernetzung, um die berufliche Gleichstellung und Integration in das Erwerbsleben von Frauen zu fördern. Im Rahmen des Netzwerkes IQ (Integration durch Qualifizierung) berät die Bildungsgenossenschaft Südniedersachsen zur Anerkennung im Ausland erworbener Berufsabschlüsse mit anschließender Qualifizierungsberatung. Das Verbundprojekt „FairBleib Südniedersachsen-Harz+“ unterstützt Geflüchtete bei der Einmündung in Arbeit, Qualifizierung und Ausbildung. Das Projekt „Willkommen im Betrieb“ des Bildungszentrums für Zugewanderte der Beschäftigungsförderung Göttingen berät Unternehmen zu rechtlichen, sozialen und interkulturellen Fragen vor, während und nach der Einstellung von Zugewanderten. Das Regionalnetzwerk Göttingen des Migrant\*innenNetzwerks Niedersachsen (MEN) informiert in verschiedenen Sprachen über das Bildungssystem und die Ausbildung in Deutschland. Das Angebot „Integrationscoaching plus (IC+)“ und weitere Projekte der VHS Göttingen Osterode bieten Beratung, Coaching und Qualifizierung, um zugewanderte Menschen an Ausbildung und (qualifikationsadäquate) Arbeit heranzuführen. Auch



andere Bildungsträger\*innen bieten hier Weiterbildung und Beratung an, wie z. B. Bupnet und BNW. Die Kooperation der Stadt Göttingen mit dem Flüchtlingsrat Niedersachsen im Rahmen des Projektes „Wege ins Bleiberecht“ (WiB) wird fortgesetzt.

### 5.1.1 Operatives Ziel



Die Beratungsangebote unterstützen alle Ratsuchenden bedarfsgemäß und ungeachtet ihres Aufenthaltsstatus bei der Arbeitsmarktorientierung, der Suche nach passenden Qualifizierungen und der Einmündung in den Arbeitsmarkt.

<b>Maßnahme 1</b>	Die Gründungsberatung für Migrant*innen wird durch die zuständigen Stellen intensiviert. Durch die Gründungen werden auch neue Arbeits- und Ausbildungsstellen geschaffen.
<b>Zielgruppe</b>	Gründungsinteressierte und Jungunternehmer*innen
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Beschäftigungsförderung Göttingen (Mobil-Beratungsstelle), Referat 02 - Koordinierungsstelle Frauen & Wirtschaft, Agentur für Arbeit, FB 52 - Jobcenter, Wirtschaftsförderung Region Göttingen, Industrie- und Handelskammer, Landwirtschaftskammer, andere Kammern, FB 50 - Soziale Sicherung
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der Gründungsberatungen, Anzahl der beratenden Institutionen

<b>Maßnahme 2</b>	Die Anerkennungsberatung für im Ausland erworbene Qualifikationen wird fortgeführt. Informationen zu dem Angebot werden zielgruppengerecht aufbereitet und veröffentlicht.
<b>Zielgruppe</b>	Personen mit ausländischen Berufs-/Studienqualifikationen
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	IQ Anerkennungsberatungsstelle (AQSH) bei der Bildungsgenossenschaft Südniedersachsen eG, Agentur für Arbeit, FB 52 - Jobcenter
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Indikator</b>	Die Beratungen werden fortgeführt. Es liegen zielgruppengerechte Informationsmaterialien vor (mehrsprachig und in Einfacher Sprache).

<b>Maßnahme 3</b>	Eine Antidiskriminierungsstelle berät von Diskriminierung Betroffene und Betriebe, die sich dazu informieren bzw. sensibilisieren möchten.
<b>Zielgruppe</b>	Von Diskriminierung Betroffene, interessierte Betriebe und ein breites zivilgesellschaftliches Antidiskriminierungsnetzwerk
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Referat 02 - Gleichstellungsbüro, Antidiskriminierungsberatungsstelle in zivilgesellschaftlicher Trägerschaft
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Indikator</b>	Beratungsangebot ist aufgebaut.

<b>Maßnahme 4</b>	Vorhandene Beratungsangebote werden fortgeführt (Bildungs- und Orientierungsberatung, IQ-Beratung AQSH, Netzwerkprojekt FairBleib Südniedersachsen-Harz+, „Wege ins Bleiberecht“ (WiB), IHAFA).
<b>Zielgruppe</b>	Ratsuchende
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Bildungsgenossenschaft Südniedersachsen eG, Beschäftigungsförderung Göttingen, Jugendhilfe Göttingen e. V., Arbeit und Leben Niedersachsen Süd gGmbH, Ifak e. V., VHS Göttingen Osterode, Kammern, Agentur für Arbeit, FB 52 - Jobcenter, FD 32.3 - Ausländer- u. Staatsangehörigkeitsangelegenheiten.
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Kurzfristig
<b>Indikator</b>	Beratungen finden statt.

## 5.2 Kernthema Vernetzung und transparente Informationen

### Worauf bauen wir auf?

Das regelmäßige Treffen des Runden Tisches Migration der Agentur für Arbeit vernetzt regionale Arbeitsmarktakteur\*innen und Kammern. Die IHK Hannover hat ein Austauschtreffen zu ukrainischen Geflüchteten Südniedersachsen eingerichtet. Alle Angebote können zudem im Netzwerk Migration Region Göttingen vorgestellt werden. Das Projekt FairBleib Südniedersachsen-Harz+ (FBSH+) führt wechselnde Werkstatt-Gespräche an den Standorten Göttingen, Goslar und Northeim durch. Die Koordinierungsstelle Frauen und Wirtschaft vernetzt im Gründungsforum der Region Göttingen sowie dem Arbeitskreis Frauen und Erwerbstätigkeit und bietet Hilfestellung bei allen Fragen der Existenzgründung. Um eine bessere Übersicht und Zugänglichkeit von bestehenden Weiterbildungsangeboten zu erreichen, gibt es mit dem „Weiterbündlungsverbund Südniedersachsen“ ein Projektvorhaben der SüdniedersachsenStiftung und der Bildungsgenossenschaft Südniedersachsen eG, das von der Agentur für Arbeit Göttingen unterstützt wird.



### 5.2.1 Operatives Ziel

Die vielfältigen regionalen Beratungsstrukturen und Bildungsangebote sind bestmöglich miteinander verzahnt, damit Bildungsphasen ineinandergreifen und Bildungsketten nicht abreißen.



<b>Maßnahme 1</b>	Vorhandene arbeitsmarktorientierte Netzwerke werden fortgeführt.
<b>Zielgruppe</b>	Anbieter*innen von Förderinstrumenten, Maßnahmen und Kursen, Arbeitsverwaltungen, Beratungsstellen
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Agentur für Arbeit, Netzwerkprojekt FairBleib Südniedersachsen-Harz+, Kammern
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Kurzfristig
<b>Indikator</b>	Netzwerktreffen finden regelmäßig statt.

<b>Maßnahme 2</b>	Die Schnittstellen zur Agentur für Arbeit werden durch Absprachen mit Kursanbieter*innen und Beratungsträger*innen verbessert, damit Migrant*innen schneller ein Anschlussangebot nutzen können, z. B. durch Netzwerktreffen oder Informationsmaterial.
<b>Zielgruppe</b>	Ausbildungs- und Arbeitssuchende
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Beratungsstellen, (Erwachsenen-)Bildungseinrichtungen, Agentur für Arbeit, FB 52 - Jobcenter, Bildungsgenossenschaft Südniedersachsen eG, FB 50 - Soziale Sicherung
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Indikator</b>	Schnittstellen zur Agentur für Arbeit sind verbessert. Informationen sind aktuell.

<b>Maßnahme 3</b>	Eine kommentierte Netzwerkkarte zu vorhandenen arbeitsmarktorientierten Netzwerken wird erstellt, veröffentlicht und regelmäßig aktualisiert.
<b>Zielgruppe</b>	Beratungsstellen, (Erwachsenen-)Bildungsträger*innen, Sprachkursträger*innen, Kammern, Wirtschaftsförderung, Agentur für Arbeit, Jobcenter, Bildungsgenossenschaft Südniedersachsen eG
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Referat 05 - Büro für Integration, FB 52 - Jobcenter
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Indikator</b>	Eine Übersicht liegt vor.

## 5.2.2 Operatives Ziel

Informationen zu Beratungs-, Kursangeboten und Fördermaßnahmen sind zielgruppengerecht bearbeitet und veröffentlicht.



<b>Maßnahme 1</b>	Informationen zu den unterschiedlichen Beratungsmöglichkeiten zur Berufsorientierung und Weiterbildung werden zielgruppengerecht aufgearbeitet (z. B. Einfache Sprache, mehrsprachig), es finden niederschwellige und zielgruppengerechte Informationsveranstaltungen statt.
<b>Zielgruppe</b>	Ausbildungs- und Arbeitssuchende, Studierende, Schüler*innen
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Bildungsträger*innen, Agentur für Arbeit, Beratungsstellen
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Indikator</b>	Zielgruppengerechte Informationen zu Beratungsstellen liegen vor.
<b>Maßnahme 2</b>	Informationen über das Handwerk und Zugänge zu Handwerksberufen werden zielgruppengerecht vermittelt, da das Handwerk oft aus Unkenntnis bei Jugendlichen weniger attraktiv erscheint.
<b>Zielgruppe</b>	(Zugewanderte) Ausbildungs- und Arbeitssuchende, Schüler*innen und deren Eltern
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Beratungsstellen, Agentur für Arbeit, Handwerkskammer Hildesheim-Südniedersachsen, FB 52 - Jobcenter
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Indikator</b>	Informationen über Handwerk liegen vor.

<b>Maßnahme 3</b>	(Erwachsenen-)Bildungsträger*innen stellen ihre Angebote in Integrations- bzw. Sprachkursen vor, z. B. bei einem Infotag.
<b>Zielgruppe</b>	Absolvent*innen eines Sprachkurses
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	(Erwachsenen-)Bildungsträger*innen
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der Infotage in Sprachkursen

<b>Maßnahme 4</b>	Die kostenlosen Berufssprachkurse für Auszubildende vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) werden zielgruppengerecht, z. B. in migrantischen Netzwerken, bekannt gemacht, um Ausbildungsabbrüche zu vermeiden und Abschlussquoten zu erhöhen.
<b>Zielgruppe</b>	Auszubildende, Ausbildungsbetriebe
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Agentur für Arbeit, FB 52 - Jobcenter, Beratungsstellen, (Erwachsenen-)Bildungsträger*innen, MSO, Ehrenamtliche
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Indikator</b>	Zielgruppengerechte Informationen zu Berufssprachkursen liegen vor.

<b>Maßnahme 5</b>	Auf einer regionalen Integrationsmesse stellen ansässige Unternehmen und Betriebe, Erwachsenen- und Sprachkursträger*innen sowie Anerkennungs- und Qualifizierungsberatungsstellen ihre Angebote vor. Zur Überwindung von Sprachbarrieren unterstützen (ehrenamtliche) Dolmetscher*innen.
<b>Zielgruppe</b>	Betriebe, Menschen mit Migrationshintergrund, Arbeitssuchende
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Wirtschaft, Agentur für Arbeit, FB 52 - Jobcenter, (Erwachsenen-) Bildungsträger*innen, Referat 05 - Büro für Integration
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Indikator</b>	Regionale Integrationsmesse findet regelmäßig statt.

<b>Maßnahme 6</b>	Das Jugend- und Familienportal Südniedersachsen wird bei Zugewanderten durch zielgruppengerechte Bewerbung bekannter gemacht.
<b>Zielgruppe</b>	Ausbildungs- und Arbeitssuchende
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Jugend- und Familienportal Südniedersachsen, Stadt und Landkreis Göttingen, Referat 05 - Büro für Integration
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Indikator</b>	Informationen über das Portal liegen vor.

## 5.3 Kernthema Förderung von vulnerablen Gruppen

### Worauf bauen wir auf?



Im Projekt „Check In-Job“ der Beschäftigungsförderung Göttingen (BFGoe) werden zugewanderte EU-Bürger\*innen im SGB II-Leistungsbezug unterstützt, um die gesellschaftliche und berufliche Integration und Teilhabe zu verbessern. Dies betrifft insbesondere ratsuchende Menschen aus Rumänien und Bulgarien. Zahlreiche Qualifizierungsprojekte unterstützen die Integration von Zugewanderten in den Arbeitsmarkt, teilweise richten sie sich an spezifische Zielgruppen wie Frauen, Geflüchtete oder Unionsbürger\*innen. Zudem gibt es Fördermaßnahmen der Agentur für Arbeit und des Jobcenters, die in Abstimmung mit den Beratungsstellen und Bildungsträger\*innen initiiert werden.

### 5.3.1 Operatives Ziel



Für Unionsbürger\*innen gibt es adäquate Angebote, da sie z. B. keinen gesetzlichen Anspruch auf die Teilnahme an einem Integrationskurs besitzen.

<b>Maßnahme 1</b>	Informationsveranstaltungen zu Fördermöglichkeiten und -voraussetzungen für die Zielgruppe Unionsbürger*innen werden wohnortnah angeboten.
<b>Zielgruppe</b>	Zugewanderte aus EU-Mitgliedstaaten
<b>Sozialraumbezug</b>	Ja
<b>Zuständigkeit</b>	FB 52 - Jobcenter, Agentur für Arbeit, Stadtteileinrichtungen, (Erwachsenen)Bildungsträger*innen
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Kennzahl</b>	Anzahl der Informationsveranstaltungen

## 5.3.2 Operatives Ziel

Zielgruppengerechte Qualifizierungs- und Fördermaßnahmen unterstützen die nachhaltige Arbeitsmarktintegration.



<b>Maßnahme 1</b>	Es werden vorbereitende und berufsbegleitende Qualifizierungsmaßnahmen für Migrant*innen mit erschwerem Zugang zum Arbeitsmarkt angeboten.
<b>Zielgruppe</b>	Menschen mit Behinderung; Menschen, die Familienangehörige betreuen, Analphabet*innen, ältere Menschen
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Agentur für Arbeit, Beschäftigungsförderung Göttingen, VHS Göttingen Osterode, Referat 02 - Gleichstellungsbüro, Koordinierungsstelle Frauen & Wirtschaft, Wirtschaftsförderung Region Göttingen, Industrie- und Handelskammer, Landwirtschaftskammer, FB 52 - Jobcenter
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Indikator</b>	Angebote für Migrant*innen mit erschwertem Zugang liegen vor.

<b>Maßnahme 2</b>	Für Migrant*innen wird bedarfsorientierte Unterstützung angeboten, damit sie adäquat auf Bewerbungsprozesse vorbereitet werden.
<b>Zielgruppe</b>	Ausbildungs- und Arbeitssuchende
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Agentur für Arbeit, (Erwachsenen-)Bildungsträger*innen, FB 52 - Jobcenter, Referat 02 - Gleichstellungsbüro, Koordinierungsstelle Frauen und Wirtschaft, FairBleib Südniedersachsen-Harz+, FB 50 - Soziale Sicherung
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Indikator</b>	Bewerbungstrainings werden angeboten.

<b>Maßnahme 3</b>	Es wird begleitend zu den Qualifizierungsmaßnahmen bei Bedarf Kinderbetreuung angeboten.
<b>Zielgruppe</b>	Familien ohne Betreuungsmöglichkeiten
<b>Sozialraumbezug</b>	Ja
<b>Zuständigkeit</b>	(Erwachsenen-)Bildungsträger*innen, FB 52 - Jobcenter, FB 50 - Soziale Sicherung
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Langfristig
<b>Indikator</b>	Begleitende Betreuungsplätze wurden eingerichtet.





Gesundheit und Pflege

## 7.2.6 Handlungsfeld 6: Gesundheit und Pflege

Dieses Handlungsfeld ist neuer Bestandteil des Integrationskonzeptes. In verschiedenen Beteiligungsformaten wurden hierzu Kernthemen und zahlreiche Maßnahmen benannt. Im Folgenden wurde daraus eine Auswahl getroffen, da vielen Maßnahmen zuvor noch systematische Bestandsaufnahmen, der Aufbau von Strukturen und die Einbindung in Netzwerken vorangehen sollen. Bei den zukünftigen Fortschreibungen wird dies berücksichtigt werden. Die vorliegenden Ausführungen stellen somit den ersten Schritt in das neue Handlungsfeld **Gesundheit und Pflege** dar.

Zugewanderte Menschen benötigen **umfängliche Informationen** über gesundheitliche und pflegerische Versorgungsmöglichkeiten und die entsprechenden Zugänge. Um die eigene Gesundheit zu erhalten, ist es unerlässlich, neben der Akut- und Grundversorgung auch wichtige **Präventionsmaßnahmen** zu kennen und in Anspruch nehmen zu können, wie z. B. Krebsvorsorgeuntersuchungen. Durch die unterschiedlichen Ansprüche und Kostenübernahmen von Gesundheitsleistungen in den einzelnen Rechtskreisen gibt es vor allem zu den Präventionsmaßnahmen verschiedene Regelungen und Zugänge, die es zu berücksichtigen bzw. durch ergänzende Maßnahmen zu kompensieren gilt. Schutzsuchende haben in der Regel in den ersten 15 Monaten einen Anspruch auf (zahn-)medizinische Grundversorgung. Hierzu wurde im Rahmen der Workshops die Einführung einer Gesundheitskarte diskutiert. Die Verwaltung und Politik haben hierzu bereits mehrere Anträge geprüft mit dem Ergebnis, dass eine Einführung der Karte erst realisiert werden kann, wenn die entsprechende Finanzierung durch das Land Niedersachsen gesichert ist. An dieser Stelle zeigt sich erneut, wie sehr die Verflechtungen mit Bundes- und Länderzuständigkeiten den Handlungsspielraum auf kommunaler Ebene beeinflussen.

Unionsbürger\*innen, die auf Dauer in Göttingen leben, aber nicht einer deutschen Krankenkasse beitreten, erhalten mit der europäischen Krankenversicherungskarte eine Notfallversorgung.

Für Menschen mit ungeklärtem Aufenthaltstitel gab es in der Vergangenheit in Göttingen das Modellprojekt der Anonymisierten Krankenscheine (AK), ausgestellt und angebunden an die Clearing- und Beratungsstelle medinetz Göttingen. Auch diese Maßnahme, die im Beteiligungsprozess erneut thematisiert wurde, kann auf kommunaler Ebene nur dann dauerhaft umgesetzt werden, wenn eine entsprechende Unterstützung durch das Land Niedersachsen sichergestellt ist.

Im Bereich der psychischen Versorgung gilt es zu bedenken, dass Menschen mit Fluchterfahrung eine vulnerable Gruppe bilden. Die Situation vor, während und nach der Flucht sowie die Folgen der Flucht selbst führen nicht selten dazu, dass eine psychische Belastung vorliegt und sie traumatisiert werden. Hier spielt der Zugang zu und die Versorgung mit **psychosozialen und psychotherapeutischen Hilfs- und Unterstützungsangeboten** eine große Rolle.

Im **Pflegebereich** ist festzustellen, dass viele Migrant\*innen der sogenannten ersten Generation, die ab den Fünfzigerjahren ursprünglich als temporäre Arbeitskräfte angeworben wurden, mit der Zeit ihre Familien nachgeholt und ihren Lebensmittelpunkt nach Deutschland verlagert haben, sodass sie heute hier alt werden und zunehmend Pflegeleistungen in Anspruch nehmen. Allgemein ist bei der Aufklärung und Versorgung zu berücksichtigen, dass die Auffassung von und der Umgang mit Krankheit und Tod sowie die Vorstellungen von einem gesunden Leben häufig sozial, kulturell und herkunftsbedingt geprägt sind. Für die Mitarbeitenden in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen bedeutet dies, dass ein **kultursensibler Umgang** mit Patient\*innen bzw. Klient\*innen mit Migrationshintergrund zunehmend wichtiger wird, da die Anzahl der zu behandelnden Personen aus diversen Herkunftsregionen wächst. Viele Patient\*innen sind z. B. nicht im deutschen Gesundheitssystem groß geworden, haben keine Voruntersuchungen in Anspruch genommen und sind nicht mit den unterschiedlichen Maßnahmen des Pflegesystems vertraut. Die **zielgruppengerechte Informations- und Aufklärungsarbeit** ist daher umso wichtiger, je weniger innerfamiliäre Erfahrungswerte es gibt. Zugangsbarrieren und Vorbehalte müssen erkannt und sukzessiv abgebaut werden, um eine bestmögliche Versorgung zu gewährleisten. Unzureichende Sprachkenntnisse und der Mangel an geeigneten Personen, die dolmetschen können, erschweren die Aufklärungsarbeit und medizinische Versorgung.

Durch den Fachkräftemangel steigt die internationale Anwerbung von Fach- und Arbeitskräften. Dadurch ändert sich auch in den versorgenden Einrichtungen des Gesundheits- und Pflegebereichs die Zusammensetzung der Mitarbeiter\*innenstruktur und es entstehen **kulturell vielfältige Teams**. Diese können dabei helfen, vorhandene Zugangsbarrieren, Vorbehalte und Wissenslücken abzubauen. Im Beteiligungsprozess wurde auch die Möglichkeit diskutiert, die Anerkennung von ausländischen Qualifikationen von Fachkräften zu erleichtern, wenn sie bereits einschlägige Erfahrungen mitbringen, doch die Zuständigkeit dafür liegt nicht auf der kommunalen Ebene, auf der eine Anerkennungsberatung angeboten wird, sondern beim Gesetzgeber.

## Hauptziel des Handlungsfeldes

Allen Bewohner\*innen Göttingens wird ein gleichberechtigter Zugang zu medizinischer Grundversorgung sowie zur Gesundheits- und Pflegeversorgung ermöglicht. Hierzu werden zielgruppengerechte Informationen bereitgestellt. Maßnahmen zur Vorsorge und Gesundheitserhaltung berücksichtigen kulturelle und sprachliche Aspekte von Migrant\*innen.



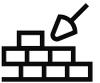
Die Kernthemen, die in diesem Handlungsfeld 6 bearbeitet werden, sind:

- 6.1 Zielgruppengerechte Information und Aufklärung
- 6.2 Sensibilisierung für Diversität und Interkulturalität
- 6.3 Psychische Gesundheit und Schutz
- 6.4 Prävention und Empowerment

### 6.1 Kernthema Zielgruppengerechte Information und Aufklärung

#### Worauf bauen wir auf?

In den Workshops zum Handlungsfeld 1 wurden bereits vereinzelt vorhandene mehrsprachige Informationsmaterialien und Formulare in Einfacher Sprache benannt. Es gibt bislang jedoch keine Übersicht zu diesen und wenig Erkenntnis darüber, wie die Informationen genutzt werden. Die Beratungsstelle Senioren- und Pflegestützpunkt Niedersachsen bietet eine zielgruppengerechte Information durch die Broschüre „Senioren- und Pflegewegweiser“ und greift in der Praxis auf digitale Lösungen zurück, um eine mehrsprachige Beratung zu ermöglichen.



## 6.1.1 Operatives Ziel



Mehrsprachige, zielgruppengerechte und gendersensible Informationen sowie Wegweiser zu Angeboten und Leistungen des Gesundheits- und Pflegesystems sind bekannt und werden von den Ratsuchenden sowie Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen genutzt.

<b>Maßnahme 1</b>	Eine systematische Bestandsaufnahme zu vorhandenen mehrsprachigen Informationsmaterialien findet statt.
<b>Zielgruppe</b>	Beratungsstellen, Bedienstete des Gesundheits- und Pflegebereichs
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Gesundheitsregion, FD 50.1 - Sozialverwaltung und Versicherungsamt – Senioren-Pflegestützpunkt, FB 53 - Gesundheitsamt, Kassenärztliche Vereinigung
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Indikator</b>	Eine Übersicht liegt vor und ist zielgruppengerecht veröffentlicht.

<b>Maßnahme 2</b>	Mehrsprachige Informationen zur gesundheitlichen Versorgung, zu Präventionsmaßnahmen, Zusatzkosten, Unterstützungsangeboten für Pflegende und Menschen mit Behinderung sowie Beschwerde- und Ombudsstellen werden zielgruppengerecht veröffentlicht.
<b>Zielgruppe</b>	Klient*innen des Gesundheits- und Pflegebereiches
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Gesundheits- und Pflegebereich, Gesundheitsregion Göttingen/Süd-niedersachsen, FB 53 - Gesundheitsamt, Stabstelle Inklusion im FB 50
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Indikator</b>	Mehrsprachige Informationsmaterialien liegen analog und digital vor und sind veröffentlicht.

<b>Maßnahme 3</b>	Gesundheits-Apps und andere IT-basierte Angebote werden bekannt gemacht, um Klient*innen und auch medizinisches Personal für deren Nutzen zu sensibilisieren. Ggf. wird eine Schulung zur Nutzung von Apps angeboten.
<b>Zielgruppen</b>	Klient*innen und Fachpersonal des Gesundheitsbereiches
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Kassenärztliche Vereinigung, Gesundheitsregion Göttingen/Süd-niedersachsen
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Indikator</b>	Informationen über Apps und andere IT-basierte Angebote liegen vor und sind veröffentlicht.

<b>Maßnahme 4</b>	Vorhandene niederschwellige und gemeinwesenennahe Strukturen werden genutzt, um Informationsveranstaltungen über das Gesundheits- und Pflegesystem durchzuführen und Informationen zu verbreiten.
<b>Zielgruppe</b>	Klient*innen des Pflegebereiches
<b>Sozialraumbezug</b>	Ja
<b>Zuständigkeit</b>	Migrationsberatungsstellen, Stadtteileinrichtungen, FB 53 - Gesundheitsamt, Sozialdienst, FD 50.1 - Sozialverwaltung und Versicherungsamt – Beratungsstelle Senioren- und Pflegestützpunkt Niedersachsen
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Indikator</b>	Niederschwellige Informationen zu Pflegeangeboten sind den einschlägigen Beratungsstrukturen und oben genannten Akteur*innen bekannt, Verweisberatung ist innerhalb der Institutionen etabliert.

## 6.1.2 Operatives Ziel

Menschen in prekären Lebenslagen erhalten Unterstützung bei der gesundheitlichen Versorgung.



<b>Maßnahme 1</b>	Bei Krankenhäusern und Beratungsstellen wird der „Nothelferparagraph“ (§ 6 a AsylbLG) bekannt gemacht, demzufolge Kosten rückwirkend erstattet werden, damit Personen in prekären Lebenslagen umgehend versorgt werden können.
<b>Zielgruppe</b>	Menschen in prekären Lebenslagen (ohne Papiere, ohne Krankenversicherung), Mitarbeitende in Krankenhäusern und Notversorgungen
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	FB 50 - Soziale Sicherung, Gesundheitscampus
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Indikator</b>	Informationen über „Nothelferparagraph“ liegen vor und sind veröffentlicht.

<b>Maßnahme 2</b>	Ein vertrauliches, anonymes Beratungsangebot wird fortgeführt.
<b>Zielgruppe</b>	Unionsbürger*innen ohne Krankenversicherung, Menschen in prekären Lebenslagen, Personen ohne Aufenthaltstitel
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	medinetz Göttingen, Clearingstelle
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Langfristig
<b>Indikator</b>	Beratungen finden kontinuierlich statt.

## 6.1.3 Operatives Ziel



Sprachliche Zugangsbarrieren sind abgebaut, wodurch eine gleichberechtigte Versorgung stattfindet.

<b>Maßnahme 1</b>	Formulare und Anträge im Gesundheitsbereich werden zunehmend in Einfacher Sprache oder mehrsprachig erstellt und zur Verfügung gestellt.
<b>Zielgruppe</b>	Klient*innen des Gesundheits- und Pflegebereiches
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Ärzttekammer, Krankenversicherungen, Pflegeeinrichtungen
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Langfristig
<b>Indikator</b>	Formulare und Anträge liegen vor.

<b>Maßnahme 2</b>	Es werden Listen zu den vorhandenen Fremdsprachen bei Ärzt*innen, Praxen oder Pflegeeinrichtungen in der Stadt erstellt und veröffentlicht.
<b>Zielgruppe</b>	Klient*innen des Gesundheits- und Pflegebereiches
<b>Sozialraumbezug</b>	Ja
<b>Zuständigkeit</b>	Kassenärztliche Vereinigung, Gesundheitsregion Göttingen/Südniedersachsen, Krankenkassen, Pflegekassen
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Indikator</b>	Übersicht über Sprachen in Praxen und Pflegeeinrichtungen liegt vor.

<b>Maßnahme 3</b>	(Professionelle) Sprachmittler*innen werden bei medizinisch notwendigen Behandlungen, Ärzt*innen- und Patient*innengesprächen und in Pflegeeinrichtungen hinzugezogen. Ein Dolmetscher*innendienst kann auch online oder telefonisch zugeschaltet werden.
<b>Zielgruppe</b>	Klient*innen des Gesundheits- und Pflegebereiches
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Gesundheits- und Pflegebereich, Krankenkassen, AGH Dolmetscherdienst
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Langfristig
<b>Indikator</b>	(Professionelle) Sprachmittlung im Gesundheits- und Pflegeeinrichtung ist finanziert und eingerichtet.

<b>Maßnahme 4</b>	Für ehrenamtliche Dolmetscher*innen werden Schulungen zu grundlegenden medizinischen Fachbegriffen und zum Umgang mit den beteiligten Personen in einer gedolmetschten Situation angeboten.
<b>Zielgruppe</b>	Ehrenamtliche, AGH Dolmetscherdienst
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Gesundheits- und Pflegebereich, Universitätsmedizin Göttingen (UMG), Beschäftigungsförderung Göttingen (BFGoe)
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Langfristig
<b>Indikator</b>	Schulungen von Ehrenamtlichen haben stattgefunden.

## 6.1.4 Operatives Ziel



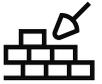
In Netzwerken der Gesundheits- und Pflegeversorgung wird die Zielgruppe der zugewanderten Menschen thematisiert, sodass eine gleichberechtigte Teilhabe stattfindet.

<b>Maßnahme 1</b>	Eine Übersicht zu vorhandenen Netzwerken wird angefertigt, in denen das Handlungsfeld Gesundheit und Pflege bearbeitet wird.
<b>Zielgruppe</b>	Fachkräfte mit Bezug zur Gesundheits- und Pflegeversorgung
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Gesundheits- und Pflegebereich, Krankenkassen
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Langfristig
<b>Indikator</b>	Übersicht zu Netzwerken liegt vor.

## 6.2 Kernthema Sensibilisierung für Diversität und Interkulturalität

### Worauf bauen wir auf?

Der Flyer „Queer in Göttingen“ informiert in verschiedenen Sprachen über Beratungs- und Vernetzungsangebote auch aus dem Gesundheitsbereich für LSBTI\*-Personen mit Migrationsgeschichte oder Fluchterfahrung.



### 6.2.1 Operatives Ziel

Die Berücksichtigung von Diversität und Interkulturalität in der Gesundheits- und Pflegeversorgung führt zur gleichberechtigten Teilhabe und Versorgung aller Klient\*innen.



<b>Maßnahme 1</b>	Ärzt*innen und Gesundheits- und Krankenpfleger*innen im Studium und im Job werden interkulturell sensibilisiert und fortgebildet, da manchmal eine Krankheit vielleicht nicht erkannt wird oder Symptombeschreibungen missverständlich interpretiert werden, weil z. B. ein Fluchthintergrund nicht sichtbar ist.
<b>Zielgruppe</b>	Ärzt*innen und Pfleger*innen im Studium, in der Ausbildung und im Job
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Gesundheitsbereich, Kassenärztliche Vereinigung, Universitätsmedizin Göttingen (UMG), Krankenhäuser, Gesundheitscampus, Pflegeschulen, FB 53 - Gesundheitsamt
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Indikator</b>	Fortbildungen zu interkultureller Kompetenz und Diversität werden angeboten.

<b>Maßnahme 2</b>	Im Pflege- und Gesundheitsbereich werden die Mitarbeitenden von Beschwerde- und Ombudsstellen interkulturell sensibilisiert und fortgebildet.
<b>Zielgruppe</b>	Beschwerde- und Ombudsstellen
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Träger*innen der entsprechenden Stellen
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Langfristig
<b>Indikator</b>	Fortbildungen zu interkultureller Kompetenz und Diversität werden angeboten.

<b>Maßnahme 3</b>	Die Mitarbeitenden des Sozialdienstes im Krankenhaus und in den Pflegeeinrichtungen werden für die Themen Diversität und Interkulturalität sensibilisiert und fortgebildet.
<b>Zielgruppe</b>	Sozialdienst
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Indikator</b>	Fortbildungen zu interkultureller Kompetenz und Diversität werden angeboten.

<b>Maßnahme 4</b>	Bei der Aufnahme in eine Pflegeeinrichtung und bei der Versorgung im Krankenhaus wird u. a. nach der Religionszugehörigkeit, Speisegesetzen oder dem Wunsch nach religiösem/seelischem Beistand gefragt.
<b>Zielgruppe</b>	Klient*innen des Pflegebereiches
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Pflegeeinrichtungen, Krankenhäuser
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Indikator</b>	In Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern wird nach religiösem Hintergrund gefragt und die ggf. daraus abzuleitenden Speisegesetze und Fragen zu Beistand berücksichtigt.

## 6.3 Kernthema Psychische Gesundheit und Schutz

### Worauf bauen wir auf?



Als niedrighschwellige Anlaufstellen für Geflüchtete mit psychosozialen Belastungen dienen in Göttingen die Psychosozialen Zentren des Netzwerkes für traumatisierte Flüchtlinge in Niedersachsen (NTFN e. V.) und des Diakonieverbandes Göttingen.

### 6.3.1 Operatives Ziel



Bei der Versorgungslage von traumatisierten geflüchteten Menschen ist der Bedarf an Schutzräumen und therapeutischer Unterstützung berücksichtigt.

<b>Maßnahme 1</b>	Bei der Erstaufnahme von geflüchteten Menschen werden Angaben zur Schutzbedürftigkeit erfasst, entsprechende gendersensible Maßnahmen werden eingeleitet (Informationsveranstaltungen, Beratungsgespräche, Suche nach Wohnung).
<b>Zielgruppe</b>	Geflüchtete
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	FB 50 - Soziale Sicherung, Erstaufnahmeeinrichtungen, NTFN
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Indikator</b>	Angebote in den Erstaufnahmeeinrichtungen werden gemacht.

<b>Maßnahme 2</b>	Fortbildungen zu traumatischen Situationen und Traumafolgestörungen werden für Haupt- und Ehrenamtliche angeboten.
<b>Zielgruppe</b>	Haupt- und Ehrenamtliche der Integrationsarbeit, Verwaltungsangestellte
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Gesundheitsbereich, FB 53 - Gesundheitsamt - Sozialpsychiatrischer Dienst (Sozialpsychiatrischer Verbund), Referat 05 - Büro für Integration
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Indikator</b>	Angebote zur Sensibilisierung und Fortbildung des Personals wurden durchgeführt.

<b>Maßnahme 3</b>	Institutionen und Einrichtungen, die mit vulnerablen Gruppen zu tun haben, reflektieren ihre Angebote in Bezug auf die Zielgruppe und bieten „sichere Räume“ <sup>25</sup> an.
<b>Zielgruppe</b>	Geflüchtete
<b>Sozialraumbezug</b>	Ja
<b>Zuständigkeit</b>	Verwaltung, Bildungsträger*innen, Stadtteileinrichtungen ggf. in Kooperation mit NTFN, Frauenschutz-/Hilfeeinrichtungen, Beratungsstellen
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Indikator</b>	Unterkünfte und Angebote für besonders schutzbedürftige Personen sind eingerichtet.

25 Eine Erläuterung des Begriffes „sichere Räume“ ist im Glossar in Kapitel 9 gegeben.

## 6.4 Kernthema Prävention und Empowerment

### Worauf bauen wir auf?



Die jährliche Aktionswoche „Fit im Viertel“ bietet Sport- und Bewegungsangebote in den Quartieren. Über die Plattform „Move-on-Göttingen“ konnten sich alle Bürger\*innen am Prozess der Sportentwicklung beteiligen. Bis 2020 haben Gesundheitsmoderator\*innen im Rahmen des MiMi-Gesundheitsprojektes kultursensible Informationsveranstaltungen in verschiedenen Sprachen in den Quartieren durchgeführt, um u. a. über Präventionsangebote zu informieren. Der Senioren- und Pflegestützpunkt berät ältere Menschen und von Pflegebedürftigkeit betroffene Menschen. Der Sozialdienst des Gesundheitsamtes ist bereits aufsuchend tätig. Beim Migrationszentrum für Stadt und Landkreis Göttingen unterstützt das Projekt FGM/C Frauen und Mädchen, die von weiblicher Genitalverstümmelung/Beschneidung betroffen oder bedroht sind.

### 6.4.1 Operatives Ziel



Die „Gesundheitskompetenz“ ist gestärkt. Darunter versteht das Bundesministerium für Gesundheit das Wissen, die Motivation und die Fähigkeit, relevante Gesundheitsinformationen zu finden, zu verstehen, zu beurteilen und im Alltag anzuwenden. Die Voraussetzungen für Hilfe zur Selbsthilfe sind gegeben.

<b>Maßnahme 1</b>	Gesundheitslots*innen bzw. Kulturdolmetscher*innen sind als niederschwellige Kontaktmöglichkeiten in Einrichtungen oder Communities aktiv, um kultur- und sprachsensibel den Zugang zum Gesundheits- und Pflegebereich bekannt zu machen.
<b>Zielgruppe</b>	Klient*innen des Gesundheits- und Pflegebereiches
<b>Sozialraumbezug</b>	Ja
<b>Zuständigkeit</b>	Gesundheitsbereich
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Indikator</b>	Gesundheitslots*innen bzw. Kulturdolmetscher*innen sind aktiv.

<b>Maßnahme 2</b>	Es werden niedrigschwellig Bewegungs- und Sportmöglichkeiten im Quartier angeboten. Die sportliche Aktionswoche „Fit im Viertel“ in den Quartieren wird fortgesetzt.
<b>Zielgruppe</b>	Alle Interessierten
<b>Sozialraumbezug</b>	Ja
<b>Zuständigkeit</b>	Stadtsporthund, Stadtteileinrichtungen, Vereine, GoeSF
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Indikator</b>	Sport- und Bewegungsangebote haben stattgefunden.

<b>Maßnahme 3</b>	Informationen zur Prävention von weiblicher Genitalverstümmelung (FGM/C, d. h. Female Genital Mutilation/Cutting) werden bekannt gemacht.
<b>Zielgruppe</b>	Frauen, die potenziell von FGM/C bedroht oder betroffen sind, und Multiplikator*innen wie Ärzt*innen, Beratungsstellen, Schulsozialarbeit etc.
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Frauenärzt*innen, Hebammen, Frauennotruf, Frauenberatungsstellen, Migrationsberatungsstellen, Referat 02 - Gleichstellungsbüro / Istanbul-Konvention, Referat 05 - Büro für Integration
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Indikator</b>	Aufklärungsmaterialien liegen vor, Aufklärungsveranstaltungen haben stattgefunden.

<b>Maßnahme 4</b>	Peer-to-Peer-Informationsveranstaltungen werden zu Präventions- und Gesundheitsthemen mehrsprachig durchgeführt.
<b>Zielgruppe</b>	Interessierte
<b>Sozialraumbezug</b>	Ja
<b>Zuständigkeit</b>	FB 53 - Gesundheitsamt, Stadtteilzentren, Gesundheitsregion Göttingen/Südniedersachsen, Projekt FGM/C (Migrationszentrum), Pro Familia, Aids-Arbeitskreis, medizinische Flüchtlingshilfe, Wohnheime und Tagesstätten
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Indikator</b>	Informations- und Aufklärungsveranstaltungen haben stattgefunden.

<b>Maßnahme 5</b>	Vorhandene Sprachkenntnisse in Pflege- und Gesundheitsteams werden genutzt und gefördert.
<b>Zielgruppe</b>	Fachpersonal im Gesundheits- und Pflegebereich
<b>Sozialraumbezug</b>	Nein
<b>Zuständigkeit</b>	Gesundheits- und Pflegebereich
<b>Umsetzungszeitraum</b>	Mittelfristig
<b>Indikator</b>	Sprachkenntnisse im Team werden genutzt.

## 8. Ausblick

Das vorliegende Konzept ist das Ergebnis eines umfangreichen partizipativen Prozesses unter Beteiligung von haupt- und ehrenamtlichen zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen der Integrationsarbeit, Migrant\*innenselbstorganisationen, Politik und Verwaltungsmitarbeiter\*innen. Mit dem Konzept formuliert die Stadt Göttingen Handlungsfelder, Kernthemen und Ziele der kommunalen und lokalen Integrationsarbeit, die es in den kommenden 5 Jahren zu bearbeiten gilt. Einige Ziele in den einzelnen Handlungsfeldern sind bereits mit Maßnahmen hinterlegt, die kurzfristig innerhalb eines Jahres umgesetzt werden können. Andere Ziele und Handlungsfelder erfordern noch den Aufbau von Kooperationen und Netzwerken oder die Konkretisierung und Entwicklung weiterer Maßnahmen. Da Integration in der Stadtverwaltung Göttingen als Querschnittsthema verstanden und bearbeitet wird, sind es die jeweiligen Fachbereiche, die zur Unterstützung der Ziele und für die Bearbeitung der Kernthemen weitere Maßnahmen entwickeln oder bereits bestehende fortführen und im Rahmen kommender Haushaltsaufstellungen einbringen werden.

Auch gilt es, in Zusammenarbeit mit allen Akteur\*innen geeignete Bundes- und Landesförderungen zu nutzen und konkrete Maßnahmen und Projekte zur Erreichung der Ziele auf den Weg zu bringen. Das Büro für Integration kann und wird hier unterstützen, indem es auf Förderaufrufe aufmerksam macht, beratend zur Seite steht, aber auch eigene Kooperationsprojekte auf den Weg bringt.

Dies wird nicht in allen Handlungsfeldern gleichermaßen möglich sein, daher setzt das Büro für Integration in der Bearbeitung der Handlungsfelder unterschiedliche Schwerpunktthemen. Beim neu eingerichteten Handlungsfeld 6 Gesundheit und Pflege gilt es zunächst, einen systematischen Überblick zu den vorhandenen Angeboten, Netzwerken und Schnittstellen zu erhalten, der dabei hilft, deren Einbindung in das Integrationskonzept herzustellen. Im Handlungsfeld 3 Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist es förderlich, die involvierten Akteur\*innengruppen aus den unterschiedlichen Bereichen (Sport, Kultur, Freizeit, Migrationsarbeit, Stadtteilarbeit etc.) miteinander stärker in Kontakt zu bringen und u. U. neue Netzwerke und Austauschformate zu initiieren, den Informationsaustausch zu intensivieren, Schnittstellen zwischen den einzelnen Systemen zu verbessern und wenn nötig beim Aufbau neuer Formate und Maßnahmen zu unterstützen. Ein übergeordnetes Schwerpunktthema, das wie ein roter Faden vornehmlich in den Handlungsfeldern 1 Bildung und Sprache, 5 Qualifizierung für und Zugang zum Arbeitsmarkt und 6 Gesundheit und Pflege immer wieder benannt wurde, betrifft den Einsatz professioneller Sprach- und Kulturdolmetscher\*innen. Hier gilt es, Möglichkeiten und Wege für die Professionalisierung und den Ausbau entweder bereits bestehender Dolmetscher\*innendienste oder neu einzurichtender zu prüfen.

In Bezug auf die neu eingerichteten Begleitstrukturen liegt der Schwerpunkt darin, diese mit Leben zu füllen und bspw. die Fachsprecher\*innen in jedem der 6 Handlungsfelder in die Umsetzung des Konzeptes miteinzubeziehen. Mit ihnen soll ein regelmäßiger fachlicher Abgleich von Konzept und Praxis stattfinden (siehe Kapitel 6.2.2).

Die erste größere Veranstaltung in Form einer Integrationskonferenz ist für 2026 anvisiert. Der thematische Schwerpunkt ergibt sich zum einen aus den ersten beiden Jahren, in denen das neue Integrationskonzept Anwendung findet, und zum anderen aus der Gesamtzielsetzung der Verbesserung der Teilhabechance aller Menschen in Göttingen.

## 9. Begriffserklärungen

Im alltäglichen Sprachgebrauch ist die Bedeutung von Begriffen aus dem Bereich Migration und Integration häufig nicht immer ganz klar, und so werden sie unter Umständen in irreführender Weise verwendet. Zudem ist der Gebrauch von Begrifflichkeiten im Laufe der Zeit Veränderungen unterworfen, weil einige von ihnen zum Beispiel von Betroffenen als stigmatisierend empfunden werden und dann nach Alternativen gesucht wird.

Im Folgenden sollen ohne Anspruch auf Vollständigkeit einige wichtige Begriffe kurz erklärt werden. Für weitere Begriffserklärungen wird das Glossar der **Neuen deutschen Medienmacher\*innen** mit Formulierungshilfen, Erläuterungen und alternativen Begriffen empfohlen.<sup>26</sup>

### Asylant\*innen

Der Begriff Asylant\*in ist kein offizieller Begriff, sondern wird in der Regel in abwertender Weise verwendet von Menschen, die in Geflüchteten (siehe unten) ausschließlich eine Bedrohung oder Belastung sehen.<sup>27</sup>

### Asylsuchende

Im allgemeinen Sprachgebrauch wird der Begriff synonym für geflüchtete Menschen oder Flüchtlinge (siehe unten) benutzt. Im Sinne des Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen bezeichnet der Begriff Personen, die außerhalb ihrer Heimat in einem anderen Land einen Antrag auf Anerkennung als Flüchtling gestellt haben, über den noch nicht entschieden wurde.<sup>28</sup>

### Ausländer\*innen

Das Statistische Bundesamt zählt zu den Ausländer\*innen alle Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit (also den deutschen Pass) besitzen. Deutsche mit mehreren Staatsangehörigkeiten werden nicht zu den Ausländer\*innen gerechnet.<sup>29</sup> Nicht alle Personen mit Migrationshintergrund (siehe unten) sind automatisch Ausländer\*innen.

### Fluchtgeschichte oder Fluchthintergrund

Der Begriff Person mit Fluchtgeschichte oder Person mit Fluchthintergrund wird im allgemeinen Sprachgebrauch synonym zu Geflüchtete\*r (siehe unten) gebraucht.

---

26 Vgl. <https://glossar.neuemedienmacher.de/>.

27 Vgl. <https://glossar.neuemedienmacher.de/glossar/asylanten/>.

28 Vgl. <https://glossar.neuemedienmacher.de/glossar/asylsuchende/>.

29 Vgl. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Glossar/auslaendische-bevoelkerung.html>.

## Flüchtlinge

Im allgemeinen Sprachgebrauch wird der Begriff synonym für alle geflüchteten Menschen genutzt. Der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 zufolge ist ein Flüchtling aber eine Person, die sich außerhalb ihres Heimatlandes befindet, weil sie dort verfolgt wird aufgrund ihrer ethnischen Herkunft, ihrer Religion, ihrer Nationalität, ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder ihrer politischen Überzeugung.<sup>30</sup>

## Geflüchtete

Der Begriff Geflüchtete\*r wird im allgemeinen Sprachgebrauch synonym für Flüchtlinge (siehe oben) und Schutzsuchende verwendet, da es sich um keinen rechtlichen Begriff handelt, sondern auch geflüchtete Menschen meint, die keinen offiziellen Flüchtlingsstatus besitzen. Im Gegensatz zum Flüchtling kann man diesen Begriff zudem gendern und das Geschlecht angeben.<sup>31</sup>

## Integration

Nach den Leitsätzen des Büros für Integration ist Integration dann gelungen, „wenn die eingewanderten Menschen gleichberechtigt am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen, kulturellen und sozialen Leben in Göttingen teilhaben, Grundgesetz und Rechtsordnung respektieren, sich ausreichend in deutscher Sprache verständigen können und sich darüber hinaus als aktiver Teil dieser Gesellschaft verstehen (Emotionale Integration). Integration geht über ein friedliches Miteinander aller in Göttingen lebenden Menschen hinaus. Es handelt sich um einen wechselseitigen Prozess, der eine Offenheit, Akzeptanz und Dialog von allen Teilen der Gesellschaft erfordert. Integration bedeutet, sich gegenseitig anzuerkennen und gemeinsam für die Gesellschaft Verantwortung zu tragen.“<sup>32</sup>

Der Soziologe Hartmut Esser unterscheidet bei der Integration vier Dimensionen, und zwar

- a. Kulturation als Erwerb von Wissen und Fertigkeiten, wie z. B. die Sprache
- b. Platzierung als Übernahme von Positionen und Verleihung von Rechten, wie z. B. im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt
- c. Interaktion als Aufnahme sozialer Beziehungen im alltäglichen Bereich
- d. Identifikation als emotionale Zuwendung zu der betreffenden Gesellschaft.<sup>33</sup>

---

30 Vgl. <https://www.bmz.de/de/themen/flucht/fachbegriffe#lexicon=21868>.

31 Vgl. <https://glossar.neuemedienmacher.de/glossar/gefluechtete/>.

32 [https://www.alt.goettingen.de/haushalt/pdf/2023/Haushaltsplan\\_2023-2024.pdf](https://www.alt.goettingen.de/haushalt/pdf/2023/Haushaltsplan_2023-2024.pdf), S. 139.

33 Vgl. <https://library.fes.de/pdf-files/akademie/online/50366.pdf>, S. 1.

## **Interkulturalität**

In den Begriffsbestimmungen des „Übereinkommens über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen“ der UNESCO vom Oktober 2005 heißt es in Art. 4 Abs. 8: „Interkulturalität‘ bezieht sich auf die Existenz verschiedener Kulturen und die gleichberechtigte Interaktion zwischen ihnen sowie die Möglichkeit, durch den Dialog und die gegenseitige Achtung gemeinsame kulturelle Ausdrucksformen zu schaffen.“<sup>34</sup>

Beim Zusammentreffen mit einer anderen Kultur wird man sich seiner eigenen kulturellen Identität und Prägung bewusst und nimmt dabei auch das Fremde bewusst zur Kenntnis, wodurch die kulturelle Identität wechselseitig erfahrbar wird.<sup>35</sup>

## **Migrant\*innen**

Migrant\*innen sind nicht in Deutschland, sondern im Ausland geboren. Sie verlassen ihre Heimat, um vorübergehend oder für immer an einem anderen Ort zu leben.<sup>36</sup> Nicht alle Menschen mit Migrationshintergrund (siehe unten) sind automatisch Migrant\*innen.<sup>37</sup>

## **Migration**

Migration bezeichnet in der Regel den Vorgang, bei dem man seinen Lebensmittelpunkt längerfristig verlegt, z. B. den Wohnsitz in einem anderen Land nimmt mit einer Dauer von mehr als 3 Monaten (temporäre Migration) oder mehr als einem Jahr (dauerhafte Migration), wie von den Vereinten Nationen definiert. Dabei kann man nach der Motivation für den Wechsel z. B. unterscheiden zwischen Arbeits-, Familien-, Bildungs- oder Fluchtmigration.<sup>38</sup>

## **Migrationsgeschichte**

Der Begriff Person mit Migrationsgeschichte wird als Alternative zum Migrationshintergrund (siehe unten) gebraucht, wenn der amtliche Begriff aus der Statistik als stigmatisierend oder nicht zutreffend empfunden wird.

---

34 [https://www.unesco.de/sites/default/files/2018-03/2005\\_Schutz\\_und\\_die\\_F%C3%B6rderung\\_der\\_Vielfalt\\_kultureller\\_Ausdrucksformen\\_0.pdf](https://www.unesco.de/sites/default/files/2018-03/2005_Schutz_und_die_F%C3%B6rderung_der_Vielfalt_kultureller_Ausdrucksformen_0.pdf).

35 Vgl. <https://www.ikud.de/glossar/multikulturalitaet-interkulturalitaet-transkulturalitaet-und-plurikulturalitaet.html>.

36 Vgl. <https://www.bmz.de/de/themen/flucht/fachbegriffe#lexicon=21858>.

37 Vgl. <https://glossar.neuemedienmacher.de/glossar/migranten/>.

38 Vgl. <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/dossier-migration/504450/was-ist-migration/>.

## **Migrationshintergrund**

Dieses Merkmal wurde erstmalig im Jahr 2005 erfasst. Dem Statistischen Bundesamt zufolge hat eine Person einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde. Dazu zählen zugewanderte und nicht zugewanderte Ausländer\*innen (siehe oben), Eingebürgerte, (Spät-)Aussiedler\*innen sowie ihre als Deutsche geborenen Nachkommen. Vertriebene des Zweiten Weltkrieges und ihre Nachkommen zählen nicht dazu.<sup>39</sup>

## **Schutzsuchende**

siehe oben Geflüchtete

## **Sichere Räume**

Sichere Räume, Schutzraum oder Safe Space bezeichnen Orte, an denen Menschen vor Diskriminierung geschützt werden sollen. Dabei wird Raum zur Auseinandersetzung eigener Diskriminierungserfahrung und Unterstützung für Empowerment ermöglicht. In der Regel geht es um Angebote oder Gruppenzusammenhänge, die diesen Schutz bieten sollen. Häufig wird auch von Safer Space geredet, da davon ausgegangen wird, dass eine vollständige Vermeidung von Diskriminierung kaum realisierbar ist. Seinen Ursprung hat das Konzept in der Frauenbewegung, es findet inzwischen aber Anwendung auf verschiedene Diskriminierungsformen.<sup>40</sup>

## **Zugewanderte**

Zugewanderte sind alle Menschen, die aus dem Ausland nach Deutschland gezogen sind und die auch wieder fortziehen könnten. Im Sinne des Einwanderungslandes Deutschland können deshalb die Menschen, die bereits eine längere Zeit hier leben, eher als Einwander\*innen bezeichnet werden.<sup>41</sup>

## **Zuwanderungsgeschichte**

Der Begriff Person mit Zuwanderungsgeschichte wird auch als Alternative zum Migrationshintergrund (siehe oben) gebraucht und bezeichnet den familiär-biografischen Aspekt einer Person.<sup>42</sup>

---

39 Vgl. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Glossar/migrationshintergrund.html>.

40 Vgl. [https://de.wikipedia.org/wiki/Schutzraum\\_\(Soziologie\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Schutzraum_(Soziologie)).

41 Vgl. <https://glossar.neuemedienmacher.de/glossar/zuwanderer/>.

42 Vgl. <https://www.duden.de/rechtschreibung/Zuwanderungsgeschichte>.

## 10. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Foto Plenum bei Auftaktveranstaltung zum Integrationskonzept .	12
Abbildung 2:	Fotos Kleingruppen bei der Bearbeitung der Leitziele für das neue Integrationskonzept . . . . .	13
Abbildung 3:	Tabelle Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene . . . . .	16
Abbildung 4:	Grafik Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene . . . . .	16
Abbildung 5:	Tabelle Bevölkerung mit Migrationshintergrund Stadt Göttingen zum 31.12. eines Jahres . . . . .	17
Abbildung 6:	Grafik Bevölkerung mit Migrationshintergrund Stadt Göttingen zum 31.12. eines Jahres . . . . .	18
Abbildung 7:	Grafik Bevölkerung mit Migrationshintergrund Stadt Göttingen nach Alter (31.12.2022) . . . . .	19
Abbildung 8:	Grafik Bevölkerung mit Migrationshintergrund Stadt Göttingen in den Stadtbezirken (31.12.2022) . . . . .	20
Abbildung 9:	Tabelle Top 10-Geburtsländer von Menschen mit Migrationshintergrund Stadt Göttingen (31.12.2022) . . . . .	21
Abbildung 10:	Tabelle Anzahl Einbürgerungen Stadt Göttingen nach Geschlecht (31.12.2022) . . . . .	22
Abbildung 11:	Tabelle Geflüchtete Stadt Göttingen (31.12.2022) . . . . .	23
Abbildung 12:	Grafik Handlungsfelder eines künftigen Integrationskonzeptes .	25
Abbildung 13:	Fotos Präsentationen bei Auftaktveranstaltung . . . . .	26
Abbildung 14:	Grafik Übersicht Beteiligungsformate . . . . .	29
Abbildung 15:	Grafik Übersicht begleitender Beirat . . . . .	30
Abbildung 16:	Grafik Übersicht fortlaufende Begleitstrukturen zum kommunalen Integrationskonzept . . . . .	32
Abbildung 17:	Grafik Übersicht Netzwerkarbeit (31.12.2023) . . . . .	34
Abbildung 18:	Grafik Handlungsfelder neues Integrationskonzept . . . . .	35

## 11. Bildnachweise

Foto Cover, S. 69, S. 123: Stadt Göttingen, Matthias Falck

Foto S. 4: Stadt Göttingen, Miriam Merkel

Foto S. 6: Stadt Göttingen, Nguyễn Tiến Lâm

Foto S. 38: Right 3, stock.adobe.com

Foto S. 54: Pinklife, stock.adobe.com

Foto S. 70: Rawpixel.com, stock.adobe.com

Foto S. 90: Flamingo Images, stock.adobe.com

Foto S. 108: pikselstock, stock.adobe.com

Foto S. 124: Tinashe N/peopleimages.com, stock.adobe.com

alle übrigen Fotos: Stadt Göttingen, Büro für Integration

Piktogramme: Mediengestaltung Schedensack



An aerial photograph of a residential neighborhood in Göttingen, Germany, featuring various houses with gabled roofs and dormer windows. The image is overlaid with a semi-transparent teal color. The text is centered on the left side of the image.

**Kommunales  
Integrationskonzept  
2024–2028  
Stadt Göttingen**